

GEGENBLENDE

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin · www.gegenblende.de

Ausgabe 15 · Mai/Juni 2012



Ausgabe zum Transformationskongress, 8.-9. Juni 2012
www.transformationskongress.de

Für eine gerechte und ökologische Modernisierung

Article by an MPIfG researcher

Wolfgang Streeck: Wachstum nach dem Finanzkapitalismus?

In: Gegenblende: Das gewerkschaftliche Debattenmagazin (15), 8-12 (2012). Berlin: DGB

Impressum

Deutscher Gewerkschaftsbund
Redaktion GEGENBLENDE, Dr. Kai Lindemann
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 24 060 757, E-Mail kai.lindemann@dgb.de

Hinweis: Die GEGENBLENDE-pdf-Version enthält keine ausführlichen Autorenprofile, Bilder und Kommentare. Diese sind auf der Homepage www.gegenblende.de einsehbar.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Editorial	5
Wachstum nach dem Finanzkapitalismus?	8
von Prof. Dr. Wolfgang Streeck, Max-Planck-Institut	
Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete?	12
von PD Dr. Norbert Reuter, ver.di	
„Anders links sein“ (Buchrezension).....	18
von Sebastian Henneke	
Der politische Frühling: Musikalische Neuerscheinungen (Musikkritik).....	21
von Rhett Skai	
Gute Arbeit der Zukunft – Überlegungen zu einer nachhaltigen Transformation	23
von Antonia Kühn, Andreas Meyer-Lauber, DGB-Nordrhein-Westfalen	
Ausweitung der Kampfzone	29
von Dr. Andreas Rinke und Christian Schwägerl	
Demokratie lernen mit Liquid Feedback?.....	33
von Noemi Kirschbaum	
Von der Finanzkrise zur Stagnation: Das Ende allgemeiner Prosperität und die Rolle der Wirtschaftswissenschaften	37
von Dr. Thomas Palley, Chefökonom AFL/CIO	
Bürgerdialog im Trend	41
von Dr. Sabine Nehls	

Thesen zu einer „europäischen Koalition des Widerstands“	45
von Bernhard Pfitzner	
Flickwerk Energiewende	49
von Michael Linnartz, IG BCE	
Transparenz über Produktionsbedingungen – wozu könnten Sozialbilanzen gut sein?	54
von Prof. Dr. Eva Kocher	
Kapitalismus im Wachstumsdilemma	57
von Prof. Dr. Klaus Dörre, Universität Jena	
Ende der sonnigen Zeiten.....	64
von Jörn Boewe	
Global Governance: Eine Polemik.....	68
von Prof. Dr. Petra Dobner, Universität Hamburg	
Gerechtigkeit in der Transformation	72
von Prof. Dr. Gerhard Wegner, SI der EKD	
Eigentum und Nachhaltigkeit	77
von Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, Wuppertal Institut	
Tod und Rosen (Filmkritik).....	82
von Jürgen Kiontke	
ALEC – die Gesetz GmbH (Kolumne).....	85
von Tom Schimmeck	
Der Schutz von Arbeitnehmerrechten im Welthandel	92
von Dr. Thomas Greven	

„Nachhaltige Ökonomie“ für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts 96
von Prof. Dr. Holger Rogall

Gutes Leben ohne Wachstum? 104
von Dr. Barbara Muraca, Universität Jena

Forschung und Innovation für den Erhalt von Biodiversität und gegen den
Hunger 108
von Olaf Tschimpke

Die Weltbank nach Zoellick..... 112
von Dr. Erich Vogt

Editorial

Am 8. und 9. Juni 2012 veranstaltet der DGB mit dem Deutschen Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche den "[Transformationskongress](#)" in Berlin. Dort werden die politischen Herausforderungen für eine gerechte und ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft diskutiert. Viele der Referentinnen und Referenten kommen auch in dieser Ausgabe der GEGENBLLENDE zu Wort. Sie beginnt mit dem gerade wieder im europäischen Kontext diskutierten Thema "Wachstum".

Wolfgang Streeck behandelt in seinem Beitrag den Zusammenhang von Wachstum, Geld und Schulden.

Norbert Reuter schildert uns den Diskussionsstand der Bundestagsenquete-Kommission zum Thema "Wachstum und Wohlstand".

Und **Rhett Skai** hat wieder interessante Tonträger-Empfehlungen. **Sebastian Henneke** empfiehlt ein Buch, das nicht nur für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter interessant sein kann.

Andreas Meyer-Lauber und **Antonia Kühn** diskutieren den Zusammenhang von Guter Arbeit und nachhaltiger Wirtschaft, der häufig in Branchen der "Green Technologies" zum Widerspruch gerät.

Andreas Rinke und **Christian Schwägerl** haben das Buch "11 drohende Kriege" geschrieben und stellen hier ihre Thesen vor.

Die Piraten sind in das vierte Landesparlament eingezogen. Sie haben das Konzept der "Liquid Democracy" populär gemacht. **Noemi Kirschbaum** erklärt in ihrem Beitrag die Chancen und Risiken der internetbasierten Beteiligung.

Der "Chefökonom" des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO **Thomas Palley** diskutiert die unterschiedlichen Deutungen der Wirtschaftskrise und mahnt eine Neuausrichtung der ökonomischen Lehre, wie nach der Krise von 1929, an. Der Artikel erscheint auf GEGENBLLENDE erstmals auf deutsch.

Wie kann eine Opposition gegen die europäische Krisenpolitik wirksam sein? Damit beschäftigt sich **Bernhard Pfitzner** in acht Thesen vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Praxis.

Bürgerdialoge sind im Trend, weshalb nun auch die Kanzlerin zu diesem vermeintlich modernen Mittel griff. **Sabine Nehls** beschreibt die Bedeutung solcher Veranstaltungen.

Klaus Dörre diskutiert in seinem neuen Beitrag die Probleme unserer Wirtschaftsverfassung auf dem Weg in eine Postwachstumsgesellschaft.

Die Kanzlerin hat den neuen Umweltminister Altmaier ernannt. "Das Projekt Energiewende benötigt neuen Schwung." - so wurde die Kanzlerin in der Presse zitiert. **Michael Linnartz** beschreibt die Komplexität des Projektes und die Widerstände in der Umsetzung.

Eva Kocher berichtet über neue Ideen zur Einführung von verbindlichen Sozialbilanzen in Unternehmen.

Jörn Boewe berichtet in seinem Beitrag über die Krise der Solarindustrie, die gewerkschaftsfeindliche Stimmungsmache der Arbeitgeber, die schlechten Arbeitsbedingungen in der Branche und neue Reaktionen aus der Politik.

Global Governance ist ein Modewort und bezeichnet nicht viel mehr, als dass es Dinge gibt, die auf globaler Ebene geregelt werden müssten. **Petra Dobner** diskutiert die Relevanz dieses eigentümlichen Begriffs.

Gerhard Wegner beschreibt in seinem Beitrag aus Sicht der christlichen Sozialethik und vor dem Hintergrund des Transformationskongresses die Bedingungen für eine neue Teilhabegerechtigkeit.

Gerhard Scherhorn diskutiert in seinem Artikel mit juristischen Bezügen den Zusammenhang von Eigentumsrechten und einer allgemeinen nachhaltigen Lebensweise.

Jürgen Kiontke hat einen interessanten Filmtipp. Er läuft am 7. Juni 2012 an und gibt einen nachdenklichen Einblick in das krisenhafte Spanien.

Tom Schimmeck nimmt sich in seiner neuen Kolumne der amerikanischen Lobbyindustrie an, die vor kurzem einer "gefährlichen" Transparenzwelle ausgesetzt war.

Die Krisendiskussion verdeckt zunehmend die Debatte um die Menschenrechte in der globalisierten Wirtschaft. **Thomas Greven** beschreibt in seinem Beitrag den Stand der Diskussion über die ILO-Mindeststandards.

Holger Rogall stellt in seinem Beitrag für GEGENBLLENDE das Konzept der "Nachhaltigen Ökonomie" vor und worin es sich von herkömmlichen ökonomischen Ansätzen unterscheidet.

Wachstum bestimmt nicht nur die Ökonomie, es ist tief in unsere gesellschaftlichen Wertemuster verankert. **Barbara Muraca** diskutiert in ihrem Beitrag vor diesem Hintergrund die Frage eines "guten Lebens".

Der Präsident des NABU **Olaf Tschimpke** beschreibt in seinem Beitrag Notwendigkeiten für Innovation und Forschung, um eine gerechte und ökologisch verträgliche Nahrungsmittelindustrie zu fördern.

Die Weltbank dient der Armutsbekämpfung in der sogenannten "Dritten Welt", ob sie damit den aufstrebenden Schwellenländern gerecht wird, diskutiert **Erich Vogt** in seinem Beitrag vor dem Hintergrund des anstehenden Führungswechsels bei der Bank.

Eine gute Lektüre der pdf-Ausgabe wünscht

Kai Lindemann

Wachstum nach dem Finanzkapitalismus?

von Prof. Dr. Wolfgang Streeck, Max-Planck-Institut

Nur mit Wachstum, so heißt es von allen Seiten, kann die Schulden- und Fiskalkrise überwunden werden. Doch über nichts sind die „Experten“ so uneins wie darüber, wo Wachstum herkommen soll. Seit den siebziger Jahren sind die Wachstumsraten in den reichen Industrieländern mehr oder weniger stetig zurückgegangen; dieser Trend müsste umgekehrt werden. In den Neunzigern sah es eine Zeitlang so aus, als könne dies gelingen; aber was damals vor allem wuchs, waren der Finanzsektor und die Verschuldung der privaten Haushalte. Von 1999 an war es dann eine nie dagewesene Geldschwemme, die zur Blasenbildung insbesondere bei Immobilien führte. In den neun Jahren bis 2008 stieg die Geldmenge im Euroraum um 110 Prozent, das Sozialprodukt (Inflationsbereinigt) aber nur um 50 Prozent; in den USA waren die Zahlen noch dramatischer. Dann kam der Crash.

Nichts scheint heute so dringlich wie die Beendigung dessen, was Ralf Dahrendorf in einem seiner letzten Aufsätze als „Pumpkapitalismus“ bezeichnet hat. Dazu bedarf es einer Regulierung der Finanzmärkte, die die Möglichkeit der Banken beschränkt, Kredite zu vergeben, etwa durch drastische Erhöhungen der Eigenkapitalquote. Zugleich müssen Kreditnehmer daran gehindert werden, zu viele Schulden zu machen, damit das Vertrauen in deren Abzahlung nicht ein weiteres Mal implodieren kann. Die „Schuldenbremsen“, die nun überall in Europa eingeführt werden sollen, sollen dies auch für die öffentliche Verschuldung durchsetzen. Kann es aber in reifen Industriegesellschaften höheres Wachstum überhaupt geben, vor allem, wenn die Geld- und Kreditproduktion auf ein nachhaltiges Niveau zurückgeführt werden muss? Die letzten anderthalb Jahrzehnte lassen daran Zweifel aufkommen.

Wachstum durch Sparen?

Auch auf kürzere Sicht sind die Wachstumsaussichten alles andere als gewiss. Keiner weiß wirklich, wie insbesondere in den Krisenländern des Mittelmeerraums neues Wachstum zustande kommen soll. Die einen setzen auf Austerität: die Konsolidierung der Staatsfinanzen, unter anderem durch Entlassung von Staatsangestellten, Senkung der Löhne, „Reformen“ der Sozialsysteme, allgemeine Deregulierung – die übliche neoliberale „Angebotspolitik“, die möglichen Investoren Vertrauen einflößen will. Aber woher soll dann die Nachfrage kommen, ohne die jedes Angebot ins Leere geht? Die andern fordern „Wachstumsimpulse“ zusätzlich zu den Sparmaßnahmen; die Rede ist von einem „Marshall-Plan“ oder Ausbildungsprogrammen für arbeitslose Jugendliche. Wie schnell wirken die, wenn überhaupt? Der Aufbau von Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen von außen in Infrastruktur und Ausbildung ist teuer und dauert lange; im Osten Deutschlands war

er in zwei Jahrzehnten nur begrenzt erfolgreich, im italienischen Süden in sechs Jahrzehnten so gut wie gar nicht.

Nicht alle Länder sind gleich gut in der Lage, aus der Schuldenkrise „herauszuwachsen“. Deutschland könnte sich, wenn die Nachfrage der Chinesen und Amerikaner nach Audis und BMWs lange genug anhält (und wohl auch nur dann), vielleicht tatsächlich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen. Bei Griechenland, Spanien und Portugal dagegen, und in Zukunft, wenn sie einmal der EU beigetreten sein werden, bei Albanien, dem Kosovo, Bosnien und Serbien, müsste man fragen, in welchen Sektoren diese Länder überhaupt wettbewerbsfähig werden könnten, zumal in einer Währungsunion, die ihnen eine Abwertung verbietet. Wo soll Industriepolitik, wenn es sie jenseits neoliberaler Deregulierung überhaupt geben soll, in diesen Ländern ansetzen, auch in Anbetracht der Wachstumsreserven in Exportländern wie Deutschland? Tourismus und Sonnenenergie - wird gewöhnlich entgegnet. Würde das reichen, in Konkurrenz mit der Türkei, Tunesien, Marokko, um Hilfszahlungen von Norden nach Süden unnötig zu machen bzw. Forderungen nach ihnen verstummen zu lassen?

Hinzu kommen grundsätzlichere Fragen, die sich heute selbst Ökonomen aufdrängen. Was meinen wir, wenn wir von Wachstum sprechen? Ist Wirtschaftswachstum nur dann vorhanden, wenn wir Wirtschaft mit Geldwirtschaft gleichsetzen? Nur wo für etwas gezahlt wird, erscheint es im Kontensystem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Wirtschaft wächst, wenn mehr Kinder in der Kita aufgezogen werden, weil Gebühren, Löhne und Steuern anfallen; sie wächst nicht oder schrumpft, wenn mehr Kinder in der Familie betreut werden. Sie wächst, wenn wir eine Tiefkühlpizza in den Ofen schieben statt den Pizzateig selber zu kneten, und sie wächst nicht, wenn wir uns entscheiden, weniger Geld zu verdienen, um uns mehr um Familie, Freunde und Nachbarn zu kümmern. Wenn wir dem Nachbarn den Rasen mähen und er uns dafür Äpfel von seinem Baum pflücken lässt, entsteht kein Wachstum; wenn der Nachbar einen Gärtner beschäftigt und wir unsere Äpfel im Supermarkt kaufen, entsteht Wachstum. Ob das Selbstgemachte oder geldlos Getauschte besser oder schlechter ist als das Ge- oder Verkaufte, spielt in den Konten, mit denen wir unsere Wirtschaftsleistung messen, keine Rolle.

Geld und Wachstum

Wachstum, landläufig definiert, ist zu einem guten Teil nichts anderes als Umwandlung nichtmonetärer in monetäre Transaktionen. Das kann, muss aber nicht unbedingt wohlfahrtsteigernd sein. Oft ist es ja gerade das Unbezahlbare und Unbezahlte, das Menschen glücklich macht; und wie eine moderne Geldwirtschaft sich verselbständigen und dabei für die Gesellschaft hoch riskant werden kann, erleben wir momentan. Hier setzt denn auch das gestiegene Interesse an neuen, alternativen Geldkonzepten an, ebenso wie eine neue oder erneuerte

Wachstumskritik. Tatsächlich ziehen alle Gesellschaften der Kommerzialisierung Grenzen, indem sie Güter und Dienste identifizieren, die nicht gegen Geld gehandelt werden dürfen. Viel spricht dafür, dass die Festsetzung solcher Grenzen umso wichtiger wird, je höher entwickelt eine Geld- und Marktwirtschaft ist; man erinnere sich an die gewerkschaftlichen Forderungen der 1980er Jahre nach der 35-Stunden-Woche, zur Wiedergewinnung „freier“, nicht verkaufter und entlohnter Zeit.

„Gut“ ist Wachstum allerdings fast immer für Staat und Unternehmen: für den ersteren, weil er nur monetarisierte Leistungen besteuern kann, und für die letzteren, weil Mehrwert und Gewinn nur erzielbar sind, wenn Geld im Spiel ist (Marx: $G \rightarrow W \rightarrow G'$). Dann ist es auch egal, ob das „Sozialprodukt“ durch kostspieligere Reparaturen von Unfallautos steigt, durch steigende Umsätze privater Sicherheitsdienste als Folge steigender Kriminalität, durch eingebauten Verschleiß in Waschmaschinen oder durch Energieverschwendung. Auch Gewerkschaften, die sich um die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme sorgen müssen, können vergessen, dass weniger Wachstum nicht notwendig weniger gesellschaftlichen Nutzen bedeuten muss. Dann werden sie beispielsweise in Einheitsfront mit den Arbeitgebern eine Steigerung der Erwerbsquote um jeden Preis und geradezu um ihrer selbst willen betreiben (Mütter mit Kleinkindern!) oder beispielsweise fordern, dass Nachbarschaftshilfe als Schwarzarbeit bekämpft wird. Probleme wie diese sind Ausgangspunkte der immer populärer werdenden Kritik der neuen Wohlfahrts- oder „Glücks“-Ökonomie an der in den Nachkriegsjahren etablierten Art der Messung des Sozialprodukts und seines Wachstums.

Ein zweiter Ansatz der neuen Wachstumskritik geht von dem Umstand aus, dass, kurz formuliert, die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft nicht dasselbe ist wie ihr Zuwachs. Ein Sozialprodukt von 100 Euro nimmt bei einer Wachstumsrate von drei Prozent im Jahr um drei Euro zu; geht das Wachstum aber auf dem demselben Niveau weiter, beträgt der Zuwachs 20 Jahre später wegen des Zinseszins-effekts fast das Doppelte: 5,30 Euro, und bei vier Prozent mehr als das Doppelte: 8,43 Euro. Bei konstanten Wachstumsraten wächst der absolute Zuwachs exponentiell – was die Frage aufwirft, wie lange so etwas eigentlich weitergehen kann. Gibt es Grenzen des Wachstums – in der Ressourcenausstattung unseres Planeten oder der Marktfähigkeit des Menschen? Von solchen war und ist immer wieder die Rede, und vielleicht geht das langfristige Sinken der Wachstumsraten seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ja schon auf sie zurück. Möglicherweise würde es ja auch reichen, wenn wir jedes Jahr denselben absoluten Zuwachs hätten, bei dann sinkenden Wachstumsraten. Allerdings löst schon der bloße Gedanke daran Angst und Schrecken aus: bei profitsuchenden Unternehmen, bei Regierungen, die ihre Haushalte sanieren und Verteilungskonflikte bewältigen wollen, und bei Sozialversicherungsanstalten aller Art.

Die Grenzen des Wachstumsmodells

Noch radikaler ist der Gedanke, dass wir vielleicht überhaupt kein Wachstum mehr brauchen. Die ökonomische Standardtheorie unterstellt, dass die Bedürfnisse des Menschen als Konsumenten nach oben unendlich sind. Aber wenn man sieht, wie viel Aufwand heute betrieben werden muss, um neue Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu erzeugen – durch eine immer raschere „Produktinnovation“ und kostspieligere Werbung – dann können einem Zweifel kommen. Die Furcht, dass die Märkte der reichen Gesellschaften sich eines Tages als gesättigt herausstellen könnten, sitzt jedenfalls tief – und ebenso die Ängste, die sich mit der immer weiter um sich greifenden Erkenntnis verbinden, dass eine Ausdehnung der in Westeuropa und den USA geltenden Konsumnormen auf die gesamte Weltbevölkerung schon wegen der Endlichkeit der Natur völlig ausgeschlossen ist.

Andererseits: was soll man aus dem Umstand machen, dass frühere Vorhersagen von Marktsättigung und Wachstumsende sich nicht bewahrheitet haben? Nach den beiden Ölkrisen gab es eine weitverbreitete Endzeitstimmung. Dann aber begann die mikroelektronische Revolution, die alle damals bekannten Maschinen und Gebrauchsgüter entwertete und einen völlig unvorhergesehenen, gigantischen Nachfrageschub in Gang setzte. Ihr folgte die Revolutionierung der Finanzmärkte, die die nächste Nachfragewelle durch die reichen Gesellschaften des Westens schwappen ließ. Heute gibt es die – bis jetzt – explosiv wachsende Konsumgesellschaft Chinas. Mit Artikel 3 des Rheinischen Grundgesetzes könnte man versucht sein zu sagen: „Et hät noch emmer joot jejang“. Aber muss man nicht fürchten, dass die Wahrscheinlichkeit, dass es auch weiterhin gut geht, in dem Maße abnimmt, wie man sich darauf verlässt?

Vielen kommen heute jene Stimmen immer vernünftiger vor, die nach Entschleunigung, Null- oder gar Minus-Wachstum rufen und uns eine Lebensweise mit mehr Bescheidenheit und weniger Zeit-, Material- und Gesellschaftsverbrauch nahelegen – einschließlich einer neuen Konsumkultur, mit der wir uns auf andere, weniger materialistische Formen des Wohlstands hin um freuen würden, auf Ferien zuhause oder am Steinhuder Meer statt auf Mallorca. Führt man sich dann allerdings die unglaublich gestiegene Unbescheidenheit am oberen Rand der Gesellschaft und die geradezu obszön gewachsene soziale Ungleichheit vor Augen, muss einem dies sofort völlig unrealistisch und geradezu naiv erscheinen. Wieso soll sich ein Automobilarbeiter mit weniger zufrieden geben, wenn sein oberster Chef gerade ein Jahresgehalt von 17 Millionen Euro eingesackt hat? Da wird Wachstum dann wieder mindestens zur Verhinderung von Verteilungskämpfen unentbehrlich – was freilich nicht heißt, dass es Wachstum auch dann noch geben wird, wenn das Doping der kapitalistischen Wirtschaft mit synthetischem Geld bis auf weiteres nicht mehr möglich ist.

Autor: Prof. Dr. Wolfgang Streeck, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln und Mitglied der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete?

von PD Dr. Norbert Reuter, ver.di

Wirtschaftliches Wachstum, also die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), ist in den letzten Dekaden immer stärker in die Diskussion geraten. Die negativen Folgen für die Umwelt (Stichwort: Klimawandel) sind unübersehbar und zunehmend bedrohlich geworden. Gleichzeitig ging mit dem Wachstum der letzten Dekaden nicht einmal mehr eine Verbesserung der Einkommen der Beschäftigten einher. Dafür ist die Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungleicher geworden.

Lange Zeit galt wirtschaftliches Wachstum dagegen als universeller Ausweis und Grundbedingung für „Fortschritt“ und steigenden Wohlstand. Im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ aus dem Jahr 1967, welches das Staatsziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in Artikel 109 des Grundgesetzes konkretisiert, ist rein quantitatives Wachstum faktisch sogar zur Grundlage staatlichen Handelns erhoben worden. Der Staat wurde explizit auf die Sicherstellung eines „angemessenen und stetigen Wirtschaftswachstums“ verpflichtet. Noch 1979 hatte der damalige Wirtschaftsminister Lambsdorff die zur Stabilität des Systems notwendige Marke des jährlichen Wachstums mit vier Prozent angegeben. Inzwischen ist man etwas bescheidener geworden und geht – wie etwa der Europäische Rat in der Lissabon-Strategie – von drei Prozent jährlichem Wachstum aus.

Zweifel am Wachstum

Dabei war dieses unkritische Verständnis eines „Normalwachstums“ zwischenzeitlich vor allem durch mehrere Berichte an den *Club of Rome* massiv in die Kritik geraten. Dennis Meadows und sein Team hatten bereits 1972 das Problem der Ressourcenbegrenztheit ins öffentliche Bewusstsein gebracht. 1992 wurden in einem erneuten Bericht an den *Club of Rome* („Neue Grenzen des Wachstums“) weitere

Grenzen des Wachstums beschrieben, die das Problem der Überlastung ökologischer Kreisläufe (Senkenproblematik) in den Vordergrund rückten.

Solange Wachstums- und Wohlstandssteigerungen unabhängig vom Niveau des BIP als eng miteinander gekoppelt galten, waren es vor allem Ressourcengrenzen, die zusammen mit den Wachstums- auch die Wohlstandsgrenzen markierten. Der erwähnte 1992er Bericht an den *Club of Rome* trug dazu bei, dass mehr und mehr die enormen negativen Begleiterscheinungen des Wachstums deutlich wurden. Globale Phänomene wie Luftverschmutzung, Erderwärmung, Anstieg des Meeresspiegels zeigten deutlich auf, dass wirtschaftliches Wachstum sich keineswegs nur positiv auf den Wohlstand und die Lebensqualität auswirkt, sondern gleichzeitig auch Wohlstandseinbußen mit sich bringt. Zunehmend stellte sich die Frage, inwieweit positive Effekte des Wachstums (bessere Güter und Dienstleistungen) durch parallel auftretende negative Effekte, wie Umweltverschmutzung und auch eine zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, kompensiert werden. Diese Zweifel am Sinn des Wachstums wurden durch Erkenntnisse der relativ neuen Disziplin der „Glücksforschung“ untermauert. Sie konnte nachweisen, dass ab einem gewissen BIP- und damit Einkommensniveau keine Steigerung des individuellen Wohlbefindens mehr feststellbar ist.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnislage und mit Blick auf die Tatsache, dass in allen entwickelten Ländern zudem ein Trend abnehmender Wachstumsraten zu beobachten ist, stellte sich zunehmend die Frage, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, und warum wirtschaftliches Wachstum ohne jegliche qualitative Bewertung immer noch einen derart hohen Stellenwert in der Gesellschaft, vor allem aber in der Politik besitzt. So verabschiedete etwa die Regierung unter Kanzlerin Merkel noch 2009 ein explizites „Wachstumsförderungsgesetz“, das vor allem durch Steuerentlastungen ein nicht näher qualifiziertes höheres Wachstum anstoßen sollte. Periodisch ausgewiesene Wachstumsziffern gelten nach wie vor als Leistungs- und Wohlstandsmaßstab und werden regelmäßig von den Medien als Topthema gehandelt, ohne dass qualitative Fragen auch nur ansatzweise in den Blick geraten.

Politik greift Wachstumszweifel auf

Mit der 2008 einsetzenden zweiten Weltwirtschaftskrise mit deutlichen Wachstumseinbrüchen intensivierte sich auf breiter Front das Nachdenken über die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Auch in Teilen der Politik wuchs das Unbehagen über Sinn und Unsinn des wirtschaftlichen Wachstums. Nach einer Reihe von vorbereitenden Workshops im Jahr 2010 wurde zunächst von den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD ein Einsetzungsantrag für eine Enquete-Kommission formuliert (Bundestagsdrucksache 17/2950). Enquete-Kommissionen sind ein Sondergremium des Bundestages, in dem Abgeordnete und Sachverständige Antworten auf gesellschaftlich drängende Fragen suchen sollen. In der neuen

Enquete-Kommission sollte – so die ersten Überlegungen – die ganze Bandbreite der Wachstums- und Wohlstandsproblematik intensiv diskutiert werden – von den Implikationen niedriger und in der Tendenz sinkender Wachstumsraten, über die schwindende Korrelation von Wachstum und Wohlstand, den Folgen eines rein finanzmarktgetriebenen Wachstums bis hin zu ökologischen und sozialen Grenzen des Wachstums.

Im Zuge der Beratungen gab es Überlegungen, die Enquete-Kommission auf eine breite parlamentarische Grundlage zu stellen, zumal sie hinsichtlich ihrer Zusammensetzung ohnehin die Mehrheitsverhältnisse des Parlaments widerspiegeln muss. Um die Union und vor allem die FDP mit ins Boot zu bekommen – die LINKE wurde gar nicht erst angefragt – musste allerdings die system- und wachstumskritische Ausrichtung des Ursprungsentwurfs des Einsetzungsantrags deutlich entschärft werden (Bundestagsdrucksache 17/3853). Dies zeigt sich bereits daran, dass der Begriff der „Krise“ im Ursprungsentwurf zehnmal vorkommt, im Konsensentwurf praktisch gar nicht mehr. Der Begriff der Krise taucht lediglich ein einziges Mal auf, dies aber nicht als Gegenwartsbeschreibung, sondern nur als mögliches Szenario. Entsprechend war im Ursprungsentwurf noch zu lesen: „Zu Unrecht gelten daher das BIP und sein Wachstum als wichtigster Indikator einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Weder die sich verschärfende Klimakrise noch die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden vom BIP erfasst, genauso wenig wie die wachsende soziale Spaltung in unserem Land oder der Hunger in der Welt.“

Im fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Dezember 2010 ist aus dieser umfassenden und den Charakter der Enquete prädisponierenden Kritik am BIP der folgende Satz geworden: „Unstreitig ist, dass das BIP soziale und ökologische Aspekte nicht hinreichend abbildet.“ Ein expliziter Auftrag „wie unsere europäischen Sozialstaatsmodelle auch ohne eine klassisch wachstumsorientierte Wirtschaft gestärkt werden können“ fehlt gänzlich. Und auch das ursprünglich formulierte Ziel ein neues Leitbild für die Art und Weise des zukünftigen Wirtschaftens zu entwickeln, „das die systemischen Fehlentwicklungen alter Maßstäbe überwindet und den verengten Wachstumsbegriff der letzten Jahrzehnte durch ein neues und breiteres Verständnis von individuellem Wohlergehen, gesellschaftlichem Fortschritt und nachhaltiger Entwicklung ablöst“ sucht man im Konsensentwurf vergeblich.

Für den Fall, dass die Enquete-Kommission dennoch korrigierende Fehlentwicklungen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung diagnostizieren sollte, wurden mögliche Politikvorschläge auf den Einsatz „ordnungspolitischer“ Instrumentarien begrenzt: „Die Enquete-Kommission soll der Frage nachgehen, welche ordnungspolitischen Bedingungen erfüllt sein müssen, damit die Ziele des nachhaltigen Wirtschaftens im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden können.“ Bekanntlich beschreibt die

Ordnungspolitik nur ein Teilinstrumentarium der Wirtschaftspolitik. Sie ist lediglich auf die Gestaltung des Ordnungsrahmens gerichtet, innerhalb dessen die Wirtschaftsprozesse ablaufen. Damit wurde aber der zweite bedeutende Teil der Wirtschaftspolitik, die Prozesspolitik, faktisch ausgeschlossen. Zu ihr gehören wichtige Politikbereiche wie die Konjunkturpolitik, die Investitionspolitik, die Strukturpolitik und vor allem die Verteilungspolitik. Im Ursprungsentwurf gab es hingegen keine Einschränkung des politischen Instrumentariums. Eine derartige Einschränkung des politischen Instrumentariums ist bei genauerer Betrachtung auch völlig kontraproduktiv – und wird im Endeffekt auch nicht durchzuhalten sein. Denn es können ja Themen und Probleme in der Enquete nicht deshalb ausgeschlossen oder unbehandelt bleiben, weil kein adäquates politisches Instrumentarium vorgesehen ist (z.B. der Einsatz der Steuerpolitik bei diagnostizierten Verteilungsproblemen).

Vor dem Hintergrund der veränderten inhaltlichen Ausrichtung des Einsetzungsantrags brachte die Fraktion DIE LINKE im November 2010 den ursprünglichen Entwurf als eigenen Antrag ins Parlament ein. Erwartungsgemäß fand der Konsensentwurf breite Zustimmung, der Antrag der LINKEN wurde mehrheitlich abgelehnt.

Inhaltliche Positionen der Enquete-Kommission

Am 17. Januar 2011 fand die konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission statt. Sie setzt sich aus 17 Abgeordneten (6 CDU/CSU, 4 SPD, 3 FDP, 2 DIE LINKE und 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und 17 Sachverständigen, die von den Fraktionen nach dem gleichen Schlüssel vorgeschlagen und in die Enquete berufen wurden, zusammen. Nach nunmehr knapp eineinhalb Jahren andauernden Beratungen im Plenum und in themenbezogenen Projektgruppen lassen sich drei Hauptströmungen von Sichtweisen in der Enquete-Kommission ausmachen, die zum Teil in heftigem Widerspruch zueinander stehen. Zugespitzt und in aller hier gebotenen Kürze lassen sie sich folgendermaßen umreißen:

Die wachstumsoptimistische Position

Die wachstumsoptimistische Position sieht das Wachstum des BIP grundsätzlich positiv. Wachstum wird weitgehend mit Entwicklung gleichgesetzt und im Wesentlichen als Folge des technischen Fortschritts verstanden. Dieser führe zu kontinuierlichen Qualitätssteigerungen, die sich im Zuge von Preisbereinigungsverfahren in höheren BIP-Werten niederschlagen. Prinzipielle Wachstumsgrenzen werden grundsätzlich bestritten, Ressourcen- und Senkenproblematiken seien durch technischen Fortschritt lösbar. Bei knappen Ressourcen würden entsprechende Preissignale ausgelöst, die ausreichenden Effizienzsteigerungen nach sich zögen.

Der dekadentübergreifende Rückgang der Wachstumsraten wird mit verschiedenen vorübergehenden Sonderfaktoren (u.a. Deutsche Einheit), nicht zuletzt einer zu starken (sozial-)staatlichen Einflussnahme erklärt. Da hier aber unter anderem im Rahmen der Agenda 2010 und der sich anschließenden Arbeitsmarktgesetzgebung neue Weichenstellungen vorgenommen worden seien, sieht man die deutsche Wirtschaft vor einem neuen anhaltenden Wachstumsschub. „Reine“ Wachstumspolitik wird nach wie vor als die beste Politik gesehen, um den Wohlstand zu steigern. In der neuen Wachstumskampagne der FDP („Wachstum ist gesund“, „Wachstum ist wie Frühling“) hat sich diese wachstumseuphorische Sicht manifestiert. Eine forcierte Wachstumspolitik durch eine „Entfesselung der Marktkräfte“ mittels Deregulierung, Entstaatlichung und Liberalisierung sei nach wie vor das richtige Mittel, um über eine Rückkehr auf den Wachstumspfad heutige wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme zu lösen und so Wohlstand und Lebensqualität weiter zu steigern.

Die wachstumsrealistische Position

Die wachstumsrealistische Perspektive betont die sich empirisch darstellende Tendenz eines Rückgangs der Wachstumsraten und sieht diesen als ein Charakteristikum entwickelter Industriegesellschaften. Allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung seien zukünftig nur noch geringe Wachstumsraten zu erwarten. Jedoch ließen sich durch eine andere Verteilungspolitik, die die Masseneinkommen steigert, und eine Ausweitung öffentlicher Ausgaben insbesondere für Umwelt, Bildung und Infrastruktur, finanziert durch eine stärkere Belastung von hohen Einkommen und Vermögen, noch am ehesten Wachstumsreserven mobilisieren. Der Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand wird zudem stark hinterfragt, andere Dimensionen des Wohlstands, die sogar im Widerspruch zum BIP-Wachstum stehen, werden thematisiert. Hierzu gehören Themen wie die Qualität der Arbeit, die Bedeutung von Arbeit im informellen, nicht marktvermittelten Sektor, die Länge der Arbeitszeit aber auch Fragen nach der Konsumentensouveränität und der Quantität und Qualität der Produkte. Statt unqualifizierter Wachstumsförderung steht hier die politische Gestaltung einer qualifizierten, ebenso nachhaltigen wie sozialen Entwicklung im Vordergrund. Die Höhe des Wachstums wird als Ergebnis einer gewünschten Entwicklung und nicht als Ziel gesehen.

Die wachstumspessimistische Position

Die wachstumspessimistische Sichtweise nimmt eine Mittelstellung zwischen den beiden genannten Positionen ein. Im Unterschied zu der Negierung jeglicher Wachstumsgrenzen geht sie von klaren Grenzen des Wachstums aus, die sich auf ökologische, ökonomische und soziale Begründungen stützt. Es wird darauf verwiesen, dass in einer begrenzten Welt unbegrenztes Wachstum schlicht nicht

möglich sei, zumal konstante Wachstumsraten mit einer exponentiellen, also einer dynamisch steigenden Erhöhung des BIP verbunden seien. Wachstum drohe zum Selbstzweck zu werden, dem auf hohem Einkommensniveau zunehmend der Sinn abhanden komme. Wachstum und Wohlstand entkopple sich zunehmend.

Könnte man bis hierhin diese Perspektive auch als „wachstumsrealistisch“ bezeichnen, kommt der pessimistische Zug dadurch hinein, weil aus diagnostizierten Grenzen des Wachstums der Schluss gezogen wird, dass man sich in Zukunft vieles vor allem an sozialen Leistungen nicht mehr leisten können. Insofern müsse die Politik mit klaren Einspar- und Kürzungsvorgaben dieser Entwicklung gerecht werden. Statt wirkungsloser Wachstumspolitik sei eine ambitionierte Einsparpolitik das Gebot der Stunde. Hinsichtlich der Konsequenzen ist damit die wachstumspessimistische Sichtweise wieder nah bei der wachstumsoptimistischen.

Wachstums- statt Wohlstandsenquete

In der bisherigen Arbeit in der Enquete-Kommission hat die als wachstumsoptimistisch gekennzeichnete Position eine herausragende Bedeutung. Aspekte der beiden anderen Perspektiven erlangen lediglich fallweise Bedeutung, etwa hinsichtlich der Notwendigkeit staatlicher Einsparungen oder der Anerkennung zurückgehender und auch in Zukunft niedriger Wachstumsraten. Bislang ist es allerdings nicht gelungen, eine Debatte über die inhaltliche Bestimmung von Wohlstand zu führen, geschweige denn Dimensionen von Wohlstand jenseits des BIP bzw. bei weiter sinkenden Wachstumsraten aufzuzeigen. Die bislang von der Mehrheit aus CDU/CSU und FDP abgesehenen und damit für den Hauptteil des Abschlussberichts vorgesehenen Texte thematisieren gerade nicht die grundlegende Frage, welche Herausforderungen sich der Politik angesichts auch zukünftig niedriger oder sogar weiter sinkender Wachstumsraten stellen. Stattdessen wird etwa erörtert, wie Arbeitsmärkte gestaltet oder wie die öffentlichen Haushalte bemessen sein müssen, um zukünftig wieder ein höheres Wachstum zu ermöglichen.

Zu befürchten ist, dass am Ende der Bericht der Enquete-Kommission von dem alten Geist geprägt ist, wonach durch Deregulierung, Liberalisierung, Haushaltskonsolidierung etc., also durch „reines“ Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität am besten gefördert werden könnten. Damit droht die Enquete-Kommission nicht nur weit hinter den ursprünglichen Überlegungen und Zielen ihrer Einsetzung, sondern auch und vor allem hinter den Erwartungen der interessierten Öffentlichkeit zurückzubleiben.

Autor: PD Dr. Norbert Reuter, Ökonom im Bereich Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

„Anders links sein“ (Buchrezension)

von Sebastian Henneke

Einfach hat es sich der Autor Stefan Remeke nicht gemacht. In seiner Duett-Biografie „Anders links sein“ widmet er sich gleich zwei herausragenden Köpfen der Gewerkschaftsbewegung der 1970er und 1980er Jahre. Mit beeindruckender Recherchetiefe und fundiertem Wissen über die Gewerkschaftsszene skizziert Remeke entlang der Lebenslinien von Maria Weber und Gerd Muhr die Geschichte der Gewerkschaften und des DGB in der alten Bundesrepublik.

Auf der einen Seite steht Maria Weber, Tochter eines katholischen Bergmanns aus dem Ruhrpott, engagierte Betriebsrätin, CDU-Mitglied und langjährige stellvertretende DGB-Vorsitzende. Und auf der anderen, Gerd Muhr, Sohn einer katholischen Arbeiterfamilie aus der rheinischen Provinz, Betriebsrat, Sozialexperte im Vorstand der IG Metall, Sozialdemokrat, dann DGB-Vorstandsmitglied und später Präsident des ILO-Verwaltungsrates. Alleine diese grundlegende biografische Aufzählung macht bereits deutlich, mit welchen rein quantitativen Dimensionen sich diese Biografie befasst. Die Herausforderung scheint für Remeke – von Hause aus Historiker – weniger das Aufzählen der verschiedenen Lebenswendungen. Sein Verdienst liegt vielmehr darin, die Geschichte der Einheitsgewerkschaft erfasst zu haben und lesenswert wiederzugeben. Zugleich gelingt es ihm, die Lebensläufe von Weber und Muhr detailliert darzustellen und im Kontext ihrer Generation zu reflektieren.

So zum Beispiel die unterschiedlichen Erfahrungen während des 2. Weltkrieges. Gerd Muhr war Maschinist auf einem Flottenbegleitschiff und Maria Weber war Arbeiterin in einer Fabrik für Treibstoffe. Dann die Jahre des beruflichen Wiedereinstiegs, der Beginn der gewerkschaftlichen Karriere, der Wechsel auf die Bundesebene. Alle frühen Wendungen werden hier vor dem Hintergrund des konservativ-katholischen Milieus gespiegelt, aus dem beide stammen. Maria Webers Erfahrungen von Solidarität unter den katholischen Kollegen im Betrieb, von denen sie nach einer despektierlichen Äußerung über das „Dritte Reich“ geschützt wurde. Oder aber Gerd Muhrs Abkehr vom CDU-Umfeld hin zur SPD in den 1950er Jahren, weil seine Erfahrungen als Gewerkschaftssekretär ihn zu anderen Schlussfolgerungen kommen ließ, als die politischen Ziele der Adenauer-CDU.

Besonders spannend und gelungen sind die Passagen, wo Weber und Muhr im Zentrum fundamentaler, innergewerkschaftlicher Schlüsselentscheidungen stehen. So zum Beispiel im Jahr 1956: Der DGB hatte zum großen Unmut der Christlich-Sozialen im Bundestagswahlkampf 1953 („Wir wollen einen besseren Bundestag“) eingegriffen. Man wollte den politischen Wechsel. Ein Eklat, der für die Christlich-

Sozialen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verletzt hatte. Das Problem: Die Einheitsgewerkschaften konnten in einem solchen Fall noch nicht auf ein bewährtes Krisenmanagement zurückgreifen. Und, dass diese Krise gefährlich werden konnte, zeigte sich, als 1955 die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) gegründet wurde – wie sich herausstellte, zwar ohne nennenswerten Erfolg, aber das war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Als dann im Jahr 1956 Thea Harmuth, Webers Mentorin und Vorgängerin im DGB-Bundesvorstand, verstarb, stand keinesfalls fest, dass die von Hans Böckler 1949 vorgegebene Proporzbesetzung im DGB-Bundesvorstand weiterhin gültig sein würde. Doch unter dem Eindruck der vorangegangenen Konflikte stand der DGB-Vorsitzende Walter Freitag eindeutig in der Tradition seines Vorgängers und sicherte den Christlich Sozialen, wie gehabt, zwei Sitze im Vorstand. Der Beginn für Maria Webers 26-Jährige Arbeit im DGB-Bundesvorstand.

Als „sehr prägend“ beschreibt Remeke Gerd Muhrs Jahre im Vorstand der IG Metall unter Otto Brenner. Der legendäre Vorsitzende der Metallgewerkschaft, der die Gewerkschaft unter den Vorzeichen des Wirtschaftswunders in die Offensive führte und sich von einem „Think Tank“ aus Linksintellektuellen beraten ließ und vor allem das IG-Metall-Engagement auf internationaler Ebene forcierte. Erfahrungen, die für Gerd Muhr wegweisend waren.

Die umfassende Quellenbasis des Buches ermöglicht es, die Leistungen und Einstellungen von Weber und Muhr umfassend zu erleben. Die großen Themen, für die sie ein Leben lang gekämpft haben: Die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ganztagschulen – „Lebensthemen“, die Maria Weber entscheidend mitgeprägt hat. Besonders interessant sind Argumente, die heute – zumindest in der breiteren Diskussion um Bildung und Chancengleichheit – keine Rolle mehr spielen. So zum Beispiel Webers harsche Kritik an Hausaufgaben. Diese waren für sie ein Element, das Frauen „die Freiheit nimmt einen Beruf auszuüben“ und die Bildungschancen von Kindern aus Arbeiterfamilien hemmt.

Bei Gerd Muhr war es sein internationaler Einsatz für eine bessere Arbeitswelt – als Botschafter in Sachen nationale und internationale Sozialpolitik. Zum Beispiel für ein Arbeitssicherheitsgesetz 1973 einzutreten. Zwar ermöglichte die linksliberale Regierung unter Willy Brandt, dass die Gewerkschaften sich federführend bei Themen der Arbeitswelt mit einbrachten, doch Remeke belegt, dass es das effiziente Engagement von Gerd Muhr war, das dieses Gesetz zustande brachte – und das im Einklang mit den Arbeitgebern und der Ärzteschaft. Oder seine Arbeit im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation ab 1970. Der Kampf für Gewerkschaftsrechte in Griechenland, Spanien und den osteuropäischen Staaten war für ihn Verpflichtung und ein konsequent verfolgter Auftrag. Auch hier bettet

Remeke gekonnt Muhrs Arbeit in den Rahmen der globalen Kontexte ein. Aber auch fernab der großen politischen Schauplätze weiß die Biografie zu unterhalten. Wenn es darum geht, Gewerkschaftsalltag in den 1970er Jahren darzustellen. Zum Beispiel die beschwerliche zweitägige Reise per Auto nach Genf zur ILO und die dortige, eher günstige Unterbringung.

Das Fazit: „Anders links sein“ erzählt umfassend, kenntnisreich und sehr unterhaltsam, was DGB und Gewerkschaften von 1949 bis 1990 an beschäftigt hat – innergewerkschaftlich, auf nationaler und internationaler Ebene. Gewürdigt werden dabei die Lebensleistung von Maria Weber und Gerd Muhr nicht nur durch das bloße Aufzählen ihrer Taten, sondern vor allem durch den Abgleich mit den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Situationen. Der spezielle Verdienst dieses Buches liegt allerdings woanders. Besonders in den Kapiteln zu Maria Weber zeichnet die Biografie die lebhafteste Geschichte der Einheitsgewerkschaft. Genau in diesen Kapiteln kommt dann auch der Titel des Buches richtig zu Geltung.

Autor: Sebastian Henneke, Redakteur beim gewerkschaftlichen Infoservice Einblick

Stefan Remeke, Anders links sein – Auf den Spuren von Maria Weber und Gerd Muhr, 592 Seiten, 42,00 Euro, ISBN: 978-3-8375-0488-0

Der politische Frühling: Musikalische Neuerscheinungen (Musikkritik)

von Rhett Skai

Das erste Quartal des Jahres 2012 hat es bezüglich politischer Musik in sich. Und die Aussichten für das zweite Quartal sind auch sehr gut. Hier werden vier neue Album-Kritiken mit genau genommen sechseinhalb CDs vorgestellt.

Das hat es in sich: Bob Dylan reloaded

Wie bespricht man vier CDs auf dem Platz, den man sonst für eine hat? Am besten so: Zum Jubiläum von Amnesty International bat man diverse MusikerInnen, Lieder von Bob Dylan zu interpretieren, dabei wurde nicht irgendwer gefragt, sondern die Creme de la Creme des Rock, Pop, Blues und Jazz, insbesondere natürlich die Politischen unter ihnen. Herausgekommen sind 73 Interpretationen, die teilweise sehr nah am Original sind. Alle Stücke beeindruckend und machen die Vielschichtigkeit Bob Dylans deutlicher denn je.

Imposant ist die Liste der ganz großen Interpreten: Adele, Billy Bragg, Brian Ferry, Diana Krall, Eric Burdon, Joan Baez, Kris Kristofferson, Marianne Faithfull, Mick Hucknell, Sting und Taj Mahal. Besonders empfehlenswert sind dabei: Carolina Chocolate Drops, Faithfull, Flogging Molly, Joe Perry, Kesha, Lenny Kravitz, Mariachi El Bronx, Michael Franti, Oren Lavie, Queens Of The Stone Age, Pete Seeger, Rise Against sowie Tom Morello The Nightwatchman.

Trotz der fehlenden Liedtexte wird hier eine unbedingte Kaufempfehlung ausgesprochen und das nicht nur, weil die Gewinne an Amnesty International gehen.

Alter Mann mit alten Ideen

Erst einmal vorweg: Es sind großartige Lieder auf diesem Album von Leonard Cohen. Die beeindruckende Dichte der sparsamen Arrangements erinnert an Johnny Cashs American Recordings. *Leonrad Cohen* hatte sich eigentlich in ein buddhistisches Kloster zurückgezogen; nun musste er jedoch wieder anfangen zu touren; denn seine ehemalige Managerin brachte ihn um sein Vermögen. Der nun 78-jährige Cohen hatte als Dichter angefangen und wurde erst später Musiker. Sein Leben und seine Gedichte bilden die breite Grundlage für die Themen seiner Lieder.

Die alten Ideen entpuppen sich folglich als diejenigen Themen, die einen Mann bewegen, der alles erlebt und gelebt hat. „Old Ideas“ erreichte Platz 4 der deutschen

Albumcharts, in Österreich, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich gar den Platz 2. Der zunächst beeindruckendste Song ist „Darkness“, dessen Text sich wie eine Lebensbilanz liest. Die Musik zu „Crazy To Love You“ wurde von Anjani Thomas komponiert, seiner aktuellen Lebensgefährtin. Ein immer besser werdendes Liebeslied, je öfter man es hört. „Going Home“ ist eine kleine Autobiografie, mit eindringlicher Trompete und Chor.

Cohen hat mit *Old Ideas* ein hymnisches Album vorgelegt, das oftmals wie eine Sammlung von Gebeten inklusive religiöser Bilder klingt. Die Musik erinnert manchmal mehr an Blues, Gospel oder Folk. Die Liedtexte sind im Album schön gestaltet beigefügt. Wenn man die CD kauft, erhält man ein Album mit gut abgehangener Musik.

Voll auf die Zwölf

Attila The Stockbroker alias John Baine macht seit 1980 vom politischen Punk inspiriert Musik. 1994 gründete er eine Band, die *Barnstormer* (dt.: die Wanderschauspieler). Mit „Bankers & Looters“ haben die Barnstormer ihr zehntes Werk vorgelegt. Mit sieben Stücken kann man eher von einer Mini-LP sprechen, wozu allerdings noch zwei alternative Versionen von Liedern auf der CD vorkommen – insgesamt eher ein halber echter Longplayer.

Musikalisch eher sparsam, haben doch einige Lieder Gassenhauerqualitäten - und strickt ArbeiterInnenklasse. Vornehme Zurückhaltung ist ihre Sache nicht. Aber Lieder wie „Bye, Bye, Banker!“ haben angesichts der Auswirkungen der Finanzmarktkrise ihre Berechtigung. Manche Menschen werden deutlich hervorgehoben – positiv wie negativ. Gelobt wird in „Dean Reed“ der sogenannte rote Elvis, ein Rockabilly-Stück. Eher negativ scheinen, und das ist sehr zurückhaltend formuliert, die Planungen zur Beerdigung Maggie Thatchers in „Maggots 1 : Maggie 0“ zu sein. Die ehemalige britische Premierministerin bleibt trotz des schönen Kinofilms bei der Linken eher unbeliebt (s. [Red Wedge](#)[1]) – vollkommen zu Recht. Eine feine Ballade über die Verbindung von Fußball und Politik stellt „Only Football“ dar.

Wer auch wenig subtile Musik schätzt, wird diesen Mini-Longplayer mögen – je öfter gehört desto mitreißender ist er. Es ist eine schön gestaltete CD mit Songtexten und kurzen Geschichten drum herum.

[1] Kurze Darstellung unter: <http://www.gegenblende.de/search/++co++6c252ffa-37b1-11e1-4404-001ec9b03e44> .

Gesellschaftliche Skurrilitäten lächerlich machen

Der linke Lieblingsbarde *Funny van Dannen* hat mit „Fischsuppe“ nun, nach seinem Best-Of-Album „Meine vielleicht besten Lieder...“ seinen 13. musikalischen Longplayer veröffentlicht. Auf Platz 64 ist er damit in die deutschen Albumcharts eingestiegen.

Bewaffnet mit akustischer Gitarre, Ironie und Sarkasmus werden skurrile Auswüchse unserer Gesellschaft auf die Schippe genommen. Mit „Einkaufszentren entstehen“ wird kurz aber nachhaltig die ganze kapitalistische Gesellschaft – vor Ort bis europaweit - abgewatscht. Über Esoterik macht sich Funny van Dannen in „Erleuchtet“ lustig. Die Auseinandersetzungen mit Fahrradfahrern in Berlin beleuchtet er in „Der Fahrradfahrer“. Mit „Was Krieg ist“ findet sich auf dem Album ein knallhartes Antikriegslied. Der Sänger ruft in „Unruh“ kaum verhohlen zur Aktion gegen kritikwürdige Verhältnisse auf. Aber auch ein Liebeslied ist auf dem Silberling zu finden.

Stilistisch nennen es manche Chansons. Selbst seine Kommentare zwischen den einzelnen Liedern sind hochpolitisch. Dieser Live-Mitschnitt ist musikalisch abwechslungsreich und thematisch vielseitig und begeistert einmal mehr.

Autor: Rhett Skai, geboren 1970 in einem ArbeiterInnenviertel, arbeitet heute in Schaff-Enspausen

Gute Arbeit der Zukunft – Überlegungen zu einer nachhaltigen Transformation

von Antonia Kühn, Andreas Meyer-Lauber, DGB-Nordrhein-Westfalen

Transformationsprozesse sind in Nordrhein-Westfalen kein neues Thema. Seit den 60er Jahren erleben wir einen tiefgreifenden Wandel der Wirtschafts- und Sozialstruktur. Das ehemalige Kohlrevier hat sich zu einem modernen Produktions- und Dienstleistungsstandort mit einer starken Wissenschaftslandschaft entwickelt. Dieser Strukturwandel ist noch nicht abgeschlossen, da sind wir bereits mit dem nächsten Transformationsprozess konfrontiert: Nordrhein-Westfalen steht vor der Herausforderung einer ökologischen Wende in der Industrie und in der Energieerzeugung. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Ressourcenschonung werden für eine gute Zukunft des Industriestandortes maßgeblich sein.

Diese Veränderungen treten nicht schicksalhaft ein. Sie sind gestaltbar und müssen auch gestaltet werden, wenn wir die entstehenden Chancen nutzen wollen: durch die Politik, durch die Unternehmen, durch das Finanzsystem und natürlich auch durch die Gewerkschaften. Es ist Aufgabe des DGB sich damit auseinanderzusetzen, wie die ökologische Wende unser Kernthema – die Arbeitswelt – verändern wird.

Nachhaltigkeit meint mehr als Klimaschutz

Der Begriff 'Transformation' ist durch die Nachhaltigkeitsdebatte geprägt. 'Nachhaltigkeit' wird in dieser Diskussion meist gleichgesetzt mit 'Klimaschutz', was aus unserer Sicht erheblich zu kurz greift. Die Entwicklung zu einer nachhaltigen Gesellschaft kann nicht allein über das Erreichen von Klimaschutzziele definiert werden. Ein solches Denken birgt die Gefahr, die soziale Dimension, also auch die Dimension von Beschäftigung und Guter Arbeit, zu vernachlässigen. Für die Entwicklung unserer Gesellschaft wäre das fatal. Zugespitzt formuliert: Wenn am Ende die Menschen zwar in einer CO₂-armen Atmosphäre leben, aber keine Arbeit mehr haben, also ihre soziale Sicherheit nicht gewährleistet ist, hat das mit wirklicher Nachhaltigkeit nichts zu tun.

Die genannten Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen. Zwar lassen sich die anstehenden Veränderungen in der Arbeitsgesellschaft bislang nur erahnen, durchaus präsent ist aber heute schon die Angst, mit der ökologischen Wende viele gute Arbeitsplätze zu verlieren. Die Arbeitsplätze in der konventionellen Energieerzeugung, den Atomkraftwerken und im Bergbau waren vor allem durch einen hohen Grad an Mitbestimmung, gute Bezahlung, geregelte Arbeitsbedingungen und qualifizierte Ausbildung gekennzeichnet. Gleiches gilt für die ebenso von der neuen Energiepolitik betroffenen Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie wie der Stahlbranche, den Aluminiumwerken oder der chemischen Industrie. Gute Arbeitsplätze wollen wir nicht aufgeben. Der wesentliche Transformationsprozess ist daher in den bestehenden Unternehmen zu realisieren.

Auf der anderen Seite ist auch wahrzunehmen, dass neue, grüne Jobs entstehen. Wie viele aber sind es und wie sehen sie aus? Es gibt kaum Daten über den Beschäftigungsaufbau in der nachhaltigen Energiewirtschaft. Die deutsche Solarproduktion hält der chinesischen Konkurrenz nicht stand, so dass die Arbeitsplätze hier nicht sicher sind. Wie in vielen neu gegründeten Unternehmen müssen sichere Beschäftigungsformen, gute Bezahlung und Mitbestimmung auch in der Öko-Branche erst erkämpft werden.

Prekär ist nicht nachhaltig

Betrachten wir die heutige Situation der Beschäftigten, so stellen wir fest, dass 15 Prozent ihre Arbeit selbst als gut bewerten, rund jeder Zweite sieht Verbesserungsbedarf, aber ist noch ganz zufrieden, jeder Dritte jedoch klagt über schlechte Arbeit (vgl. Index Gute Arbeit). Dieser Anteil von 30 Prozent Unzufriedenen hält sich konstant. Dennoch gibt es faktisch Veränderungen und zwar massive: Die Schere in der Arbeitswelt geht immer weiter auseinander. Auf der einen Seite stehen gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte, die sich über gute Arbeitsbedingungen für Stammebelegschaften freuen können. Auf der anderen Seite steht jene Personalreserve, die nach dem Prinzip 'Hire and Fire' von den Unternehmen nachgefragt wird – oder eben auch nicht.

Unbefristete Vollzeitbeschäftigung wird ersetzt durch Teilzeit, Minijobs, Leiharbeit und befristete Beschäftigung. Arbeit ist nicht mehr sicher. Immer mehr Beschäftigte verdienen so wenig, dass sie ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken müssen. Im vergangenen Jahr bezogen rund 300.000 Erwerbstätige in NRW neben dem Arbeitslohn noch SGB II-Leistungen, weil ihr Lohn nicht ausreichte, um den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Für Gewerkschaften verbirgt sich hier ein alter Organisationswiderspruch, denn die Prekären sind kaum organisiert. Ausgerechnet die unsicher Beschäftigten, die am dringendsten Solidarität und Hilfe bräuchten, sind selten Gewerkschaftsmitglied. Zugleich zirkuliert in der Mitgliedschaft eine Abstiegsangst, die auch betriebliche und tarifpolitische Auseinandersetzungen prägt. So ist es durchaus im Interesse der Fachkräfte und Stammebelegschaften diese Auswüchse des Arbeitsmarktes einzudämmen. Solange es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, die zu Hungerlöhnen arbeiten, die von ihrer Arbeit krank werden und die sich ihres Arbeitsplatzes nicht sicher sein können, können wir nicht von Guter Arbeit und somit auch nicht von Nachhaltigkeit sprechen.

Entwicklungstrend: Verantwortlich für Nachhaltigkeit

Zugleich können wir einige Trends feststellen, die wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Arbeitswelt haben. Einige möchten wir hier beispielhaft nennen. So sind wir überzeugt, dass die IT-Revolution noch keineswegs an ihr Ende gelangt ist. Die Organisation von Dienstleistungen, die Steuerung von Prozessen und die Fertigung von Produkten erfolgen immer mehr zeitsynchron mit modernen Kommunikations- und Steuertechnologien. Die computerbasierte Vernetzung der Kommunikation ist Voraussetzung für die ökologische Wende. Schon heute investiert beispielsweise die Telekom in dezentrale Minikraftwerke, wohl wissend, dass die Kommunikations- und die Energienetze immer weiter zusammenwachsen. Daneben können wir heute eine zunehmende Individualisierung von Arbeit feststellen. Das dezentrale Arbeiten in Clouds, die individualisierte Verantwortung über das Arbeitsergebnis dank Vertrauensarbeitszeit und Projektarbeit oder die Entgrenzung

der Arbeitszeit dank Smartphones und mobilen Büros sind nur einige Stichworte. Im Kontext dieser Entwicklung werden immer weniger einfache, gering qualifizierte Arbeitskräfte im Arbeitsmarkt nachgefragt. Der Wandel der Arbeit erfordert eine hohe fachliche Qualifikation von den Erwerbstätigen, aber auch Bildung und soziale Kompetenzen steigen in ihrer Bedeutung, weil die Verantwortung für Nachhaltigkeit weit über die konkreten Produktionsprozesse hinauswirkt.

Prozess gestalten: nachhaltig durch Mitbestimmung und Beteiligung

Wir sind einigermaßen in der Lage, den Status Quo zu beschreiben und einige Entwicklungstrends zu vermuten. Die Ergebnisse des Transformationsprozesses sind jedoch nicht vorhersehbar, eine Zielvorstellung dessen, wie gute Arbeit unter ökologisch nachhaltigen Bedingungen aussehen soll, kann nicht exakt benannt werden. Entscheidend ist es deshalb, den Prozess der Veränderung zu überdenken. Wir gehen zunächst davon aus, dass der Kapitalismus das zentrale Betriebssystem bleibt. Wir gehen aber auch davon aus, dass es weiterhin etatistische Eingriffe geben wird und geben muss. Wenn wir darauf verzichten, die Transformation zu gestalten und den Prozess alleine den Marktkräften überlassen, werden sich die Konflikte und Krisen weiter verschärfen. Wenn wir darauf warten, dass sich ökologische und soziale Ziele alleine als Nebenprodukte marktwirtschaftlichen Gewinnstrebens einstellen, so ist der Klima-Kollaps ebenso gewiss wie ein Anwachsen der globalen Ungerechtigkeiten. Wir dürfen den Kapitalismus nicht sich selbst überlassen, das hat die Wirtschafts- und Finanzkrise überdeutlich gezeigt.

Die Entwicklung zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise wird weder gleichförmig noch konfliktfrei verlaufen. Wir brauchen daher eine offensive Gestaltung der Transformation, in der aus gewerkschaftlicher Sicht die soziale Dimension des Wandels besonders zu berücksichtigen ist. Erfolgreich wird die Entwicklung zu einer nachhaltigen Gesellschaft nur, wenn das Spannungsfeld zwischen Profitstreben und Ressourcenknappheit durch mehr Demokratie gestaltet wird. Die Frage der demokratischen Beteiligung wird also zur Schlüsselfrage für den Transformationsprozess – von der kommunalen bis zur internationalen Ebene.

Anforderungen an die Politik

Politik muss nun nicht nur ökologische, sondern auch soziale Leitplanken für den Wandel definieren und diesen gestalten. Dazu gehört auch eine Verlässlichkeit über jeweilige Legislaturperioden hinaus. Der Staat kann und muss Ziele vorgeben, aber er kann den Unternehmen nicht vorschreiben, welchen technologischen Entwicklungspfad sie gehen sollen. Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik braucht aus Sicht der Gewerkschaften vor allem stichhaltige Analysen zu Beschäftigungseffekten und zur Qualität der entstehenden neuen Arbeit. Es fehlen Studien und Untersuchungen, die eine Grundlage für die weiteren Diskussionen über

die Zukunft von Arbeit in der ökologischen Wende bieten könnten. Schließlich muss Politik Maßnahmen und Instrumente implementieren, die schon heute für mehr Beschäftigung und Gute Arbeit sorgen können. Dazu gehören ein deutlich größeres Engagement im Bildungsbereich, mehr Mitbestimmung, ein bundesweites Tariftreuerrecht, eine Begrenzung von geringfügiger Beschäftigung und Leiharbeit, sowie natürlich ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn. Nur mit einer neuen, gerechten Ordnung der Arbeit kann gesichert werden, dass die Beschäftigten nicht die Verliererinnen und Verlierer dieser Wende werden. Deregulierungen der vergangenen Jahrzehnte wie z.B. im Bereich der Leiharbeit und der Minijobs müssen durch einen verlässlichen Rahmen für eine neue, nachhaltige Arbeitsgesellschaft zurückgenommen werden. Gerade weil wir noch nicht wissen, wie die Ergebnisse aussehen werden, muss Politik den Prozess des Wandels demokratisch gestalten.

Verantwortung der Gewerkschaften

Auch die Gewerkschaften sind gefordert, sich in den Transformationsprozess einzubringen. Es bedarf einer neuen gewerkschaftlichen Politik in zweierlei Hinsicht: Einerseits sind wir verantwortlich dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeit auch Gute Arbeit impliziert. Wir müssen in die Diskussionen um Ökologie und Klimaschutz gewerkschaftliche Positionen einbringen und in den Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Länder mitwirken. Derzeit erfahren diese Themen in vielen gewerkschaftlichen Strukturen keine Priorität. Wir wären jedoch gut beraten, diesen Veränderungsprozessen weit mehr Aufmerksamkeit und damit auch mehr Ressourcen zu widmen.

Andererseits tragen wir auch eine Verantwortung für die Politisierung der Gesellschaft im Transformationsprozess. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gehören nach wie vor zu den größten Organisationen in Deutschland. Wir müssen treibende Kraft einer engagierten Zivilgesellschaft sein, die zunehmend Einfluss auf Politik nimmt, wie am Beispiel der Anti-Atomkraft-Bewegung zu sehen ist. Es ist unsere Aufgabe die Gerechtigkeitsfrage neu zu stellen und die Diskussion um eine gerechtere Verteilung von Lebenschancen mit der Nachhaltigkeitsdebatte zu verknüpfen. Anders ausgedrückt: Gewerkschaften müssen die Verteilungsfrage neu stellen.

Pluralität und Identität als Herausforderung

Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass der Verteilungskampf jedoch nicht mehr alleine zwischen Kapital und Arbeit stattfindet. Konkurrenz und Kampf besteht auch zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Deutlich wird uns dies mit Blick auf die Spartengewerkschaften Cockpit, der Gewerkschaft der Lokführer oder dem Marburger Bund. Es reicht einfach nicht mehr, ein gutes Plakat und einen griffigen Slogan mit einer Forderung zu platzieren, wie die nach der 35-Stunden-Woche in den achtziger Jahren. Eine Forderung für alle Menschen lässt sich

kaum mehr finden. So wie sich das Leben pluralisiert hat, haben sich auch die Politik, das Parteiensystem und letztlich auch die Gewerkschaften pluralisiert. Unsere Aufgabe ist es nun, dieser Pluralität innerhalb der DGB-Gewerkschaften Raum zu geben, also Verschiedenheit zu akzeptieren und zu respektieren. Dabei wird auch den industriellen Belegschaften eine neue Rolle zu kommen. Die Zeiten, in denen junge Männer in Großbetrieben mit einer Ausbildung starteten und mit dem Ausbildungsvertrag auch gleich den Antrag auf Mitgliedschaft erhielten, sind fast vorbei. Die Betriebsgrößen nehmen ab, es gibt immer mehr kleine und mittelständische Unternehmen. So hat der durchschnittliche, von der IG Metall betreute Betrieb noch 170 Beschäftigte. Diese Zahl wird weiter sinken, so dass wir in immer mehr, immer kleineren Betrieben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Gewerkschaften ansprechen werden.

Aber auch die Bedürfnisse der Mitglieder sind viel komplexer und individueller geworden, so dass die Herausforderung darin besteht, gemeinsame Stärken und Durchsetzungskraft zu entwickeln und gleichzeitig individuellen und pluralen Forderungen Platz zu geben. Während die Einen sich kürzere Arbeitszeiten wünschen, brauchen Andere mehr Lohn und Dritte wünschen sich mehr Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Familienmodelle und die Geschlechterrollen haben sich schließlich genauso gewandelt wie die Arbeitsverhältnisse. Für Gewerkschaften gilt es die Interessen der Mitglieder sowohl in ihrem Betrieb als auch in ihrem Beruf zu unterstützen und zu vertreten, und zugleich gemeinsame Problem- und Interessenlagen der Beschäftigten einer Branche, einer Region oder eines Landes zu erkennen, sie zu organisieren und effektiv in die Politik einzubringen.

Nachhaltigkeit nur mit Gewerkschaften

Ohne die Gewerkschaften wird Gute Arbeit im Transformationsprozess kein Thema sein. Arbeit bleibt aber der wichtigste Integrationsfaktor für den Menschen in der Gesellschaft. Ganz besonders gilt dies für Jugendliche und junge Erwachsene, denen ohne Arbeit nicht nur ein Einkommen fehlt, sondern auch eine Perspektive für ein gutes Leben. Sie brauchen einen Platz in der Gesellschaft – und dieser definiert sich vor allem über die Arbeit. Dabei gehören für junge Menschen Ökonomie und Ökologie zusammen, sie wollen in einer gesunden Umwelt leben. Die Jungen sind es Wert, dass wir die Herausforderung annehmen und den Transformationsprozess in diesem Sinne gestalten. Die gewerkschaftlich entwickelte Kategorie der Guten Arbeit integriert sich so in den neuen gesellschaftlichen Konsens einer nachhaltigen Gesellschaft.

Autoren:

Andreas Meyer-Lauber, geboren 1975, Leiterin der Abteilung "Hochschulen, Wissenschaft und Forschung" beim DGB Bezirk Nordrhein-Westfalen
Antonia Kühn, geboren 1952 in Ahlen. DGB-Bezirksvorsitzender Nordrhein-Westfalen

Ausweitung der Kampfzone

von Dr. Andreas Rinke und Christian Schwägerl

Warum die neuen Kriegsgefahren im 21. Jahrhundert unterschätzt werden

Auf dem Ozean 400 Seemeilen nordöstlich von Perth betrachtet ein australischer Marinesoldat mit einem hochauflösenden Fernglas den Rohstofffrachter, den er und seine Kameraden auf dem Weg nach Europa beschützen sollen. Mit 600 Meter Länge gehört der Frachter zur neuen Superklasse. Bereits seit 15 Jahren begleitet die australische Marine ausgewählte Rohstofflieferungen nach Europa, um Eisenerze, Kohle und Seltene Erden vor Piratenangriffen zu schützen.

Der Soldat freut sich gerade noch auf den Landgang in Rotterdam, da findet sein Leben ein jähes Ende. Er und die gesamte Besatzung des Begleitschiffs sterben in einem riesigen Feuerball. Drei chinesische Tarnkappenschiffe, die selbst der hochmodernen australischen Überwachungstechnik entgangen waren, erscheinen wie aus dem Nichts und drängen den Rohstofffrachter in Richtung Norden ab. In Peking ordert der Präsident eine Bildleitung zum australischen Ministerpräsidenten...

Heute ist das Szenario eines chinesischen Angriffs auf Australien noch reine Fiktion. Die chinesische Führung betont unermüdlich, dass sie ihren Aufstieg zur Supermacht ausschließlich friedlich gestalten will. Doch die Regierungen in Canberra und Washington sind sich bereits einig, dass Chinas Aufstieg zur Supermacht den Pazifik zu einer neuen Krisenregion werden lässt. Eine Rüstungsspirale in Ostasien zeigt, dass sich längst viele Nationen für kommende Konflikte rüsten.

Dabei ist das Ringen um die riesigen Rohstoffvorkommen in Australien nur eines von vielen Krisenszenarien, die der Menschheit im 21. Jahrhundert drohen. Denn gleich mehrere „Stressfaktoren“ bewirken, dass Kriege – wenn auch in anderer Form – in

den kommenden Jahrzehnten wieder wahrscheinlicher werden. Doch während in der Öffentlichkeit Bedrohungen wie islamischer Terrorismus, das iranische Atomprogramm oder nordkoreanische Raketenpläne diskutiert werden, fehlt eine Auseinandersetzung mit den längst sichtbaren mittel- und langfristigen Trends.

In dem Buch „11 drohende Kriege“ beschreiben wir fast ein Dutzend Szenarien über drohende Gefahren, die heute vernachlässigt werden. Was passiert eigentlich, wenn die EU aufgrund der starken wirtschaftlichen, politischen Spannungen und der Migrationsströme aus dem Süden zerfällt. Werden die USA hinnehmen, dass sich irgendwann aufgrund der gravierenden demographischen Veränderungen etwa in Kalifornien die südwestlichen Bundesstaaten abspalten wollen? Wird das Gehirn von Soldaten aufgrund der rasch voranschreitenden neurobiologischen Forschung zum Schlachtfeld der Zukunft? Liefern sich die USA und China einen brutalen Wettlauf um die Vorherrschaft im Weltall und im Internet? Welche Kriege werden um die erkennbar knapper werdenden Nahrungsmittel und Rohstoffe geführt? Erlebt die Menschheit ein neues und letztes Kolonisierungs-Zeitalter, in der die bisher herrenlosen Räume des Weltalls und der Meere verteilt werden? Was passiert, wenn sich bei der Jagd nach den immer weiter schrumpfenden Fischbeständen in den Weltmeeren plötzlich auch militärische Allianzen der „Jäger“ bilden?

Die erkennbaren Stressfaktoren

Das Erschreckende ist, dass keines der elf Szenarien in „11 drohende Kriege“ reine Fiktion sind. Die Recherchen haben uns vielmehr gezeigt, dass die Entwicklung hin zu einer Eskalation bereits angelegt ist. Gleich mehrere „Stressfaktoren“ verstärken sich dabei gegenseitig, wenn nicht gegengesteuert wird. So wächst die Weltbevölkerung von sieben Milliarden auf zehn Milliarden Menschen, zugleich steigt die Nachfrage pro Kopf nach Nahrung, Rohstoffen und Energie deutlich. Die "grüne Infrastruktur" des Planeten kommt durch Klimawandel, Artensterben und Übernutzung an Belastungsgrenzen. Der Wettbewerb um die letzten unverteilter Territorien dieser Welt – vor allem Weltraum, Meere und Cyberspace – wird schärfer. Während neue Technologien das Leben weiter erleichtern, ballen sich von der Gentechnik über den Datenverkehr bis Kühlgasen für das Weltklima neue Manipulationsmöglichkeiten in den Händen Weniger. Und all dies geschieht vor dem Hintergrund einer gewaltigen geopolitischen Machtverschiebung aus dem Westen gen Asien.

Am deutlichsten sichtbar wird die längst begonnene Entwicklung beim Rennen um Rohstoffe und Nahrung. Bereits heute wird immer offensichtlicher, dass neue Vorkommen etwa am Meeresgrund stärker in den Fokus von Unternehmen und Staaten rücken. Der Streit um die Öl- und Gasvorkommen in der Arktis ist nur ein kleiner Vorgeschmack, im südchinesischen Meer ringt gleich ein halbes Dutzend Nationen um die dort vermuteten Ressourcen. Chinas Rohstoffhunger muss

befriedigt werden, um die innere Stabilität der Milliarden-Bevölkerung zu sichern. Australien mit seinen 22,3 Millionen Einwohnern liegt als riesiger Rohstoffklumpen nicht allzu weit entfernt. US-Präsident Obama proklamiert neuerdings das "pazifische Jahrhundert" vor allem deshalb, weil die USA Angst davor haben, ihre dominante Stellung im pazifischen Raum an China abtreten zu müssen.

Der Kampf um knappe Ressourcen

Dass die Kontrolle über Rohstoffvorkommen angesichts der wachsenden Weltbevölkerung und des wachsenden Wohlstands weltweit im 21. Jahrhundert zur geopolitischen Schlüsselfrage wird, erkennen langsam auch die Regierungen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor wenigen Wochen gewarnt, dass Unternehmen und Politik künftig gemeinsam agieren müssten, um die Rohstoffversorgung des Industrielandes Deutschland zu sichern. Sonst breche die Basis für den hiesigen Wohlstand weg. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, warnt sogar vor neuen Weltkriegen um Ressourcen und fühlt sich an den Beginn des 20. Jahrhunderts erinnert, als die Großmächte bei dem „scramble for Africa“ auf die Jagd nach Flottenstützpunkten und Kolonien gingen.

Doch leider nehmen auch andere Risiken zu – übrigens schon deshalb, weil der technologische Fortschritt die Hemmschwelle für den Einsatz von Gewalt sinken lässt. Cyber-Kriege, in denen in Sekundenschnelle die Infrastruktur eines Gegners lahm gelegt werden kann, gelten schon heute als realistisch. Im 21. Jahrhundert werden in der niedersächsischen Tiefebene keine Panzerarmeen mehr aufgefahren, um Siege zu erringen. Kriege ändern ihren Charakter, was sie nicht unbedingt ungefährlicher macht. Denn zugleich kann die Staatengemeinschaft mit neuen Entwicklungen überfordert sein. Es gibt nicht nur einen asymmetrischen Krieg mit Terroristen.

Auch das Verhältnis zwischen staatlicher Gewalt und privater Macht hat sich bereits massiv verschoben. Enormen öffentlichen Schulden in den westlichen Staaten stehen ungeheure private Vermögen gegenüber. Das verändert die Art und Weise, wie Firmen und Regierungen miteinander umgehen. Längst gibt es den Trend, dass private Unternehmen selbst für „Sicherheit“ sorgen.

Deshalb müssen Regierungen jenseits des Tagesmanagements auch für die Zukunft vorbauen. Die elf Szenarien sollen deshalb wachrütteln, was passieren kann, wenn bestimmte Risiken weiter ignoriert werden. Das Besondere an ihnen ist, dass sie sich bereits heute als Gefahren identifizieren können – und das schafft die Chance, vorausschauend daran zu arbeiten, dass es nicht so weit kommt.

Denn am Beginn des 21. Jahrhunderts wachsen auch die positiven Kräfte: Die weltweite Vernetzung erhöht die Chancen für globales Problembewusstsein. Die technologische Entwicklung birgt nicht nur Risiken: Wissenschaftler entwickeln wegweisende "grüne Technologien". Und jede neue Krise führt vor Augen, dass Nationalstaaten alleine die Probleme einer globalisierten Welt nicht mehr lösen können. Damit sich diese positiven Kräfte ausreichend entfalten können, sind viele konkrete Änderungen nötig: Rasche Schritte zur Stärkung der Vereinten Nationen gehören dazu. Alle Staaten müssen deutlich mehr in Bildung, Umweltschutz und Forschung investieren als heute. Zudem sind politische Strategien nötig, die auf Langfristigkeit anstelle der aktuellen Kurzatmigkeit gründen.

Auch wenn vor allem die USA und China die Entwicklung der Welt in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich prägen werden, sieht SPD-Fraktionschef Steinmeier auch für Europa eine wichtige Rolle: "Wir Europäer wissen, wohin uns dieser Wettlauf geführt hat", sagt er mit Blick auf die neuen Verteilungskämpfe. Gerade in dieser Erinnerung "liegt unsere künftige weltpolitische Mission."

"11 drohende Kriege. Künftige Konflikte um Technologien, Rohstoffe, Territorien und Nahrung" ist Ende April im Verlag C. Bertelsmann erschienen und kostet 21,99 Euro.

Autoren:

Dr. Andreas Rinke, geboren 1961, Politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin

Christian Schwägerl, geboren 1968, Freier Journalist, u.a. für GEO, Berliner Zeitung, FAZ, SPIEGEL

Demokratie lernen mit Liquid Feedback?

von Noemi Kirschbaum

Politik ist die Herbeiführung von Entscheidungen. Welche Prozesse die Entscheidungsfindung durchläuft, wird in den Medien oft verkürzt dargestellt. Welche Rolle der demokratische Konsens dabei spielt, wird meist verschwiegen. Wie können die oft langwierigen politischen Prozesse transparent und damit nachvollziehbar gemacht werden? Die Software „Liquid Feedback“ soll ein Werkzeug dafür sein.

Liquid Feedback (oder auch Liquid Democracy) ist ein internetbasiertes Werkzeug zur demokratischen Entscheidungsfindung, das zu mehr Beteiligung führen soll. Die Software ist Open Source und wurde von Mitgliedern der Piratenpartei entwickelt. Open Source heißt, dass jeder die Software an seine Bedürfnisse anpassen kann. So könnte zum Beispiel ein Verein die Software so verändern, dass sie mit den in der Vereinssatzung festgelegten Entscheidungsprozessen vereinbar ist. Das Entscheidungsfindungssystem basiert auf einer Internetanwendung, die über den eigenen Browser zu bedienen ist.

Liquid Feedback wird momentan von der Piratenpartei ausprobiert. Ausgangspunkt war der Wunsch nach mehr **direkter Demokratie** und die gleichzeitige Einsicht, dass diese im Kontext eines komplexen gesellschaftlichen Zusammenhangs wie einem Staat – oder auch nur im Rahmen von politischen Auseinandersetzungen innerhalb einer Partei – kaum praktikierbar ist.

Die moderne Informationstechnologie soll hier helfen unter der Einbindung aller interessierten Personen. Neben der Software-Anwendung wurde dazu auch ein Verfahren entwickelt, das sich in drei Phasen gliedert:

1. Neu-Phase
2. Diskussionsphase
3. Abstimmungsphase

Neu-Phase

Alle Initiativen, die von Mitgliedern der Gemeinschaft (der Partei, des Vereins etc.) eingebracht werden, befinden sich zunächst in der Neu-Phase. In dieser ersten Phase geht es darum herauszufinden, ob ein Antrag genügend Zustimmung findet, um in der nächsten Phase diskutiert zu werden. In der Neu-Phase ist es möglich, den Antrag so zu gestalten, dass alle Mitglieder noch Ergänzungen oder Veränderungen

vornehmen können. Der Antragsteller kann sich aber auch dafür entscheiden, dass niemand den Antrag weiter bearbeiten kann. Es ist auch möglich, alternative Vorschläge zu machen und diese an die Ursprungsinitiative zu „koppeln“.

In der Neu-Phase werden zudem die Stimmen gezählt, die den Antrag grundsätzlich unterstützen. Bei einer Initiative ist einsehbar, wer sie eingestellt hat, wie sich der Text verändert hat („Historie“, ähnlich wie bei Wikipedia) und wer sie unterstützt. Zusätzlich können alternative Initiativen daran gekoppelt werden. Auch die Unterstützer von alternativen Initiativen zum gleichen Thema werden gezählt um zu entscheiden, ob ein Thema für die nächste Phase zugelassen wird. Gibt es mehrere Initiativen, die das gleiche Thema behandeln, werden die Unterstützerstimmen zusammengezählt. Die einzelnen Initiativen werden in Themenbereiche untergliedert. Alle Initiativen befinden sich zu Anfang in der „Neu-Phase“. Während dieser Phase wird entschieden, ob die Initiative weiter diskutiert wird. Dafür ist es entscheidend, wie viele Unterstützer sie auf sich vereinen kann.

Es ist jedem Mitglied der Gemeinschaft möglich Anträge zu stellen. Jedes Mitglied kann zudem abstimmen. Mitglieder können sich aber auch entscheiden, ihre Stimme an ein anderes Mitglied abzugeben. Dieses Prinzip des **Delegated Voting** wird dann interessant, wenn ein Wähler sich zwar zu einem Antrag äußern möchte, seine Kompetenzen aber überschritten sieht und sich lieber auf von ihm gewählte Fachleute verlassen möchte. Diese Stimmabgabe kann jederzeit widerrufen werden und gilt nur für eine bestimmte Abstimmung oder ein bestimmtes Ressort. Die Delegation der Stimme kann in jeder Phase des Prozesses vorgenommen werden. Sichtbar ist auch, wer sich für eine Initiative interessiert. Zudem sind die gewählten Delegationen zu sehen, genauso wie die Delegationen eines gesamten Themenbereichs.

Das **Delegated Voting** erfordert es, dass das Abstimmungsverhalten aller Beteiligten öffentlich gemacht werden kann. Wenn sich ein Mitglied der Gemeinschaft entschließen sollte, einen Experten für sich wählen zu lassen, basiert diese Entscheidung grundlegend darauf, dass die politische Richtung des Delegierten transparent ist. Alle Mitglieder können eine zeitliche Übersicht zu den einzelnen Themenbereichen abrufen. Welche Themenbereiche relevant sind, ist daran ersichtlich, wie viele Mitglieder der Initiative ihre Stimme geben.

Diskussionsphase

Hat eine Initiative ausreichend viele Befürworter erhalten, wird in der nächsten Phase darüber diskutiert. In der Diskussionsphase tauschen die Mitglieder Argumente für und gegen eine Initiative aus. Diese Phase ist genauso wie die Phase zuvor zeitlich begrenzt, kann aber (nach Abstimmung) verlängert werden.

Abstimmungsphase

Im letzten Schritt erfolgt die Abstimmung über den Antrag. Jedes Mitglied kann selbst wählen oder aber seine Stimme an ein beliebiges anderes Mitglied delegieren. Aus diesem „flüssigen“ Übergang von direkter zu indirekter Demokratie, der jederzeit möglich ist, ergibt sich auch die Bezeichnung „Liquid Democracy“, also „flüssige Demokratie“.

Einblicke in die Benutzeroberfläche

In diesem kurzen Video der Kontextschmiede wird Liquid Democracy anschaulich erklärt. Wie die Benutzeroberfläche aussieht, lässt sich auch in einer Test-Umgebung begutachten.

Chancen und Risiken

Liquid Feedback ist ein weiterer Versuch, die bereits von den Grünen in ihren Anfangsjahren befürwortete Basisdemokratie zu stärken. Mit den neuen Möglichkeiten der Internettechnologie wird diese Basisdemokratie aber um die Delegationsmöglichkeit erweitert. Außerdem soll mehr Transparenz in der Entscheidungsfindung erreicht werden.

Genau diese Transparenz aber wird auch teilweise von Piratenseite kritisiert. Martin Haase ist jedoch der Meinung, dass gerade diese Transparenz Vertrauen schafft, welche für eine gute und substantielle Programmarbeit notwendig ist. Die Abgabe oder Unsicherheit von beständiger Macht ist für ihn, der im April 2012 mit 152 Delegationen der „mächtigste“ Pirat im Liquid Feedback war, ebenfalls positiv zu bewerten. Abstimmung, Kommunikation, Entscheidungsfindung werden so zu fließenden Ereignissen, die sich gesellschaftlichen Realitäten anpassen können. Transparenz ist aber auch der Knackpunkt, wenn es um den offenen Zugang zum Abstimmungstool geht. Der Lobbyarbeit wäre sicherlich Tür und Tor geöffnet, doch ob dies heute nicht sowieso schon der Fall ist, bleibt dem Bürger trotz medialer Berichterstattung meist schleierhaft. Wäre eine Transparenz durch das Liquid Feedback eventuell eine Möglichkeit, dieser Unsicherheit Abhilfe zu schaffen und Politik nicht nur mit der lautesten und nächsten Stimme zu gestalten, sondern mit dem Willen der Masse, gebündelt in Delegationen?

Diese Kurzfristigkeit von gefällten Entscheidungen, auch sichtbar in der Möglichkeit sich jederzeit für einen anderen Repräsentanten zu entscheiden oder selber an Abstimmungen teilzunehmen, ist ebenfalls ein Kritikpunkt. Die Konsequenz daraus sehen einige Beobachter in der Instabilität der Partei selbst oder auch, im Weiteren, in instabilen Koalitionen. Nichtsdestotrotz wird den größeren Parteien das Kopieren

einiger Vorschläge der Piraten, inklusive der größeren Mitbestimmung und Transparenz, empfohlen. Gerade das Teilen von Wissen wird dabei als innovationsfördernd angesehen.

Es stellt sich auch die Frage, wer denn sein Wissen teilen möchte. Nicht alle Piraten sind bei Liquid Feedback angemeldet, doch der Wissenstransfer läuft auch eher über das Piratenwiki oder ähnliche Tools. Wie hoch wäre der Wille sich an demokratischen Entscheidungen zu beteiligen, wenn schon diejenigen, die das Tool zur Umsetzung eingeführt haben, wenig Interesse zeigen? Diese Frage kann noch kaum beantwortet werden. Zwar sind die Piraten aus dem Interesse und dem Willen erwachsen sich politisch zu engagieren. Der Umgang mit einem Tool wie Liquid Democracy muss aber anscheinend erst erprobt werden. Denn der Umgang ist anders, als das altbekannte System, in dem die etablierten Parteien Anträge einbringen, diskutieren und zu Entscheidungen finden.

Dieser Artikel ist (unter anderen Gesichtspunkten) bereits bei pb21.de erschienen. Darin wird der Frage nachgegangen, inwiefern Liquid Feedback für die politische Bildung genutzt werden kann. Es erschien schon in diesem Artikel klar, dass die Einführung von Liquid Feedback, auch in einem geschlossenen und eher kleinem System wie einem Seminar, eine Lernphase benötigt. In dieser Phase müssen sich die Teilnehmenden nicht nur an die Benutzeroberfläche gewöhnen, sondern auch an die Art und Weise, in der diese flüssige Demokratie funktionieren soll. Es ist neu, anders und gewöhnungsbedürftig. Die Mediendebatten (beispielsweise die Kinodebatte) der letzten 100 Jahre, sowie die Einführung der Demokratie in Mitteleuropa zeigen, dass sowohl neue Medien als auch politische Systeme nicht ohne eine kritische und zuweilen ängstliche Betrachtung auskommen.

Generell kann man parallel zum vermehrten Einzug der Piratenpartei in deutsche Parlamente beobachten, dass vermehrt Artikel auftauchen, die das Liquid Feedback und das chaotische Finden von Entscheidungen kritisieren. Wenn bereits von einer Bedrohung für die repräsentative Demokratie gesprochen wird, kann man erkennen, dass der von den Piraten befürwortete Wechsel des Systems sehr ernst genommen wird. Aber dieser Wechsel wird wohl technisch noch eine Weile auf sich warten lassen. Die Server der Piraten brechen oft noch unter der großen Anzahl der gleichzeitigen Nutzer zusammen. Die Transparenz innerhalb des Systems ist noch nicht vollständig gegeben und gewünscht: das Experiment steckt eindeutig noch in der Testphase. Aber es wird mit Spannung beobachtet.

Autorin:

Noemi Kirschbaum, Geboren 1981, freiberufliche Teamerin in der Jugendbildung

Von der Finanzkrise zur Stagnation: Das Ende allgemeiner Prosperität und die Rolle der Wirtschaftswissenschaften

von Dr. Thomas Palley, Chefökonom AFL/CIO

Marshall McLuhan, der berühmte Medienphilosoph, schrieb: „Wir gestalten unsere Werkzeuge und diese wiederum gestalten uns“. Seine Erkenntnis trifft auch auf die Ökonomie zu, die durch Wirtschaftspolitik gestaltet wird, welche ihrerseits aus ökonomischen Ideen abgeleitet ist. Dies ist auch das Thema meines jüngst erschienenen Buches, in dem ich argumentiere, dass die globale Krise das Ergebnis fehlerhafter Politiken, gegründet auf fehlerhaften Ideen, ist.

Grob gesprochen gibt es drei unterschiedliche Betrachtungsweisen der Krise. Die erste entspricht der neoliberalen Hardcore-Position und kann als „Staatsversagen-Hypothese“ bezeichnet werden. In den Vereinigten Staaten wird diese Position mit den Republikanern und der Chicagoer Schule in den Wirtschaftswissenschaften verbunden. Die zweite Betrachtungsweise entspricht der gemäßigten neoliberalen Position und lässt sich als „Marktversagen-Hypothese“ bezeichnen. Sie wird verbunden mit der Obama-Regierung, der einen Hälfte der Demokratischen Partei und der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät des MIT. In Europa ist sie verbunden mit Politiken des „Dritten Wegs“. Die dritte, einer progressiven Position zuzurechnende, Betrachtungsweise lässt sich als „Ende der allgemeinen Prosperität-Hypothese“ umschreiben. Sie wird von der anderen Hälfte der Demokratischen Partei und der Arbeiterbewegung vertreten, hat aber keinen Rückhalt in den bedeutenderen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten, da dort Alternativen zur orthodoxen Theorie unterdrückt werden.

Welches Versagen?

Das Staatsversagen-Argument besagt, dass die Krise in der US-amerikanischen Immobilienblase und deren Platzen begründet und ein Resultat verfehlter Geldpolitik sowie staatlicher Interventionen in den Immobilienmarkt ist. Bezüglich der Geldpolitik hielt die *Federal Reserve* während der vorangegangenen Rezession die Zinssätze zu lange zu niedrig. Bezüglich des Immobilienmarktes trieb die staatliche Intervention die Preise in die Höhe, indem sie den Immobilienbesitz über die finanziellen Möglichkeiten der Käufer hinaus förderte. Diese „Hardcore-Perspektive“ betrachtet die Krise demnach im Wesentlichen als ein US-amerikanisches Phänomen.

Das gemäßigt neoliberale Marktversagen-Argument besagt, dass die Krise die Folge inadäquater Regulierungen des Finanzwesens ist. Zunächst einmal erlaubte die Regulierung den Banken das Eingehen übermäßiger Risiken. Zum Zweiten ermöglichte die Art der Regulierung innerhalb der Banken perverse Anreizstrukturen des Vergütungssystems, die das Management dazu antrieben, Kredite eher aufzudrängen anstatt sorgsam zu gewähren. Drittens schließlich, trieben die Verantwortlichen sowohl die Deregulierung als auch die Selbst-Regulierung zu weit. Zusammengenommen trugen diese Fehler zu einer Fehlallokation finanzieller Mittel, einschließlich der im Zusammenhang mit dem Handelsdefizit zugeflossenen ausländischen Ersparnisse, bei. Die gemäßigte Betrachtungsweise ist somit stärker global ausgerichtet, sieht die Krise aber vornehmlich als ein finanzielles Phänomen.

Das Ende des Wohlstands

Das progressive „Ende der allgemeinen Prosperität“-Argument sieht die Ursache der Krise im neoliberalen Paradigma, das die Wirtschaftspolitik in den letzten dreißig Jahren angeleitet hat. Zwar bilden die Vereinigten Staaten das Epizentrum der Krise, betroffen sind aber alle Länder, soweit sie dieses Paradigma übernommen haben. Letzteres infizierte den Finanzsektor in Form ungeeigneter Regulierungen und fehlerhafter Anreizsysteme bei der Vergütung. Das Regulierungsversagen bezüglich des Finanzmarktes war aber nur ein Element.

Das neoliberale Paradigma war in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren übernommen worden. In der Zeit zwischen 1945 und 1975 war die US-Wirtschaft gekennzeichnet durch einen keynesianischen „virtuous circle“ basierend auf Vollbeschäftigung und an das Produktivitätswachstum gekoppelte Lohnzuwächse. Das Produktivitätswachstum steuerte das Lohnwachstum, welches wiederum das Wachstum der Güternachfrage antrieb und für Vollbeschäftigung sorgte. Dies bildete den Anreiz für Investitionen, die weitere Produktivitätszuwächse und höhere Löhne ermöglichten. Dieses Modell funktionierte in den USA und, mit lokalen Modifikationen, auch weltweit – in Westeuropa, Kanada, Japan, Mexiko, Brasilien und Argentinien.

Nach 1980 wurde diese dem keynesianischen Modell entsprechende positive Dynamik durch ein neoliberales Wachstumsmodell ersetzt, das den Zusammenhang zwischen Löhnen und Produktivitätswachstum auflöste und eine neuartige wirtschaftliche Dynamik initiierte. Vor 1980 waren die Löhne der Motor des Nachfragewachstums in den USA, nach 1980 wurden dies die Schulden und die Inflation der Vermögenspreise.

Die andere Entkopplung von Wohlstand und Wachstum

Das neue Modell ist in einer neoliberalen Wirtschaftswissenschaft verwurzelt und lässt sich als ein neoliberaler Instrumentenkasten der Politik beschreiben, mit dem die Arbeiter in die Schranken gewiesen und von allen möglichen Seiten unter Druck gesetzt werden. Durch globale Produktionsnetzwerke und unterstützt durch Freihandelsabkommen und Kapitalmobilität versetzte die Globalisierung der Unternehmen die Beschäftigten in einen internationalen Wettbewerb. Die Agenda eines „schlanken“ Staates unterminierte die Legitimation staatlicher Steuerung und drängte auf Deregulierungen ungeachtet der damit verbundenen Gefahren. Die Agenda der Arbeitsmarktflexibilität richtete sich gegen die Gewerkschaften und gegen unterstützende Arbeitsmarktregelungen, wie Mindestlöhne, Arbeitslosenunterstützung und Kündigungsschutz. Schließlich schuf der Abschied von der Vollbeschäftigung Beschäftigungsunsicherheit und schwächte die Verhandlungsmacht der Arbeiter.

Dieses Modell wurde weltweit implementiert, sowohl in den Ländern des Nordens als auch des Südens, wodurch sich seine Wirkung multiplizierte. Das erklärt die Bedeutung des Washington Consensus, der in Lateinamerika, Afrika und den ehemals kommunistischen Ländern vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank durchgesetzt wurde, indem eine finanzielle Unterstützung von der Übernahme neoliberaler Politiken abhängig gemacht wurde.

Die Lücke für den Finanzmarkt

Durch die sukzessive Unterminierung des Prozesses der Einkommens- und Nachfragegenerierung schuf das neue Modell eine wachsende ‚Nachfragelücke‘. Die Rolle des Finanzsektors bestand darin, diese Lücke zu füllen. In den Vereinigten Staaten ermöglichten es Deregulierungen, Finanzinnovationen und die Spekulation dem Finanzsektor diese Nachfragelücke durch Konsumentenkredite und die anheizende Vermögenspreisinflation zu füllen. Die US-amerikanischen Konsumenten wiederum füllten die globale Nachfragelücke.

Diese drei Betrachtungsweisen machen deutlich, worum es geht, und zu jeder gehören unterschiedliche Politikempfehlungen. Vertreter der neoliberalen Hardcore-Position eines Staatsversagens propagieren als politische Antwort eine Verdopplung der neoliberalen Politik durch weitere Deregulierungen des Finanzsektors und des Arbeitsmarktes, eine erhöhte Unabhängigkeit der Zentralbank und die Verpflichtung auf eine geringe Inflation, sowie eine weitere Einschränkung staatlicher Tätigkeit durch fiskalische Austerität.

Vertreter der gemäßigt neoliberalen Position des Marktversagens propagieren zwar eine stärkere Regulierung des Finanzsektors halten aber an den übrigen Aspekten des vorherrschenden neoliberalen Paradigmas der Politik fest. Dies beinhaltet weiterhin die Unterstützung der unternehmensbezogenen Globalisierung, sogenannter Arbeitsmarktflexibilität, der Verfolgung niedriger Inflationsziele und fiskalischer Austerität.

Neue Antworten!

Die Vertreter der “Ende der allgemeinen Prosperität”-Hypothese befürworten grundlegend andere politische Antworten. Die Herausforderung besteht demnach darin, das neoliberale Paradigma zu verwerfen und durch das Paradigma eines „strukturellen Keynesianismus“ zu ersetzen, welches den politischen Instrumentenkasten erneuert und die Beziehung zwischen Lohn- und Produktivitätswachstum wieder herstellt. Das Ziel ist, die Beschäftigten als bevorzugtes Objekt der Politik ‚heraus‘ zu nehmen und stattdessen Unternehmen und Finanzmärkte zum Gegenstand zu machen, damit diese dem allgemeinen Interesse dienen. Dies erfordert das Ersetzen der unternehmensgetriebenen Globalisierung durch eine gelenkte Form der Globalisierung, die Erneuerung des Bekenntnisses zur Vollbeschäftigung, die Substituierung der neoliberalen Anti-Staats-Agenda durch eine soziale und demokratische Vorstellung des Staates, sowie die Ablösung neoliberaler Arbeitsmarktflexibilität durch eine auf Solidarität aufbauende Konzeption des Arbeitsmarktes.

Eine gelenkte Form der Globalisierung meint eine Welt mit Arbeitsstandards, koordinierten Wechselkursen und gesteuerten Kapitalflüssen. Eine soziale und demokratische Agenda meint, dass der Staat ein angemessenes Netz sozialer Sicherung bereit stellt, grundlegende Bedürfnisse, wie Gesundheit und Bildung, abdeckt und gesicherte Renteneinkommen gewährleistet. Eine auf Solidarität basierende Konzeption des Arbeitsmarktes zielt auf ein Machtgleichgewicht zwischen Beschäftigten und Unternehmen, welches gewerkschaftliche Vertretung, angemessene Mindestlöhne, Arbeitslosenversicherung und ausreichende Arbeitnehmerrechte und Schutzformen umfasst. Und schließlich, da das neoliberale Modell weltweit übernommen wurde, muss die globale Wirtschaft neu kalibriert werden. Hier kommt das Thema eines „globalen Rebalancing“ auf die Tagesordnung und aufstrebende Ökonomien der Schwellenländer müssen sich von exportgetriebenen Wachstumsstrategien abwenden und hin zu Strategien einer durch die heimische Nachfrage getriebenen Entwicklung gelangen.

Die entscheidende Erkenntnis ist, dass jede Betrachtungsweise ihre eigenen politischen Vorstellungen mit sich bringt. Folglich hat die bevorzugte Erklärung großen Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Dies rückt die

Wirtschaftswissenschaften ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen, da diese Einfluss darauf haben, welche Erklärung vorherrschend ist.

Der neue Wandel der Wirtschaftswissenschaften

Zurzeit ist die wirtschaftswissenschaftliche Profession gespalten in die „Hardcore-“ und die gemäßigt neoliberalen Positionen. Unter dem Druck einer unschönen Realität, die massenhaft die politische Forderung nach einem Wandel bewirkt, kann sich dies jedoch ändern. Die Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren erzwang einen Wandel der Wirtschaftswissenschaften und öffnete die Tür für keynesianische Ansätze. Die tiefe Rezession und die Aussicht auf Stagnation erzwingen möglicherweise einen erneuten Wandel der ökonomischen Wissenschaft.

Die einzige Gewissheit besteht darin, dass ein Wandel politisch umkämpft sein wird, da mächtige Eliten und orthodoxe Ökonomen ein Interesse am Erhalt der Dominanz des bestehenden Paradigmas haben, indem sie sicherstellen, dass ihre Erklärung der Rezession vorherrschend bleibt. Deshalb ist es für die Gewerkschaften von essentieller Bedeutung, dass sie sich in die theoretische Debatte über die Ursachen der Krise und darüber, wie Ökonomien funktionieren, einmischen. Ihre politische Stärke wird hier gebraucht und das Ergebnis dieser Debatte hat entscheidenden Einfluss auf ihre eigene Existenz und ihren Erfolg.

Dieser Artikel erscheint hier erstmals auf Deutsch. Er ist zuvor auf der Global Labor Column erschienen und wurde von Stefan Beck übersetzt.

Autor:

Dr. Thomas Palley, Senior Economic Adviser des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO und Mitarbeiter des Economic Growth Program der New America Foundation in Washington. D.C.

Bürgerdialog im Trend

von Dr. Sabine Nehls

„Ihr macht's alle eine Superfigur“

Mitte April ging die erste Phase des sogenannten Zukunftsdialogs zu Ende, mit dem Angela Merkel laut der zugehörigen Webseite www.dialog-ueber-deutschland.de für sich reklamiert, etwas ganz Neues unter das Volk zu bringen: „Mit dem

Zukunftsdialog hat die Bundeskanzlerin eine neue Art von Beteiligung geschaffen, wie sie in Deutschland bislang noch nicht stattgefunden hat. Es geht um eine neue Kultur des Zuhörens und eine neue Form des Dialogs.“ Bereits seit Frühjahr 2011 wurden 120 Fachleute in mehreren Arbeitsgruppen organisiert, um über die drei Fragen zu diskutieren, die sich Merkel und ihre PR-Strategen als Leitlinien erwählt haben: Wie wollen wir zusammenleben? Wovon wollen wir leben? Wie wollen wir lernen? Die zweite Säule bildet der „Bürgerdialog“. Vom 1. Februar bis zum 15. April dieses Jahres konnte jede Bürgerin und jeder Bürger Vorschläge für politisches Handeln auf der Webseite posten, diese kommentieren und darüber abstimmen. Die Absender der zehn am meisten gewählten Vorschläge werden ins Kanzleramt eingeladen, ebenso die Absender der zehn Vorschläge, die von den Experten, Mitarbeitern des Bundespresseamts und des Kanzleramts nominiert werden. Zudem lud Merkel in drei Städten zu „Bürgergesprächen“ zu je einer der drei Hauptfragen: Jeweils rund 100 ausgewählte Menschen konnten in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld live und in Farbe mit der Kanzlerin diskutieren und Vorschläge machen. Allerdings machte Merkel von vornherein klar, dass sie insbesondere zum Zuhören dabei sei, weniger zum diskutieren.

Das Schlagwort „Bürgerbeteiligung“ hat derzeit Hochkonjunktur, auch befeuert von den Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 etc. und die Erfolge der Piraten. So ganz neu ist das, was Merkel mit ihrem „Dialog über Deutschland“ inszeniert, allerdings nicht. Bürgerdialoge gab es schon in früheren Zeiten, z.B. in den 70er Jahren, als die damalige Bundesregierung versuchte, die Diskussion um die Atomenergie mittels eines „Bürgerdialogs Kernenergie“ zu entschärfen. Aus jüngster Zeit ist ein Beispiel der Bürgerdialog zu „Zukunftstechnologien“, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Leitung von Annette Schavan durchführte. Es gilt als modern und zukunftsweisend, wenn Politikerinnen und Politiker sich unter Volk mischen und dessen Meinung erfragen. Regelmäßig vor Wahlen sah man das schon in früheren Zeiten, doch nun versuchen es auch die etablierten Parteien außerhalb des Wahlkampfes. Hannelore Kraft von der SPD legt mit ihrer Initiative „TatKraft“, die sie im Herbst-Wahlkampf 2010 begann, auch als Ministerpräsidentin in NRW alle zwei Monate einen Arbeitstag in einem Unternehmen, einer Verwaltung oder einer sozialen Einrichtung ein. „Politik muss geerdet werden“, meint sie „Nur wenn man ganz nah dran ist an den Menschen kann man auch gut Politik für sie machen.“ Ihre Arbeitseinsätze finden ohne Pressebegleitung statt, am Abend gibt es jeweils eine öffentliche Veranstaltung am Einsatzort unter Beteiligung der Beschäftigten. Auf der Webseite der NRW-Landesregierung kann man sich Videos und Fotos über diese Aktivitäten anschauen. Sie beschränkt sich damit noch auf den Dialog in nichtdigitaler Form, bietet allerdings, wie viele andere Politikerinnen und Politiker, einen Austausch über Facebook und Twitter an.

Wieder ein moderner Bürgerdialog im Internet.....

Durch die Neuen Medien bekommt das Instrument „Bürgerdialog“ eine neue Dimension. Insbesondere die durch das Internet ermöglichte Selbstorganisation politischer Bewegungen zu einzelnen Themen droht den etablierten Politikakteuren den kommunikativen Rang abzulaufen. Der Erfolg der Piratenpartei zeigt auch, dass allein die Benennung von Transparenz und Beteiligung als Möglichkeit Zuspruch findet. Ob diese dann in politische Willensbildung zu konkreten politischen Themen umgesetzt werden kann, steht aber auf einem anderen Blatt. Was zahlreiche Städte und Kommunen bereits in unterschiedlicher Form praktizieren, versuchen nun auch etablierte politische Akteure auf Bundesebene: den Bürgerdialog, insbesondere in elektronischer Form.

Auch die SPD-Bundestagsfraktion bietet seit Beginn dieses Jahres einen „Zukunftsdialog“ im Internet an. Unter <https://zukunftsdialog.spdfraktion.de> sind „alle Interessierten“ eingeladen, „online mitzuwirken und sich mit ihren Ideen und Vorschlägen direkt an unserer Projektarbeit zu beteiligen“. Hier können sich auch Organisationen anmelden, um Vorschläge und Forderungen einzubringen und mit den Nutzerinnen und Nutzern zu diskutieren. In Zusammenarbeit mit dem Verein „Liquid Democracy“ und unter Verwendung der Beteiligungssoftware „Adhocracy“ gibt es die Möglichkeit, Vorschläge zu Positionspapieren der Fraktions-Projektgruppen einzubringen, zu kommentieren und darüber abzustimmen, aber auch eigene Themen zu setzen. Der Prozess ist langfristig angelegt und hat den Vorteil, dass die Nutzerinnen und Nutzer auch untereinander diskutieren können.

Was tun mit den Ergebnissen?

Bürgerdialog – wer sollte Kritik daran üben, wenn die Bundeskanzlerin sich mit den Bürgerinnen und Bürgern austauschen will? Allerdings kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es hier weniger um den inhaltlichen Dialog, als um eine Schau- und PR-Veranstaltung geht. Stolz teilte das Kanzleramt nach dem Ende der „Vorschlagsphase“ mit: 11618 Vorschläge und 74165 Kommentare sind online...Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger war mit 1,7 Millionen Besuchen außerordentlich hoch... Auch die Bürgergespräche ...fanden ein breites und positives Echo, wie die Berichterstattung in den entsprechenden Regionalmedien zeigt.“ Soweit so gut, doch wie sieht es inhaltlich aus? Welche Themen brennen den Deutschen denn nun wirklich unter den Nägeln? Überraschung: An der Spitze aller Vorschläge liegen im Voting ein „Gesetz gegen die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern und Aramäern“, „Cannabis legalisieren“ und „Offene Diskussion über den Islam“, hinter der sich vorwiegend islamophobe Stimmen sammeln. Abzuwarten bleibt, ob und welche Themen aus den vielen Vorschlägen wirklich in der alltäglichen politischen Auseinandersetzung aufgegriffen werden. Es ist zu vermuten, dass die PR-Strategen im Kanzleramt die Auswahl an den Prioritäten der eigenen Politik

orientieren. Ein Thema wie das bedingungslose Grundeinkommen, das immerhin noch auf dem zehnten Platz im Voting gelandet ist, dürfte sicher nicht ignoriert werden, allerdings wird eine erneute Diskussion darüber eher nicht dazu führen, dass die Kanzlerin ihre ablehnende Haltung aufgibt. Im Themenfeld „Wovon wollen wir leben?“ kam der Vorschlag „Stoppt den Beschäftigtendatenschutzentwurf“ immerhin auf den vierten Platz im Voting, die 165 Kommentare dazu sind fast ausschließlich zustimmend. Für alle Beschäftigten wird es interessant sein, ob und wie dies die weitere Diskussion zu diesem Thema beeinflussen wird.

Die Versuche, mehr Partizipation und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den politischen Alltag zu ermöglichen, sind zunächst einmal positiv zu bewerten. Damit kann die Bindekraft an politisches Handeln steigen und die demokratische Dimension gestärkt werden. Allerdings stellt sich die Frage, ob und wie deren Inhalte kanalisiert und qualifiziert werden können. Und ob dies wirklich der Anspruch der Initiatorinnen ist. Allein ein vielstimmiges Sammeln von Meinungen bringt noch keinen inhaltlichen Fortschritt in der politischen Diskussion. Das bloße Anhören oder Lesbarmachen von Themen und Meinungen lässt noch keinen Dialog entstehen. Angekündigt ist für den Sommer ein Buch mit dem Titel „Dialog über Deutschlands Zukunft“, herausgegeben von Angela Merkel, in dem beschrieben werden soll „was sich hinter den Kulissen des Zukunftsdialogs abgespielt hat, wie sich die Beratungen der Experten entwickelt haben und wie die Diskussionen zum Online-Dialog verlaufen sind“. Im September soll dann auf einem „Abschlussevent“ der Abschlussbericht an Merkel übergeben werden. Es ist zu befürchten, dass diese Wortwahl nicht zufällig ist und das ganze Unternehmen „Zukunftsdialog“ damit beendet sein wird. Dann hätten sich die Meinungen derjenigen bewahrheitet, die den „Dialog über Deutschland“ in erster Linie für einen PR-Coup halten. Ganz im Sinne des Moderators beim ersten Bürgerdialog in Erfurt, der zu Beginn sagte: „Und meine Damen und Herren, was man jetzt schon sagen kann: Ihr macht's alle eine Superfigur. Sieht unglaublich gut aus, sehr gut, genauso muss das sein, da muss sich keiner verstecken.“

Autorin: Dr. Sabine Nehls, Kommunikationswissenschaftlerin, medienpolitische Beraterin und freie Autorin

Thesen zu einer „europäischen Koalition des Widerstands“

von Bernhard Pfitzner

Die folgenden Thesen greifen einen Gedanken vom 3. Ver.di-Bundeskongress auf:

In seiner Grußansprache hatte Simon Dubbins von der britischen Gewerkschaft UNITE die Gründung einer „Koalition des Widerstands“ in Großbritannien erwähnt.

Frank Bsirske ging in seiner Erwiderung darauf ein:

„Simon Dubbins hat davon gesprochen, dass in Großbritannien eine ‚Koalition des Widerstandes‘ aufgebaut wird. Diese Koalition des Widerstandes darf und kann nicht nur ein Projekt für Großbritannien sein, sondern so etwas wird in ganz Europa gebraucht. (...) Neoliberale Konterrevolution gegen den Sozialstaat, Kolleginnen und Kollegen - mit uns nicht! Das muss unseren Widerstand hervorrufen. Dann gehen wir in den Widerstand und - Simon, gerne! - in eine Koalition des Widerstandes europaweit.“

Acht Thesen

1. Über die Notwendigkeit breiten Widerstands gegen die grundsätzliche Ausrichtung der gegenwärtigen offiziellen europäischen Politik gibt es in den DGB-Gewerkschaften – unbeschadet aller Unterschiede im Einzelnen – einen breiten Konsens.

So heißt es etwa in der DGB-Erklärung zum EGB-Aktionstag am 29. Februar 2012:

„Europa ist auf einem falschen Kurs. Das einseitige Spardiktat gefährdet Wachstum und Beschäftigung. Es droht eine Abwärtsspirale durch sinkende Löhne, Rentenkürzungen, steigende Arbeitslosigkeit und weniger Steuereinnahmen. (...) Die Krise wird von der Troika gleichzeitig missbraucht, um in vielen Ländern Tarifverträge auszuhebeln, Mindestlöhne abzusenken und den Kündigungsschutz zu kappen. (...) Europa braucht verbindliche Mindeststandards, um faire Löhne und ein menschenwürdiges Einkommen zu sichern. Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und angemessene soziale Absicherung der großen Lebensrisiken gehören unverzichtbar zu einem sozialen Europa. Diese Standards in der Krise immer weiter nach unten zu drücken ist gefährlich und kurzsichtig.“

Der Weg aus der Krise führt nur über ein starkes soziales Europa, mit starkem und effektivem Grundrechtsschutz. Wir wollen einen ‚New Deal‘ für Investitionen in die Zukunft Europas. Sparen und Investieren zugleich – das ist die richtige Formel. Europa braucht eine sozial gerechte Lastenverteilung und eine Regulierung der Finanzmärkte. Die Reichen müssen ihren Anteil zur Krisenbewältigung leisten und die Finanztransaktionssteuer muss endlich kommen. Es muss Schluss sein mit der Politik der Hinterzimmer. Wir wollen mehr Demokratie in Europa für eine Politik der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Ähnliche Aussagen lassen sich in einer großen Zahl von Stellungnahmen des DGB und der Einzelgewerkschaften finden. ⁽¹⁾

2. Auch auf europäischer Ebene gehen eine große Zahl gewerkschaftlicher Äußerungen in eine ähnliche Richtung. Auch hier nur ein Beispiel (aus einem Artikel der EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol):

„Der EGB fordert einen ‚Sozialkontrakt‘ für Europa. Ein solcher Vertrag sollte Investitionen, die eine nachhaltige Wirtschaft, gute Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit fördern, Priorität einräumen und der Bekämpfung der Ungleichheit dienen. Angesichts des vorherrschenden, alles niederwalzenden, ökonomischen Kurses, setzt sich die europäische Gewerkschaftsbewegung gegen schädliche Politiken zur Wehr und bildet Koalitionen, um gemeinsam bessere Lösungen zu finden. Überall in Europa fordern die Gewerkschaften eine Priorität für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit.“ ⁽²⁾

3. Die Gemeinsamkeiten können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß es bisher höchstens in Ansätzen zu gemeinsamem praktischen Handeln gekommen ist. M.E. sind dafür v.a. zwei Gründe verantwortlich:

- In der alltäglichen Gewerkschaftspraxis erscheint „Europa“ nach wie vor vielerorts „weit weg“. Trotz oft vorhandener grundsätzlicher Einsicht in die Zusammenhänge zwischen betrieblicher Realität und „großer Politik“ gelingt es in vielen Fällen nicht, diese Zusammenhänge praktisch aufzugreifen, und auch dort wo überbetriebliche politische Zusammenhänge aufgegriffen werden, geht dies in den meisten Fällen nicht über die nationale Ebene hinaus.
- Dieser Anachronismus einer – nicht durchgängig, aber in weiten Bereichen – national begrenzten Politik wird verstärkt durch die teilweise gravierend unterschiedlichen nationalen Gewerkschaftskulturen. Dabei sind die Sprachschwierigkeiten ein nicht unbedeutendes, wahrscheinlich aber nicht einmal das entscheidende Problem. Ebenso gravierend – wenn nicht sogar noch bedeutsamer – sind die Unterschiede in den jeweiligen nationalen

rechtlichen Rahmenbedingungen und die daraus resultierenden Unterschiede in Organisationsstrukturen und politischen Herangehensweisen.

4. Die Herausbildung einer gemeinsamen „schlagkräftigen“ Gewerkschaftsposition ist deshalb erst im Zuge langfristiger – und oft mühsamer – Entwicklungen zu erwarten, die von allen Beteiligten ein hohes Maß an Offenheit für die – zunächst gelegentlich kaum verständlichen – unterschiedlichen Herangehensweisen erfordern.
(3)

5. Neben dieser langfristigen Verständigungsarbeit ist allerdings die Entwicklung der „europäischen Koalition des Widerstands“ eine aktuelle Notwendigkeit.

Diese Koalition sollte natürlich nationale wie europäische Gewerkschaften und ihre Bünde in möglichst großem Umfang einschließen, zugleich aber weit darüber hinaus gehen.

6. Gibt es Kristallisationspunkte für die Koalition des Widerstands?

Meines Erachtens kann der Aufruf „Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!“⁽⁴⁾ einen solchen Kristallisationspunkt bilden, insbes. die folgende Passage:

„Wir plädieren für eine europäische soziale Bürgerbewegung, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Pfadwechsel antritt. Ein erster Schritt auf diesem Weg muss die Ablehnung des Fiskalpakts in seiner gegenwärtigen Form und eine Neuverhandlung des fiskalpolitischen Rahmens sein. Wir fordern von den politisch Verantwortlichen und appellieren an Gewerkschaften und Zivilgesellschaft:

Der Weg Europas in den Ruin muss gestoppt werden – durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut! Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine neue solidarische und demokratische Zukunft!“

7. Möglicherweise können einige Erfahrungen aus der Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre in der heutigen Situation hilfreich sein:

- So wie damals die millionenfache Unterschriften-Sammlung unter den „Krefelder Appell“ – neben und in Verbindung mit anderen Aktivitäten – einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung eines neuen friedenspolitischen Konsenses geleistet hat, könnte dies heute möglicherweise mit dem Aufruf „Europa neu begründen!“ gelingen. Daß er bereits in mehreren Sprachen

verfügbar ist, kann ihn zugleich zu einem Beitrag in der notwendigen europäischen Diskussion machen.

- Für die Erfolge der Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre hatten die die örtlichen und berufs-/gruppenspezifischen Initiativen eine außerordentlich hohe Bedeutung. Sieht Mensch sich die Liste der ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs „Europa neu begründen“ genauer an, so fallen schnell zwei Gruppen ins Auge: GewerkschafterInnen einerseits und SozialwissenschaftlerInnen andererseits, so dass die Bildung entsprechender Initiativen realistisch sein könnte. Und vielleicht kann es ja gelingen, auch heute Initiativen von KünstlerInnen, SportlerInnen, JuristInnen, ÄrztInnen usw. zu bilden ...

8. Gewerkschaften haben in die anstehenden Diskussionen bedeutende inhaltliche Beiträge einzubringen:

- Die Verteilungsfrage, die in der Tarifpolitik zum gewerkschaftlichen „Kerngeschäft“ gehört, kann zugleich einen wichtigen „gemeinsamen Nenner“ von betrieblicher Realität und „großer Politik“ bilden – und damit dazu beitragen, das in der 3. These angeführte Dilemma zumindest teilweise aufzulösen.
- Die Positionen, die sich die Gewerkschaften bisher zur politisch-ökonomischen Gestaltung Europas erarbeitet haben, können bereits in der vorliegenden Form einen weiteren Beitrag leisten. Ihre Weiterentwicklung zu einer Konzeption einer Europäischen Wirtschaftsdemokratie wäre dabei sicherlich hilfreich. ⁽⁵⁾

Literatur/Quellen:

(1) Da in diesen Thesen nur beispielhaft auf einige gewerkschaftliche Dokumente eingegangen werden kann, sei auf die im „Wiki Gute Arbeit“ auf der Seite „Dokus/Reader - Dokus/Reader - Europa / Euro“ (<http://www.wiki-gute-arbeit.de/index.php/Dokus/Reader - Europa / Euro>) verfügbaren Dokumentationen zum Thema verwiesen.

Diese Seite ist von der Startseite des Wiki Gute Arbeit (www.wiki-gute-arbeit.de) u.a. auf folgende Weise zu erreichen:

unter „Rubriken“ auf der Startseite „Dokumentationen/Reader“ wählen
-> Seite „Übersicht – Dokumentationen/Reader“;

auf dieser Seite den Link „[Europa / Euro](#)“ wählen.

(2) Bernadette Ségol: Die Euro-Krise und die Reaktion der europäischen Gewerkschaften, s. <http://bit.ly/geg14segol>

(3) Einige Hinweise geben die Gegenblende-Artikel von Frank Schmidt-Hullmann: „Institutionenwandel und Neuanfang“, November/Dezember 2010 (Ausgabe 6) und von Dirk Lindner: „Anforderungen an die transnationale Gewerkschaftsarbeit“, November/Dezember 2011 (Ausgabe 12)

Beide Artikel sind – ebenso wie der in Anm. (2) angeführte Artikel von Bernadette Ségol – enthalten in dem Reader „Artikel auf GEGENBLLENDE zu europapolitischen Themen“. Dieser Reader ist im „Wiki Gute Arbeit“ zu erreichen, indem auf der Seite „Dokumentationen/Reader“ (s. Anm. (1)) der Link „[Gegenblende](#)“ gewählt wird.

(4) S. <http://www.europa-neu-begrunden.de/index.html>

(5) Dies genauer auszuführen, würde den Rahmen dieser Thesen sprengen, soll aber in einem Artikel in einer der nächsten Ausgaben der „Gegenblende“ nachgeholt werden.

Autor: Bernhard Pfitzner, geboren 1949, Redakteur der Seite www.wiki-gute-arbeit.de

Flickwerk Energiewende

von Michael Linnartz, IG BCE

Der im letzten Jahr beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft und die damit eingeleitete Energiewende werden von einem breiten gesellschaftlichen Konsens in Deutschland getragen. Aber die Dimensionen der Energiewende werden oft unterschätzt, ist sie doch durchaus mit dem Projekt Mondlandung der USA in den 1960er Jahren zu vergleichen. Für ihren Erfolg ist wesentlich mehr notwendig als Gesetzesänderungen. Es gilt, aus dem Flickwerk einen koordinierten und kohärenten Gesamtprozess zu machen.

Die Energiewende bietet große Chancen, aber sie birgt gleichzeitig auch das Risiko einer Operation am offenen Herzen. Denn die Energieversorgung ist der Blutkreislauf

eines hochentwickelten Landes. Er darf nicht behindert werden, weshalb der Umbau der Energieversorgung weder zu einer Beschädigung der industriellen Netze noch schlimmstenfalls zu einer schleichenden Deindustrialisierung Deutschlands führen sollte. Daher ist die Energiewende für die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) das zentrale Megaprojekt für die nächsten Jahrzehnte und es ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE und ehemaliges Mitglied der Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ betont immer wieder, dass die Versorgung mit Energie ökologischen, aber auch sozialen und wirtschaftlichen Aspekten Rechnung tragen muss. Die Zielkonflikte in diesen drei Dimensionen müssen thematisiert und ausgeglichen werden, berühren sie doch die zukünftigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen.

Die Energiewende soll mit einer veränderten Energieversorgung zugleich die Grundlagen von Wachstum und Wohlstand erneuern. Die Weichen sind gestellt, aber der Zug nimmt noch nicht ausreichend Fahrt auf. Nur wenige Tage nach der Katastrophe im japanischen Fukushima im März 2011 hat die Bundesregierung etwa die Hälfte der deutschen Kernkraftwerke vom Netz genommen und wenige Monate später für die Übrigen den stufenweisen Ausstieg bis 2022 beschlossen. Gleichzeitig soll weiterhin der Kohlendioxid ausstoß rasch und drastisch reduziert werden – hauptsächlich durch den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das bildet den Kern der beschlossenen Energiewende.

Pionierwerk Energiewende

Mit diesem ehrgeizigen Projekt steht Deutschland bislang alleine da. Schon das ist ein Indiz für die Dimension der Herausforderungen, auf die sich unser Land einlässt. Man sollte also vermuten, dass dann auch alle Kräfte gebündelt werden, um konsequent voranzukommen. Die Bundesregierung lässt jedoch die notwendige Zielstrebigkeit und Koordination vermissen. Der gerade erst aufgebauten Solarindustrie droht schon wieder das komplette Aus, der Netzausbau hinkt hinterher und zur Gebäudesanierung gibt es keine neuen Impulse. Eine Reihe, die sich fortsetzen ließe. So wird die Energiewende nicht gelingen. Daher benötigen wir ein Energie- und Industrieministerium, das die Wende mit ihren ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten koordiniert und steuert.

Bis dahin müssen noch viele Hausaufgaben gemacht werden. Der Ausbau der Übertragungsnetze stockt. Bis 2020 müssen nach den neuesten Angaben der Deutschen Energie-Agentur bis zu 4.400 Kilometer Höchstspannungsleitungen neu gebaut werden. Der Ausbau hängt den Planungen aber um Jahre hinterher: Laut Bundesregierung sind erst rund 200 Kilometer fertig gestellt. Das liegt unter anderem an langen Genehmigungsverfahren, die die Übertragungsnetzbetreiber

behindern. Die Kosten für neue Netze lassen sich noch nicht verbindlich abschätzen, werden aber letztlich in den Strompreis einfließen.

Die Hauptbedingung: Rentabilität

Für die energieintensiven Industriezweige – von der Kupfer- bis zur Glasindustrie – ist eine wettbewerbsfähige Energieversorgung der wichtigste Standortfaktor. Eine Erhöhung des Strompreises um einen Cent pro Kilowattstunde kostet allein die deutsche, chemische Industrie zusätzlich rund 500 Millionen Euro pro Jahr. Die deutsche Zellstoff- und Papierindustrie würde mit bis zu 150 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich belastet. Eine erfolgreiche Energiewende muss folglich diesen Wettbewerbsfaktor berücksichtigen. Bis ausreichend regenerative Energien für den Bedarf unserer Industrien gespeichert werden können, haben Kohle und Gas eine besondere Bedeutung für eine sichere Versorgung. Die heimische Braunkohle spielt dabei eine Schlüsselrolle: Sie hat das Potenzial, noch über Jahrzehnte mit Milliardeninvestitionen und zehntausenden Arbeitsplätzen unsere eigene Wirtschaft zu stärken. Gleichzeitig besteht mit dem Carbon Capture and Storage Verfahren (CCS) eine innovative Technologie, die das bei der Verbrennung entstehende Kohlendioxid abscheidet. Wegweisende CCS-Projekte scheitern bislang daran, dass die Bundesregierung den erforderlichen Rechtsrahmen noch nicht gesetzt hat.

Die Wende von der Kernenergie zur den erneuerbaren Energien braucht in den nächsten Jahrzehnten eine Brücke aus Kohle und Gas. Doch bisher wurde mit keinem einzigen Kraftwerksneubau begonnen. Die abgeschalteten Kernkraftwerke wurden zu einem Großteil durch Alt- und Uralt-Kraftwerke ersetzt. So musste im Dezember 2011 ein altes österreichisches Ölkraftwerk in Graz wieder angefahren werden. Dies ist eine der ineffizientesten Möglichkeiten überhaupt, elektrische Energie zu erzeugen.

Windenergie

Die Bundesregierung möchte, dass die Windenergienutzung auf See (Offshore) bis 2025 einen Anteil von 15 Prozent erreicht. Insgesamt sind schon mehr als 50 Windparks in der Genehmigungsphase. Der weit vor den Küsten erzeugte Strom muss jedoch in das Netz des Festlandes eingespeist werden. Laut Energiekonzept sollen die erneuerbaren Energien bis 2050 rund 80 Prozent des Stromverbrauchs decken. Weil aber die Sonne nur tagsüber scheint und der Wind nicht immer weht, muss Öko-Strom aus verbrauchsschwachen Zeiten für verbrauchsstarke Zeiten gespeichert werden. Das ist momentan nur mittels Pumpspeicherkraftwerken wirtschaftlich darstellbar. 30 Anlagen gibt es bislang, erforderlich wäre das Siebzigfache der heutigen Kapazität – so viele Neuanlagen sind in Deutschland unmöglich zu bauen.

Gebäudesanierung

Laut Bundesumweltministerium entfallen auf den Gebäudebereich rund 40 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der nationalen Kohlendioxidemissionen. Die Sanierungsrate für Gebäude soll deshalb verdoppelt werden. Doch die notwendigen Gesetze werden vom Bundesrat blockiert. Es ist ein Armutszeugnis, dass sich Bund und Länder bis heute nicht über die Aufteilung der Kosten einigen konnten. Die IG BCE fordert eine schnelle Entscheidung und eine deutliche Aufstockung der Fördermittel. Das wäre gut angelegtes Geld für Klimaschutz und Energieeffizienz.

Energiemix

Erdgas wird als klimaeffizienter und flexibler Energieträger eine Schlüsselrolle in einem CO₂-armen Energiemix spielen. Gaskraftwerke sind besonders gut geeignet, schnell hinauf und herunter gefahren zu werden, um schwankende Wind und Solarstromeinspeisungen auszuregulieren. Für eine importunabhängigere und kostengünstigere Gasversorgung der Zukunft müssen jetzt auch unkonventionelle Vorkommen in Deutschland aufgesucht und ergründet werden (»Fracking«). Die wichtigste Voraussetzung ist ein transparenter und beteiligungsorientierter Kommunikationsprozess.

Sonnenenergie

Deutschland setzt auf erneuerbare Energien. Auch die Photovoltaik soll eine wichtige Rolle in der Energiewende spielen. Doch die Branche steckt in schweren Turbulenzen und kämpft ums Überleben. Ein Grund dafür ist das konzeptionslose Handeln der schwarz-gelben Koalition, die eine einfallslose Kürzungspolitik betreibt. Mit viel Geld hat Berlin den Aufbau einer Solarindustrie in Deutschland gefördert. Das war ein gutes Stück vorausschauender Industrie- und Energiepolitik. Doch jetzt tritt die Bundesregierung auf die Bremse – und fördert zugleich den Absatz chinesischer Solarmodule, die zu Dumpingpreisen auf den heimischen Markt drängen. Die chinesische Solarindustrie wurde mit kräftiger finanzieller Hilfe aus Deutschland gefördert - aus Klimaschutzmitteln. Rund 100 Millionen Euro zinsgünstige Kredite erhielten Unternehmen im Reich der Mitte. Gleichzeitig geht deutschen Unternehmen die Puste aus, sie leiden unter Liquiditätsengpässen.

Zu Jahresbeginn wurde die Solarförderung um 15 Prozent gekürzt, beschlossen war eine weitere Kürzung von 15 Prozent zum 1. Juli. Doch urplötzlich kündigten der ehemalige Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) an, diesen Schritt auf den 1. April vorzuziehen. Doch damit nicht genug. Die beiden Minister wollten noch tiefer einschneiden und die Förderung halbieren. Der Protest gegen diese sprunghafte Politik wächst. Kein Wunder, es geht um die Zukunft eines ganzen Industriezweigs. Vorerst wurde die Entscheidung im Bundesrat blockiert. Gefährdet sind rund 100 000 Arbeitsplätze. Betroffen sind nicht allein die hiesigen Photovoltaik-Produzenten, sondern auch die Zulieferer – beispielsweise aus der Glas- und Chemieindustrie. Insbesondere die Kurzfristigkeit der angekündigten Kürzungen stößt in den Unternehmen auf Unverständnis.

In Ostdeutschland liegt der Kern der deutschen Photovoltaikproduktion. 70 bis 80 Prozent der Solarzellen und Module kommen von dort. 20 000 Arbeitsplätze hat die Solarindustrie in den ostdeutschen Bundesländern geschaffen. Die IG BCE ist der Ansicht, dass die Solarbranche eine aktive industriepolitische Unterstützung braucht, denn eine stärkere Förderung der Unternehmen ist auf lange Sicht erfolgreicher als eine alleinige Förderung von Solar- >Dächern<. Daher schlägt sie vor, einen Branchendialog zur Zukunftssicherung der Solarindustrie einzurichten und fordert sofortige Finanz- und Kredithilfen für Unternehmen mit einem zukunftsfähigen Geschäftsplan. Letztlich muss es auch zu einer steuerlichen Forschungsförderung für die Unternehmen kommen, denn es geht auch um die Technologieführerschaft Deutschlands. Die Politik muss kalkulierbare Bedingungen für Investitionen setzen. Letztlich brauchen die Photovoltaikbranche und ihre Beschäftigten verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.

Damit die Energiewende zum Erfolgsprojekt wird, startet die IG BCE ihren eigenen Begleitprozess, das Innovationsforum Energiewende. Ein neuer Energie-Index wird die Debatte um die Energieversorgung versachlichen helfen. Im Herbst werden wir zu einem öffentlichen Monitoring-Kongress einladen.

Am Ende kann die Energiewende nur dann gelingen, wenn sie von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird und nun endlich die notwendigen Schritte folgen, um aus diesem Flickwerk ein zukunftsweisendes Projekt zu machen. Bis dorthin ist es noch ein weiter Weg.

Autor: Michael Linnartz, geboren am 22.12.1963 in Köln, Leiter des Ressorts Grundsatzfragen beim Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Transparenz über Produktionsbedingungen – wozu könnten Sozialbilanzen gut sein?

von Prof. Dr. Eva Kocher

Die Europäische Kommission plant eine Revision der Modernisierungsrichtlinie. Dass es sich hierbei um Regelungen für die gesellschaftsrechtliche Unternehmensberichterstattung und letztlich auch um Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen handelt, ist auf den ersten Blick vielleicht nicht nachvollziehbar. Und doch werden hier Zukunftsfragen der Regulierung der Arbeitswelt verhandelt.

Der Gegenstand der Debatte sind unternehmerische Pflichten zur „Offenlegung von Informationen nichtfinanzieller Art (CSR)“. Zur Umsetzung der europäischen Modernisierungsrichtlinie von 2003 gibt es im deutschen Recht bereits heute eine unternehmerische Pflicht, im Lagebericht (der den Jahresabschluss erläutern soll) auch über „nichtfinanzielle Leistungsindikatoren, wie Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange“ zu berichten, „soweit sie für das Verständnis des Geschäftsverlaufs oder der Lage von Bedeutung sind“.

Die Vorschrift hat in der unternehmerischen Praxis keine Bedeutung erlangt. Viele Unternehmen sind der Auffassung, dass die gesellschaftsrechtlichen Berichte sich nur an die „Shareholder“, bzw. nur an den Kapitalmarkt richten – und sie meinen, dass hierfür Informationen über Produktionsbedingungen nicht „von Bedeutung“ seien. Und selbst wo Nachhaltigkeitsberichte erstellt werden, dienen diese in der Regel nicht der Information, sondern der Werbung. Unter gesellschaftlicher Verantwortung („Corporate Social Responsibility“) verstehen Unternehmen eben meist eine unverbindliche Gelegenheit, der Öffentlichkeit diejenigen Leistungen zu präsentieren, die sie selbst für werbewirksam halten – ohne dass sie sich im Streitfall an den eigenen sozialen Versprechen festhalten lassen wollten. Die existierenden „Nachhaltigkeitsberichte“ sind deshalb meist weder aussagekräftig noch vergleichbar.

Die europäische Initiative könnte ein Anstoß sein, aussagekräftige „Sozialberichte“ über Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen gesetzlich verbindlich einzufordern und damit Vergleichbarkeit zu schaffen. Eine solche Verpflichtung wäre ein zentraler Baustein für eine Sozialpolitik, in der Arbeitsrechte als Menschenrechte und damit (auch) als allgemeingesellschaftliches Anliegen verstanden würden.

Ein solches Verständnis wäre ja nichts gänzlich Neues. Schließlich ist die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die älteste der bestehenden Menschenrechtsorganisationen. Zwar bewegen sich die Akteurinnen und Akteure der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einerseits und die Akteurinnen und Akteure der Menschenrechtsbewegungen andererseits meist auf unterschiedlichen Feldern – Selbstorganisation und kollektives Handeln findet mit altruistisch verstandenem NGO-Handeln nicht notwendig und unproblematisch zusammen. Dennoch sind die einen auf die anderen angewiesen: Arbeitskämpfe und Kämpfe um „gute Arbeit“ müssen auch in der Öffentlichkeit und mit der Öffentlichkeit geführt werden, wenn sie langfristig erfolgreich sein sollen. Und die meisten Menschenrechts-NGOs haben in der Auseinandersetzung mit den internationalen Gewerkschaften verstanden, dass Arbeitsrechte ohne die Anerkennung von Gewerkschaftsrechten und kollektivem Handeln betrieblich nicht wirksam werden können.

Es gibt aktuell eine ganze Reihe an sozialpolitischen Ideen und Entwicklungen, für die Offenlegungspflichten einen zentralen Baustein darstellen könnten, um wirksam zu werden. Am stärksten sind Beschäftigte natürlich dort auf Offenlegung und öffentlichen Druck angewiesen, wo aufgrund schwacher gewerkschaftlicher Organisation und mangelnder betrieblicher Vertretung Arbeitsrecht strukturell nicht effektiv wirken kann. Hier könnte eine Mobilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch der öffentlichen Auftraggeber oder anderer Geschäftspartner durch wettbewerbs- und marktbezogene Politiken dem Arbeitsrecht höhere Wirksamkeit verschaffen. Hier haben CSR-Politiken eine wichtige Funktion; und wenn sie verbindlich werden sollen, sind aussagekräftige Informationen erforderlich. Nur so kann von außen auf Unternehmen eingewirkt werden, Standards von guter Arbeit und Fairness als unternehmenspolitisches Ziel zu akzeptieren. So funktionieren auch Instrumente wie die Verpflichtung auf die Einhaltung von Sozialstandards in der öffentlichen Vergabe, oder Tarifpolitiken, die (wie einige der Tarifverträge zur Leiharbeit) Unternehmen dazu verpflichten, nur mit solchen Unternehmen Geschäfte zu machen, die soziale Mindeststandards einhalten.

Instrumente für Informations- und Offenlegungspflichten

Fragt man, welche rechtlichen Instrumente für eine gesetzliche Regelung unternehmerischer Offenlegungspflichten zu Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in Betracht kämen, kann man unterscheiden zwischen Berichten, die auf Initiative des Unternehmens selbst in Form eines umfassenden Berichts über die unternehmerische Tätigkeit erstellt werden („Berichtspflichten“), Angaben, die in der Sache auf einzelne Produkte und/oder Verträge bezogen sind („Informationspflichten“, z.B. nach dem Gesetz über den Unlauteren Wettbewerb UWG) sowie Angaben, die im Einzelfall auf Nachfrage und Initiative von außen zu geben sind („Auskunftsrechte“, z.B. nach dem Verbraucherinformationsgesetz VIG).

In all diesen Bereichen müsste gesetzlich klargestellt werden, dass nicht nur die Kapitaleigner, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse an aussagekräftigen Informationen darüber haben, welche Sozialbedingungen ein Unternehmen praktiziert und wie es demnach soziale Voraussetzungen gesellschaftlichen Handelns und den sozialen Zusammenhang beeinflusst. Zur Konkretisierung, über welche Gegenstände und anhand welcher Indikatoren Bericht zu erstatten wäre, eignen sich jedoch die unternehmensbezogenen Berichtspflichten am besten; sie müssten gesetzlich konkretisiert werden.

Bei der Konkretisierung käme es darauf an, nicht nur die Bereiche und Dimensionen von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zu nennen, über die zu berichten wäre – sondern auch Indikatoren und Daten zu benennen, die für einen solchen Bericht aussagekräftig sein können. Erste Schritte in Richtung einer Entwicklung geeigneter Indikatorensysteme sind u.a. von Eurostat sowie der Global Reporting Initiative (GRI) gemacht worden.

Die Offenlegungspflicht könnte dann wie andere Berichtspflichten durch Prüfpflichten ergänzt werden. Die Informationen wären dann vor der Veröffentlichung des Berichts unabhängig zu überprüfen. Dabei müsste aber sicher gestellt werden, dass die Prüfung der Sozialbilanzen nicht nur als „Anhang“ zur Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt; denn aktuell gibt es weder ausreichend Erfahrung mit Sozialbilanzen noch mit entsprechenden Prüfungen. Die gesetzliche Regelung müsste also (z.B. durch ein Erfordernis der Zertifizierung oder Akkreditierung) sicherstellen, dass hier nur Prüferinnen und Prüfer tätig werden, die in der Lage sind, soziale Indikatoren zu bewerten. Nur so werden sich hier *Best Practices*, Standards und Bewertungsmuster herausbilden, die auf mittlere Sicht zur Vergleichbarkeit der Berichte beitragen.

Es lohnt sich also, sich um die rechtliche Regulierung von Offenlegungspflichten, z.B. durch Sozialbilanzen, Gedanken zu machen – denn an öffentlich zugänglichen Daten können weitere Instrumente und Handlungsoptionen ansetzen, von der gewerkschaftlichen Einflussnahme über die Verbesserung des Rechtsschutzes bis hin zur Zertifizierung „guter Arbeit“ oder der öffentlichen Auftragsvergabe.

Dieser Text ist eine Kurzfassung eines Gutachtens für die Friedrich Ebert-Stiftung. Einzusehen unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09047.pdf>

Autorin: Prof. Dr. Eva Kocher, Professorin für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Zivilverfahrensrecht an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

Kapitalismus im Wachstumsdilemma

von Prof. Dr. Klaus Dörre, Universität Jena

Als 2008/09 die wohl schwerste Wirtschaftskrise seit der großen Depression von 1929/32 einsetzte, folgte der Krisenverlauf vordergründig dem bekannten Muster. Als das BIP-Wachstum einbrach, nahmen Arbeitslosigkeit und Prekarität weltweit zu. Allein in China gingen ca. 20 Millionen Jobs verloren. In einigen BRICS-Staaten und auch in Deutschland zog die Konjunktur jedoch rasch wieder an. Das nun einsetzende Wirtschaftswachstum hat jedoch laut ILO global weder zu sinkenden Arbeitslosenquoten noch zu einer Korrektur des Polarisierungstrends bei Einkommen und Vermögen geführt. Im Gegenteil, auch im Beschäftigungswunder-Deutschland stagnieren die Reallöhne trotz konjunktureller Belebung. Rechnet man statistische Effekte heraus, hat sich auch am Langzeittrend einer sinkenden Lohnquote zumindest bis zu den Tarifrunden 2012 nichts geändert. Die Konzentration der Vermögen hat im zurückliegenden Jahrzehnt zugenommen; das obere Zehntel der Haushalte verfügt über mehr als 50 % der Vermögenseinkünfte. Vorstände von DAX-Unternehmen, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre etwa vierzehn mal so viel verdienten wie ein durchschnittlicher Einkommensbezieher, kommen zwanzig Jahre später auf das zweiundfünzigfache eines solchen Einkommens. Insgesamt zeichnet sich eine deutliche Umverteilung hin zu den Vermögenseinkommen und den einkommensstarken Haushalten ab. Diese Entwicklung trifft vor allem die untersten Einkommensklassen. Im untersten Dezil sind die Nettostundenlöhne von 4,06 Euro in 2000 binnen 10 Jahren auf 2010 3,86 Euro abgesunken. Im prekären Sektor wird der Preis der Arbeitskraft systematisch unter das historisch erreichte Wohlfahrtsniveau und teilweise gar unter ihre Reproduktionskosten gedrückt, so dass der Staat großzügig Beschäftigungsverhältnisse subventionieren muss, deren Entlohnung die Arbeitenden nicht mehr ernährt.

Wachstum und Kredite – heute

Die Gleichung „Wirtschaftswachstum bedeutet Wohlstand für alle“ funktioniert selbst im reichen Deutschland schon seit Langem nicht mehr. Doch das ist nicht alles, denn das Gespenst der ökonomischen Krise ist längst nicht gebannt. Gerade in Europa erzeugt jede politische Anti-Krisenintervention offenbar neue Krisenherde. Der „keynesianische Moment“, den öffentliche Konjunkturprogramme zur Widerbelebung der Wachstumsdynamik 2009 ermöglicht hatten, war teuer. Deshalb ist die Krise aus dem Finanzsektor in die Staatsfinanzen eingesickert. Die gleichen Finanzmarktakteure, die die Staaten genötigt hatten, marode Kreditinstitute mit

öffentliche Geldern in einer Größenordnung zu retten, die alle Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre abrupt zunichte machte, bewerten nun hohe Staatsschulden als Anlage-Risiko. Sie stufen Staaten in ihrer Kreditwürdigkeit herab. In den betroffenen Ländern steigen die Zinsen für Staatskredite. Staaten wie Griechenland oder Portugal sind deshalb nicht mehr in der Lage, ihre Zinslast aus eigener Kraft zu bedienen.

Wachstum und Klima – das Dilemma

Die Gefahr einer neuen „großen Kontraktion“ (Rogoff) ist nur die eine Seite der Medaille; die andere wird sichtbar, wenn man den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Klimapolitik betrachtet. Denn was ökonomisch und sozial Unsicherheit bewirkt, erscheint bei oberflächlicher Betrachtung ökologisch geradezu als Segen. Wirtschaftliches Minuswachstum – und nicht höhere Ressourceneffizienz oder der beschleunigte Umstieg auf erneuerbare Energien – sorgte 2009 für einen erheblichen Rückgang der klimaschädlichen Emissionen. Als die Konjunktur 2010 anzog, war das Rekordniveau der Emissionen aus 2008 (31,5 Millionen Tonnen CO²-Emissionen) jedoch rasch wieder erreicht. Der globale CO²-Ausstoß übertrifft inzwischen noch die pessimistischsten Prognosen. Der jüngste Bericht des Weltklimarates geht in einem Worst-case-Szenario von einer globalen Erwärmung um fünf Grad bis zum Jahrhundertende aus; die Internationale Klima Agentur hält mittlerweile gar sechs Grad für möglich. Politische Zielsetzungen, die Erderwärmung bis zum Jahrhundertende auf durchschnittlich zwei Grad zu begrenzen, wären demnach schon im Ansatz gescheitert. Anpassung an einen anthropogenen Klimawandel, der bereits auf dem gegenwärtigen Niveau katastrophale Auswirkungen zeitigt, bliebe als letzte strategische Option.

Diese Momentaufnahme soll genügen, um das historisch Neuartige des krisenhaften Umbruchs zu beleuchten. In dieser prozessierenden, länger währenden Krise offenbart sich, was in der einschlägigen Literatur als *Wachstumsdilemma* bezeichnet wird. Sinkt die Wirtschaftsleistung, sind zunehmende Arbeitslosigkeit, Armut, Prekarität und Ungleichheiten die wahrscheinliche Folge. Wächst die Wirtschaft, bedeutet das gegenwärtig die beschleunigte Vernutzung endlicher natürlicher Ressourcen, erhöhten Schadstoffausstoß, die Aufheizung der Erdatmosphäre und die Zuspitzung ökologischer Krisen.

Stabilität durch Landnahme

Hinter diesem Wachstumsdilemma verbirgt sich eine grundlegendere Problematik. Es geht um die Fähigkeit moderner und das heißt gegenwärtig nahezu ausschließlich kapitalistischer Gesellschaften, zu *dynamischer Selbststabilisierung*. Seit der industriellen Revolution beziehen alle Varianten von Kapitalismus (man könnte sagen: alle Varianten moderner Gesellschaften einschließlich ihrer

staatsozialistischen Ausprägungen) ihre Dynamik aus der Fähigkeit dominanter Akteure, Grenzen der Kapitalakkumulation zumindest zeitweilig zu überwinden, wobei „jede Schranke von einer anderen abgelöst werden kann“. Der Kapitalismus ist eben „nichts, wenn er nicht in Bewegung ist“.[1] Unter den Bedingungen der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise kann diese Bewegung grundsätzlich nur zwei Richtungen annehmen: „One is to make growth sustainable; the other is to make de-growth stable“.[2]

Gleich, für welche dieser Optionen sich Gesellschaften entscheiden, es steht eine Transformation bevor, die mit dem Wirtschaftssystem, gesellschaftlicher Arbeit, Wohlfahrtsstaat und Demokratie den systemischen Kernbestand fortgeschrittener Kapitalismen berührt. Zur begrifflichen Erfassung dieser komplexen Prozesse bietet sich aus meiner Sicht das Landnahmetheorem an. Es besagt, dass die dynamische Selbststabilisierung kapitalistischer Gesellschaften fortwährend auf die Einverleibung von „neuem Land“, sprich: auf die Okkupation zuvor nichtkapitalistischer Territorien, Milieus, äußerer Märkte, sozialer Schichten, Tätigkeitsformen und Lebensweisen angewiesen ist. Der Kapitalismus funktioniert nur als expansives System. Er beruht, wie schon die marxistische Häretikerin Rosa Luxemburg brillant herausgearbeitete hatte, auf einem Zwang zu erweiterter Reproduktion des Kapitals. Erweiterte Reproduktion funktioniert nur, sofern in jeder Phase der Metamorphose des Kapitals genau jene Territorien, Rohstoffe, Materialien, Energiereserven, Maschinen, Transportmöglichkeiten, Arbeitskräfte, Konsumenten und Reproduktionstätigkeiten, Finanzierungsmittel etc. zu Verfügung stehen, die für die Realisierung des neu geschaffenen und sodann re-investierten Mehrwerts benötigt werden. Kapitalismus ohne erweiterte Reproduktion, d. h. ohne wertmäßiges und stoffliches Wachstum, ist schlechterdings nicht möglich. Aus sich heraus können sich die diversen Kapitalismen daher nicht in Postwachstumsgesellschaften im Gleichgewicht, in Steady-State-Gesellschaften, verwandeln. Der dem Kapitalismus innewohnende Wachstumszwang treibt, so der Umweltökonom Tim Jackson, das System „immer nur in ein Extrem – in die Expansion oder in den Zusammenbruch“.

Damit ist keineswegs gesagt, dass sich das Ende des Kapitalismus mit dem Rechenschieber voraussagen ließe. Noch sind selbst die ökologischen Grenzen kapitalistischer Expansion keine absoluten. Sie lassen sich – zumindest auf Zeit – überwinden oder doch umgehen. Aus der Perspektive des Landnahmetheorems ist eine analytisch *mögliche* – nicht *wünschbare* und nicht in jedem Fall *realistische* – Zukunftsoptionen die eines ergrünten Kapitalismus. Eines Kapitalismus, der die ökologischen Verwerfungen als Terrain „schöpferischer Zerstörung“, als okkupierbares „neues Land“ betrachtet, das es profitabler Anlagestrategien zu erschließen gilt.

Entkopplung mit dem Green New Deal

Entsprechende Konzepte eine „Global Deal“ oder „Green New Deal“, gibt es inzwischen zuhauf. All diese, ansonsten sehr unterschiedlichen Entwürfe teilen den Anspruch, die Quadratur des Kreises meistern zu wollen. Das Zauberwort lautet *Entkoppelung*. Ökonomisches Wachstum soll dekarbonisiert, dematerialisiert und so von seinen zerstörerischen ökologischen Folgen befreit werden. Ein Zukunftsszenario, bei dem sich der Kapitalismus mittels Landnahme, also durch Kommodifizierung und Kommerzialisierung selbst erzeugter ökologischer Grenzen, am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht, scheint verlockend. So verlockend, dass man sich unwillkürlich fragt, warum entsprechende Programme nicht längst zu Selbstläufern geworden sind. Lediglich 15,6 Prozent der Investitionen, die Staaten im Zuge der Krisenbekämpfung weltweit tätigten, sind als grüne Investitionen ausgewiesen.[3] Die vier Prozent des BIP, von denen nach den Vorstellungen keynesianisch orientierter Ökonomen mindestens 20 Prozent in eine Ökologisierung der Weltwirtschaft investiert werden müssen, wurden global bei Weitem nicht erreicht. Doch selbst wenn es zum Realitätstest für einen globalen Green New Deal käme, bliebe ein grundlegendes Problem. Die Verfechter von Entkoppelungs-Strategien springen letztendlich zu kurz. Zur Begründung will ich mich auf zwei Argumente beschränken.

Das *erste Argument* stammt aus der wachstumskritischen Debatte und besagt, dass die Entkoppelungs-Strategien ihre Rechnung ohne den Wirt machen. Die sogenannte Ehrlich-Gleichung bildet, verkürzt gesagt, das Verhältnis von absoluter und relativer Entkoppelung ab. Relative Entkoppelung misst den Ressourcenverbrauch pro Wirtschaftseinheit. Hier gibt es in den letzten Jahren sowohl bei der Material- als auch bei der Energieintensität erhebliche Fortschritte. Doch diese Fortschritte werden allesamt dadurch zunichte gemacht, dass die Wirtschaftsleistung insgesamt steigt, dass es eben nicht zu einer absoluten Entkoppelung von wirtschaftlichem Output einerseits und Energie- und Materialverbrauch andererseits kommt. Trotz relativ sinkender Kohlestoff- und Energieintensität sind die Emissionen seit den 1970er Jahren um 80 % gestiegen, sie sind heute um 40 % höher als 1990, dem Jahr des Kyoto-Protokolls, und sie steigen seit 2000 jährlich um durchschnittlich drei Prozent. Absolute Entkoppelung würde hingegen bedeuten, dass die Emission über 40 Jahre hinweg jährlich weltweit um ca. 9 % sinken müsste.

Es gibt gegenwärtig kein Szenario, welches ein solches Ziel bei Wahrung der fundamentalen Gebote globaler Gerechtigkeit als realistisch erscheinen ließe. Aus diesem Grund erscheint die Annahme, die der Marktvergesellschaftung innewohnende Tendenz zur Effizienz werde es erlauben, das Klima und die Gesellschaft zu stabilisieren, als bloße „Wahnvorstellung“ (Tim Jackson). Abkoppelungsstrategien, die das Wirtschaftswachstum nachhaltig machen wollen, sind für eine Übergangsperiode unverzichtbar. Einen Ausweg aus dem Wachstumsdilemma bieten sie mit hoher Wahrscheinlichkeit aber nicht.

Landnahme und Ungleichheit

Es gibt ein zweites, soziologisch betrachtet nicht minder bedeutsames Argument, das diese Schlussfolgerung unterstützt. Die Basisinstitutionen fortgeschrittener Kapitalismen sind auf ökonomisches Wachstum getrimmt. Jürgen Habermas hatte dies Mitte der 1980er Jahre mit großer Klarheit so formuliert: „Der Sozialstaat darf die Stabilitätsanforderungen des kapitalistischen Wachstums... deshalb nicht verletzen, weil korrigierende Eingriffe in das Verteilungsmuster sozialer Entschädigungen im allgemeinen nur dann keine Reaktionen von seiten der privilegierten Gruppen auslösen, wenn sie aus den Zuwächsen des Sozialprodukts bestritten werden können und Besitzstände nicht berühren; sonst können sie die Funktion der Eingrenzung und Stillstellung des Klassenkonflikts nicht erfüllen“.

Mit den finanzkapitalistisch getriebenen „inneren“ Landnahmen ist in den fortgeschrittenen Kapitalismen jedoch genau dieser unerwünschte Fall eingetreten. Der Kapitalismus ist auch in den Kernregionen zu krisenhafter Normalität zurückgekehrt. Wirtschaftswachstum ist in den Gesellschaften des globalen Nordens wenn überhaupt, so nur noch als lineares, d. h. als Wachstum mit sinkenden Zuwachsraten, möglich. Alle politischen Versuche, die seit den 1970er Jahren unternommen wurden, um zumindest lineares Wachstum zu sichern, haben indessen, wie Wolfgang Streeck in einer bemerkenswerten Analyse der aktuellen Fiskal- und Währungskrise ernüchtert feststellt, zu neuen, anders gelagerten und teilweise noch größeren Krisen geführt. Die Landnahmen, oder – in der Diktion von Habermas – die „Kolonialisierung“ findet nicht mehr nur an den Schnittstellen von System und Lebenswelt statt, die Mechanismen der Systemintegration selbst werden destabilisiert und mit ihnen zugleich die Institutionen der Sozialintegration.

Ökologie und Ungleichheit

In einer Gesellschaft, in der Ungleichgewicht, Instabilität und wachsende Spannungen zwischen Kapitalismus und Demokratie eher zur Regel als zur Ausnahme werden, ist höchst unwahrscheinlich, dass die Probleme der „dicken Bäuche“ sukzessive die der „leeren Mägen“^[4] verdrängen. Stattdessen zeichnet sich eine anders gelagerte Problematik ab. Ökologische Gefährdungen mit irreversiblen Schädigungspotential wachsen, und *zugleich* verschärfen sich klassenspezifische *und* ständische, über Ethnie/Nationalität konstruierte Ungleichheiten. Veränderungen, die auf ökologische Nachhaltigkeit zielen, lassen sich jedoch eher in vergleichsweise egalitären Gesellschaften realisieren. Wachsende Ungleichheit hingegen forciert auch bei den deprivilegierten und prekarierten Gruppen den Kampf um positionale Güter; sie heizt den Konsumismus zusätzlich an und verwandelt ökologische Nachhaltigkeit in ein Distinktionsmerkmal von Lebensstilen vergleichsweise wohlhabender Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommt, dass die Bewältigung der ökonomischen Krise und ihrer sozialen Folgen die Energie der politischen Eliten in

einer Weise bindet, die Fortschritte etwa bei der globalen Klimapolitik kaum zulässt. Nicht die Verdrängung, sondern eine wechselseitige Aufschaukelung von ökologischen Gefährdungen *und* sozialen Verteilungskonflikten innerhalb wie zwischen nationalen Gesellschaften erscheint gegenwärtig als ein wahrscheinliches Szenario, das es analytisch zu bearbeiten gilt.

Öffentlich diskutierte Transformationsstrategien unterscheiden sich deshalb vor allem darin, wie sie das Verhältnis von ökologischem und sozialem Gesellschaftskonflikt bestimmen. Mit größtem Misstrauen müssen wir Politikempfehlungen begegnen, die Wohlstandsverzicht für alle predigen. Ohne eine wirksame Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Prekarität im globalen Maßstab wird sich ökologische Nachhaltigkeit weder national noch international durchsetzen lassen. Im Gegenteil! Wer den ohnehin Deprivilegierten ein ökologisches Innovationsprogramm zumuten will, dessen Anreiz vorwiegend aus höheren Preisen resultiert, der wird mit einer Konfliktlinie rechnen müssen, die mit der Formel „the rerturn of class“ (Göran Therborn) nur sehr vorsichtig umschrieben sind.

Ich möchte abschließend vier Überlegungen zur Diskussion stellen, die letztendlich die Wirtschaft und das System gesellschaftlicher Arbeit berühren.

(1) Gegenwärtig konsumiert ein Viertel der Weltbevölkerung vorwiegend des globalen Nordens drei Viertel der Ressourcen und erzeugt drei Viertel des Abfalls und der Emissionen. Diese Problematik lässt sich mittels Steigerung der Ressourcenproduktivität allein nicht entschärfen. Um dem globalen Süden überhaupt eine Entwicklungschance zu erhalten, kommen die fortgeschrittenen Kapitalismen nicht umhin, sich in Postwachstumsgesellschaften zu verwandeln. Eben dies, die „komplexe Außenposition“ einer Postwachstumsgesellschaft, muss die Perspektive einer Soziologie sein, die die anstehende Transformation kritisch begleiten will.

(2) Postwachstumsgesellschaften sind *terra incognita*, unbekanntes Land, das es zu entdecken gilt. Sicher ist allerdings, dass sie keine stationären Gesellschaften sein können. Der Transformationsprozess benötigt ökologische Innovationen und Investitionen in größter Dimension. Gegenwärtig spricht jedoch nichts dafür, dass Märkte und Marktpreise allein für entsprechende Weichenstellungen sorgen. Ohne die öffentliche Kontrolle strategisch wichtiger Wirtschaftssektoren – an erster Stelle seien der Bank- und Finanzsektor sowie Energiesektor genannt – ist selbst das Leitbild eines ergrünten, ressourceneffizienten Kapitalismus eine ferne Utopie. Auch solche sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsziele, die mit dem kapitalistischen Expansionsdrang zeitweilig kompatibel sein mögen, müssen gegen den dominanten *Modus operandi* finanzkapitalistischer Landnahmen durchgesetzt werden.

(3) Dieser *Modus operandi* stabilisiert sich, indem er – z. B. mittels Privatisierung, Deregulierung, Patentrechten auf Gene und Lebenswesen, Biopiraterie oder der

Enteignung überschuldeter Eigenheimbesitzer – immer neue Vermögenstitel in den Kapitalkreislauf einspeist. Trotz seiner Krisenanfälligkeit wird er von Machtzentren am Leben gehalten, die die Akkumulation von Kapital und die – wie Hanah Arendt konstatiert – von ökonomischen Ursachen eigentlich abgelöste „Akkumulation politischer Macht“ geradezu symbiotisch miteinander verbindet. Protagonisten dieser Entwicklung sind, hier stimme ich Colin Crouch zu, marktbeherrschende Unternehmen. Einer aktuellen Netzwerkanalyse zufolge besitzen ca. 43.000 international agierende Konzerne Kontrollmacht; 1.318 Firmen beherrschen im Durchschnitt mindestens 20 andere Unternehmen und damit vier Fünftel des globalen Umsatzes. 147 dieser Unternehmen kontrollieren ca. 40 Prozent der globalen Unternehmensnetzwerke. Zu den 50 einflussreichsten Unternehmen zählen nahezu ausschließlich Banken, Fondsgesellschaften und Versicherungen. Drei Viertel der Firmen aus der „Supereinheit“ der 147 können dem Finanzsektor zugerechnet werden. Um den möglichen Vorwurf kruder Agententheorien schon im Keim zu ersticken: Diese Unternehmen agieren in vermachteten, zugleich jedoch, wie auch die rasche Fluktuation ihres Spitzenpersonals belegt, in äußerst wettbewerbsintensiven Märkten. Schiere Größe schützt, das beweist der Fall Lehman-Brothers (2007 noch auf Platz 34 des Rankings), nicht vor Niedergang. Der Crash von Unternehmen, deren Umsatz den Etats von Nationalstaaten entspricht, kann jedoch globale Ausmaße zeitigen. Daraus erwächst Definitionsmacht, die Fähigkeit zur Konvertierung ökonomischer in politische Macht. Diese – fast schon totalitäre – Symbiose muss aufgebrochen werden, wenn soziale und ökologische Nachhaltigkeit als politische Zielsetzung ernsthaft verfolgt werden soll.

(4) Mehr – grüne – Wirtschaftsdemokratie ist daher eine entscheidende Voraussetzung, um etwas zu betreiben, was für Postwachstumsgesellschaften essentiell sein wird. Postwachstum bedeutet die Aufwertung von Arbeit. Das gilt aber nur, wenn der Arbeitsbegriff aus den Verengungen der fordistischen Lohnarbeitsgesellschaft herausgelöst wird. Ohne sinnvolle, befriedigende Arbeit lassen sich nachhaltige Lebensstile individuell nicht verwirklichen. Daher ist die Neudefinition von Arbeit ein zentrales Feld gesellschaftlicher Transformation. Intelligente Verknüpfungen von Erwerbs- und Sorgearbeit, Arbeitszeitverkürzung, mehr individuelle Zeitsouveränität, das heißt Zeit sowohl für Muße, als auch für Arbeit an der Gesellschaft und der Demokratie lauten wichtige Stichworte für eine Transformation, die nicht erlitten werden muss, sondern Wünschbares verwirklicht.

Impliziert das Wachstumsdilemma also eine Reaktualisierung der Agenda einer kapitalismuskritischen Linken? Vielleicht ist es diese unangenehme Erkenntnis, die z.B. die US-amerikanisch Rechte dazu bringt, den Klimawandel schlicht zu einem Hirngespinnst der Linken zu erklären. Wer die Realität der ökonomisch-ökologischen Doppelkrise nicht verdrängen will, der darf zum kapitalistischen Wachstumszwang nicht schweigen.

Der link zum Forschungskolleg von Klaus Dörre an der Uni Jena: <http://www.kolleg-postwachstum.de/index.php/de/>

Literatur/Quellen:

[1] Harvey, David (2011): Marx' Kapital lesen. Hamburg: VSA, S. 23, 373.

[2] Jackson 2009: 128

[3] Ausnahmen mit einem deutlich höheren Anteil stellen einige EU-Staaten und wichtige Schwellenländer wie China dar. Spitzenreiter ist Südkorea, wo immerhin 80 Prozent der Investitionen als „grün“ ausgewiesen sind.

[4] Beck 1986: 27.

Autor: Prof. Dr. Klaus Dörre, geboren 1957, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller Universität Jena, Mitglied im Redaktionsbeirat von GEGENBLENDE

Ende der sonnigen Zeiten

von Jörn Boewe

1200 Arbeiter beschäftigt das Unternehmen First Solar in Frankfurt (Oder). Ehemals Beschäftigte, muss man demnächst sagen. Ende April gab die Firma bekannt, ihre beiden Werke in der ostbrandenburgischen Stadt zu schließen und Deutschland zu verlassen. Zur Begründung hieß es u. a., dass die Bundesregierung ihre Förderprogramme früher als ursprünglich geplant zurückfahren würde. Nur drei Tage später kündigte First Solar dem Betriebsratsmitglied Sven Hennig fristlos - angeblich, weil er den Produktionsablauf gestört und wirtschaftlichen Schaden verursacht hätte. Die Mehrheit des Gremiums hatte der Kündigung zugestimmt. Bei der örtlichen IG-Metall geht man davon aus, dass die Entlassung politisch motiviert war. Der entlassene Kollege sei als engagierter Betriebsrat bekannt gewesen, ohne den es bei First Solar nie zur Wahl einer Beschäftigtenvertretung gekommen wäre.

Wer gewählt wird, bestimme ich!

Vor drei Jahren hatte die Gewerkschaft versucht, auf Wunsch der Beschäftigten bei First Solar die ersten Betriebsratswahlen zu organisieren. Um die Initiative

zurückzugewinnen, berief das Unternehmen daraufhin selbst eine Betriebsversammlung ein. »Bis dahin war das noch nichts Ungewöhnliches«, erinnert sich Siegfried Wied von der IG-Metall-Verwaltungsstelle Ostbrandenburg. »Aber was dann passierte, kannte ich vorher nur aus amerikanischen Filmen: Die Leute haben Schilder hochgehalten, auf denen stand: »Union go home«, auf Deutsch und Englisch.« Fast 99 Prozent der Versammelten votierten in einer von der Geschäftsleitung inszenierten Abstimmung gegen die Gründung eines Betriebsrates. »Trotz allem haben ein paar engagierte Kollegen, zu denen auch Sven Hennig gehörte, die Sache weiterverfolgt«, erinnert sich Wied. »Bevor es dann zum Arbeitsgerichtsverfahren kam, das zweifellos die Einleitung der Betriebsratswahl ermöglicht hätte, hat die Geschäftsleitung einen eigenen Wahlvorstand aufgestellt, um die Dinge in ihrem Sinne zu beeinflussen.« Am Ende stand zwar ein Betriebsrat, aber einer, in dem die IG Metall in der Minderheit war.

Zweifellos ist First Solar, mit Hauptsitz in Tempe, Arizona, ein besonders krasser Fall. Das Unternehmen wird vom Risikokapitalfonds True North Partners kontrolliert, der größtenteils dem Walton-Clan, den Inhabern der Handelskette WalMart, gehört. Doch dass die Branche insgesamt Betriebsräten, Gewerkschaften und selbstbewussten Beschäftigten feindlich gegenüber steht, ist kein Geheimnis, auch wenn die Arbeitsbedingungen in der »sauberen« Solarindustrie von der breiten Öffentlichkeit lange nicht zur Kenntnis genommen wurden.

Nur die Spitze des Eisbergs

Die Kündigung von Sven Hennig durch First Solar ist nicht das einzige Anzeichen dafür, dass das Klima in der Branche für engagierte Gewerkschafter rauer wird - und das nicht nur in Ostdeutschland. Ein ähnlicher Konflikt läuft gegenwärtig beim Solarzulieferer Centrotherm in Blaubeuren, am Fuß der Schwäbischen Alb. Die IG Metall wirft dem Anlagenbauer vor, die Betriebsratswahl zu verhindern. 2011 machte das Unternehmen bei knapp 700 Millionen Euro Umsatz fast 20 Millionen Verlust und will deshalb die Mitarbeiterzahl von 1900 auf 1500 reduzieren. Ein Berliner Solarunternehmen machte kürzlich IG-Metall-Betriebsräten Abfindungsangebote, um diese zum Abschluss von Aufhebungsverträgen zu bewegen.

Der Hintergrund ist überall derselbe: Die einheimischen Hersteller werden von asiatischen Konkurrenten, vor allem aus China, bedrängt, die in den vergangenen Jahren technologisch aufgeholt haben und Preise anbieten, die unter Dumpingverdacht stehen. Weltweit wurden enorme Überkapazitäten aufgebaut. Die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, die Solarförderung radikal herunterzufahren, verschärft die Krise weiter. Insolvenzen, Entlassungen und Kurzarbeit sind an der Tagesordnung. Die Kasseler SMA Solar Technology schickte nach Angaben des Fachmagazins »photovoltaik« im letzten Herbst 1000 Leiharbeiter nach Hause. Im Dezember stellten der Berliner Solarmodulproduzent Solon (900

Mitarbeiter) und die Freiburger Solar Millenium (235 Beschäftigte) Insolvenzanträge, im März die Odersun (260 Mitarbeiter) aus Ostbrandenburg, Anfang April Q-Cells aus Bitterfeld-Wolfen (2300 Beschäftigte), Mitte Mai, ebenfalls in Bitterfeld, Sovello (1200 Beschäftigte).

Kapitalmarktorientierung verschärft Krise

Zum internationalen Wettbewerbsdruck und dem durch die schwarz-gelbe Bundesregierung politisch gewollten »Solarausstieg« kommt ein weiteres Problem, das mit der Eigentümerstruktur der Unternehmen zu tun hat. Diese befinden sich fast ausnahmslos in der Hand institutioneller Anleger. Schon 2008 wies der damalige grüne Bundestagsabgeordnete Peter Hettlich auf einer Branchenkonferenz der IG Metall daraufhin, dass die deutschen Solarmodulhersteller, anders als oft vermutet, nicht aus einem »grünen« Milieu entstanden sind. Ein Großteil entstand als Ausgründung aus universitären Forschungseinrichtungen und machte nach ein paar Pionierjahren einen Wachstumsschub, als in großem Maßstab Risikokapital einstieg.

Krisenschübe verschärften die Kapitalmarktorientierung weiter, so z. B. bei Conergy: Das Unternehmen mit Sitz in Hamburg betrieb in Frankfurt (Oder) bis vor ein paar Monaten eine von bundesweit nur zwei integrierten Solarfabriken mit eigener Forschungsabteilung und kompletter Wertschöpfungskette - eine Produktionsstätte, in der man »wirklich alles machen« konnte, schwärmt Metaller Wied. Damit ist es allerdings vorbei: 2011 wurde das Grundkapital des hoch verschuldeten Unternehmens durch einen Kapitalschnitt von 400 auf 50 Millionen Euro gesenkt, zugleich wandelten die Hauptgläubiger ihre Außenstände in Aktienanteile um. Im Ergebnis gehört Conergy nun einem Konsortium privater Großbanken (Deutsche Bank, Barclays, Fortis) und Investmentfonds. Auch die Commerzbank hält ein größeres Aktienpaket. Weil die Anleger an einem langfristigen industriellen Engagement wenig Interesse hatten, wurden Zell- und Waferproduktion eingestellt. Das Unternehmen beschränkt sich künftig auf sein Kerngeschäft, die Herstellung von Dünnschichtmodulen.

Diese »Kapitalmarktorientierung« der Branche ist momentan »ein krisenverschärfendes Moment«, meint Sören Niemann-Findeisen, Leiter des Ressorts Strategische Erschließungsprojekte beim Vorstand der IG Metall. Paradoxe Weise werden gerade in der »Zukunftsbranche« Solarindustrie Unternehmensentwicklungen nicht von langfristigen strategischen Überlegungen, sondern vom »Shareholder Value« bestimmt. Zu Unternehmen, die auf jede Kursschwankung an der Börse reagieren müssen, passt »hire & fire« als personalpolitisches Leitbild eben besser als das deutsche Modell industrieller Beziehungen mit Betriebsräten und starken Gewerkschaften. »Die Kombination von Wissenschaft und Private Equity ist nicht sehr mitbestimmungsaffin«, so das Fazit des Gewerkschafters.

Leitbild »Hauptsache Arbeit« passé?

Insgesamt haben die Beschäftigten eine schwache Stellung. First Solar gehört dabei mit Stundenlöhnen von zehn, elf Euro immerhin zu den besser bezahlenden Unternehmen. »Das Normaleinkommens eines Operators liegt bei sechs bis neun Euro die Stunde«, konstatierte Walter Krippendorf vom IMU Institut Berlin Ende April bei einer von der Brandenburgischen Landesregierung ausgerichteten Konferenz zum Thema »Saubere Energie und Gute Arbeit«. Die üblichen Entgelte liegen damit 40 bis 60 Prozent unter dem Niveau des Flächentarifvertrags der Metall- und Elektroindustrie.

Bei einer im Januar veröffentlichten bundesweiten Beschäftigtenbefragung der IG Metall in der Branche gaben nur zehn Prozent an, von ihrem Einkommen »gut« leben zu können. Fast 57 Prozent erklärten, sie würden »schlecht« oder nur »mit vielen Abstrichen« über die Runden kommen. Dies ist umso bemerkenswerter, als es in der Branche praktisch keine Teilzeitarbeit gibt: Bei über 97 Prozent der Befragten lag die vertragliche Wochenarbeitszeit über 35 Stunden, wobei 39 bis 40 Stunden die Regel sind. Zudem machen mehr als 40 Prozent regelmäßig bis zu zehn Überstunden in der Woche. Produziert wird grundsätzlich in Schichtarbeit.

Diese »frühkapitalistischen« Zustände wurden durch die Wirtschaftspolitik vor allem in den ostdeutschen Bundesländern gezielt gefördert. Beispiel Odersun in Frankfurt (Oder): Obwohl es nach dem Arbeitszeitgesetz gar nicht zulässig ist, wird hier regulär in 12-Stunden-Schichten gearbeitet. Einen sachlichen Grund gibt es dafür nicht - abgesehen vom Wunsch nach Gewinnmaximierung. Dennoch erteilten die brandenburgischen Behörden unter der SPD/CDU-Koalition großzügig Ausnahmegenehmigungen. Peter Ernsdorf, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Ostbrandenburg ist überzeugt, dass es sich dabei nicht um Fehlleistungen einzelner subalternen Beamter handelte: »Wie wurde denn das beworben? Hohe Produktivität, keine Gewerkschaften und Betriebsräte und ein Drittel weniger Lohn.« Die Unternehmen hätten sich geradezu ermutigt fühlen müssen: »Leute mussten bei der Einstellung unterschreiben, nicht Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Beschäftigten wurde mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht, wenn sie Betriebsräte bilden würden.«

Immerhin bemüht sich die jetzige rot-rote Regierung in Potsdam, Gewerkschaften und Betriebsräten den Rücken zu stärken. Wolfgang Schroeder, Staatssekretär im Arbeitsministerium, fand auf der Branchenkonferenz klare Worte. Die Unternehmen betrieben in Ostdeutschland meist nur »verlängerte Werkbänke ohne Forschung und Entwicklung«, ihre »Intention« sei, »möglichst wenig Mitsprache und gute Arbeit« zuzulassen. Und: »Es sind nicht die Löhne, die dafür verantwortlich sind, dass die Unternehmen in die Krise kommen.« Die Landesregierung wolle »weg vom Leitbild der 90er Jahre Hauptsache Arbeit« - hin zu einer sozialpartnerschaftlichen

Strategie«, betonte de Staatssekretär. »Aber dafür braucht man Akteure: Betriebsräte, Gewerkschaften. Die Unternehmen werden es von sich aus nicht machen.« Tatsächlich hatte sich nicht ein einziger Unternehmensvertreter auf die Branchenkonferenz gewagt.

Autor: Jörn Boewe, geb. 1967 in Königs Wusterhausen, Ressortchef Inland bei der Tageszeitung Junge Welt

Global Governance: Eine Polemik

von Prof. Dr. Petra Dobner, Universität Hamburg

Die Welten des Politischen und des Sozialen sind amorph. Wer ihnen wissenschaftlich zu Leibe rücken möchte, sollte als Handwerkszeug konzise Begriffe im Gepäck haben. Sie sind die Grundlage aller sozialwissenschaftlichen Empirie und Theorie, auf ihnen ruht das ganze Geschäft. Nur wer ausdrücken kann, was gesagt werden soll, bietet eine begründete Orientierungsleistung in der realen Unordnung. Erst und vor allem sprachliche Präzision trennt die Sozialwissenschaften vom Stammtisch. Eine immer noch gute Anschauung für die Leistungsfähigkeit eines solchen Wissenschaftsverständnisses bietet Max Weber, dessen kategoriale Ordnungsleistung für Wirtschaft und Gesellschaft bis heute Gültigkeit beanspruchen kann. Ganz anders hingegen ist es um die Global Governance-Forschung bestellt, die in den letzten fünfzehn Jahren ganze Bibliotheken zusammengeschrieben hat, ohne bis heute auch nur einen akzeptablen Begriff ihrer selbst finden zu können.

Zugegeben, dass man nicht wüsste, was Global Governance ist, stimmt nicht ganz. Es gibt eine kleine Schnittmenge geteilter Auffassungen, die ungefähr folgendes umfasst: Irgendwie geht es bei Global Governance um neue Steuerungsformen jenseits des Staates, um der Probleme einer globalisierten Welt Herr zu werden. Soweit ich sehen kann, ist damit schon alles gesagt, was *alle* sagen würden, die von Global Governance sprechen. Danach wird es unübersichtlich, und diese Auffassungsdifferenzen beziehen sich auf alle der angesprochenen Elemente, also den ganzen Gegenstand, den Global Governance begrifflich erfassen soll. Nicht genug damit, dass keine Einigkeit vorhanden ist, was Global Governance ist. Ungeachtet dieses Mangels ist man sich gleichzeitig uneins, ob Global Governance nun eigentlich gut oder schlecht ist. Alles in allem ist die Situation paradox: Während die Wissenschaft noch rätselt, was Global Governance denn nun eigentlich sein könnte, streitet sie bereits darüber, wie sie diese beurteilt.

Gute Global Governance, schlechte Global Governance

Der Streit um die normative Beurteilung geht dabei historisch der Begriffsbestimmung voraus. Angesichts des globalen Problemdrucks formierten sich die Befürworter mit der recht umstandslosen Behauptung, dass Staaten alleine nicht mehr in der Lage seien, damit fertig zu werden, dass die globale Zivilgesellschaft die notwendige Expertise beisteuern und dies zu effektiveren Ergebnissen führen würde und damit Global Governance folglich wünschenswert sei. Bei der Euphorie blieb manches auf der Strecke: Etwa die Frage, woher die vermeintlich unabhängige Expertise stamme, wer die Zivilgesellschaft sei, in wessen Interesse sie agieren würde und wer und wie auf diesem Wege legitimerweise bestimmen könnte, welche Probleme prioritär zu behandeln und wie sie zu lösen seien. So wurde die in der repräsentativen Demokratie gut begründete Abwehr gegen substanzielle, also scheinbar universell gültige, Gemeinwohlbestimmungen angesichts des „globalen Problemdrucks“ in der Suche nach vermeintlich an sich effektiven Lösungen geschliffen. Aus dem Wahrnehmungsfokus geriet hierbei der Zusammenhang von Input- und Outputlegitimität, d.h. die Tatsache, dass die Antwort auf die Frage, was eine gute Lösung für ein anerkanntes Problem ist, interessengeleitet und damit streitwürdig ist. Für eine Streitbeilegung kommen nur auf Dauer gestellte, institutionalisierte Verfahren in Betracht, die die Akzeptanz der Problemlösung auch für diejenigen erträglich machen, die eine andere Lösung präferiert hätten. Auch die mangelnde begriffliche Differenz zwischen Partizipation und Demokratie hat ihren Teil beigetragen: Während letztere ein strukturiertes Verfahren mit Entscheidungscharakter ist, die zumindest formal die Gleichheit aller Beteiligten wahrt, ist erstere eine zunächst ganz unbestimmte Form der „Teilnahme“, bei der nicht zweifelsfrei geklärt ist bzw. mit Macht geklärt wird, wer wann bis zu welchem Stand an der Diskussion beteiligt wird und wie auf dieser Basis und von wem gültige Entscheidungen getroffen werden. Zudem hat bis heute der Vertrauensvorschuss, der Global Governance als Prozess entgegengebracht wird und wurde, die Frage nach einer substanziellen empirischen Forschung zur Praxis von (Globaler) Governance verstellt: Seitens der zahlreichen Befürworter wird einfach angenommen, dass das schon gut so sei.

Die Tatsache, dass Global Governance eine neue Form der Entscheidungsfindung im globalen Raum ist, die mit gut begründeten demokratischen Praktiken bricht, hat später auch die Kritiker auf den Plan gerufen: Spiegelbildlich zum Chor der Enthusiasten formierte sich ein kleineres Heer, das sich fragt, ob es sich hierbei um eine neue Herrschaftsformation handelt. – Ich tendiere dazu, ihnen recht zu geben.

Global Governance ist...

Parallel hierzu geht die Diskussion um den eigentlichen Gegenstand voran. Unterhalb des genannten Minimalkonsenses werden mannigfaltige Differenzen ausgetragen. So

ist bereits der Begriff der „Steuerung“, dessen lateinischer Urahn, *gubernare* (lenken, leiten, herrschen, beherrschen, regieren), sowohl in Government als auch in Governance weiterlebt, keineswegs selbsterklärend. Soll unter Steuerung jeder Versuch einer bewussten Beeinflussung eines jeden verstanden werden? Oder sollen hierunter nur die Versuche einer hierzu bestellten öffentlichen Gewalt gezählt werden bzw. muss diese wenigstens beteiligt sein? Geht es nur um Politik oder auch um das Soziale, die Wirtschaft und überhaupt alles, was weltweit so reguliert werden könnte? Reicht es überhaupt, Beeinflussung zu suchen, oder muss dieser Versuch auch von Erfolg gekrönt sein? Wirkt ein Steuernder immer auf andere Subjekte ein, oder gibt es auch „Selbststeuerung“? Dabei geht es wahrlich nicht nur um Wortklauberei. Die offenen Fragen verweisen vielmehr darauf, dass das komplexe Set der Global Governance – Akteure, Objekte, Gegenstände und Tätigkeit – letztlich unbestimmt ist.

So steht hinter der Frage nach dem Akteur das unbewältigte Problem der Legitimität. Wer – wenn nicht eine hierzu bestellte, öffentliche Gewalt – darf für wen Entscheidungen treffen (lenken, leiten, herrschen, beherrschen....)? Wie, wenn überhaupt, lässt sich theoretisch und praktisch begründen, dass nicht gewählte und nicht repräsentative – und Nichtwahl ist gewissermaßen zwangsläufig der Fall in der Welt jenseits des Staates – Steuerungssubjekte auf Steuerungsobjekte einwirken, von denen erstere zu wissen glauben, was für die zweiten gut ist, während die zweiten sich in der Regel nicht einmal darüber im Klaren sind, dass es erstere überhaupt gibt? Kurz gesagt: Die Akteurfrage ist die Demokratiefrage. Eigentlich müssten hier alle Warnleuchten einer Demokratiewissenschaft auf Rot springen. Doch irgendwie schrappt die Forschung an diesem Problem vorbei – vielleicht aus Selbstschutz, weil sie es (bislang?) nicht zufriedenstellend lösen kann.

Die Alternative, Steuerung an den Versuch oder den Erfolg zu koppeln, verweist auf ein weiteres Problem: Nimmt man alle Versuche in den Begriffskreis auf, verschwimmt Steuerung zum Allerweltsprojekt, das jederzeit, jedermann überall verfolgt – Steuerung bedeutet dann alles und damit eben nichts. Knüpft man die Definition aber an den „Erfolg“, so lässt sich trefflich streiten, worin der denn von wem zu messen wäre. Und weiter: Geht es nur um Politik oder findet das große Projekt der Global Governance die Beweise seiner Existenz bereits in wirtschaftlichen Selbstregelungen, in stillschweigenden Abkommen, in soften Normen und Verpflichtungen, die sich wirtschaftliche Akteure auferlegen, weil es z.B. dem Geschäft dient? Für die Verfechter einer positiven Idee von Global Governance hat die Ausweitung der Steuerungs-idee auf gesellschaftliche Belange und Akteure im weitesten Sinne den Effekt, Beispiele finden zu können, dass Global Governance funktioniert. Die Hoffnung, dass sich dies von den genuin gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Bereichen immer weiter ausdehnen könnte, nimmt hier Fahrt auf. Ungeklärt bleibt, ob und wie dieser Transfer im Sinne einer „Emergenz“ funktionieren könnte und wie die unterschiedlichen Funktionslogiken

gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Selbststeuerung mit allgemeinverbindlichen Entscheidungen, die letztlich für andere getroffen werden müssen, kompatibel gemacht werden könnten.

Mit geradezu metaphorischer Kraft ist auch der Ausdruck „jenseits des Staates“ ausgestattet. Jenseits des Staates ist seine gesellschaftliche Umwelt, sind andere Staaten und deren, wiederum jenseits des Staates angesiedelten, Gesellschaften, die sich aus einer Vielzahl individueller, kollektiver und kooperativer Akteure zusammensetzen (oder in dieser Vielzahl gerade auseinanderleben). Faktisch besteht die gerne als Zivilgesellschaft aufgewertete Gesellschaft aus einer Unzahl von Subjekten, die etwas für alle, für wenige oder auch nur für sich selbst suchen und verwirklichen wollen können und folglich weder einheitlich noch an sich notwendig am Gemeinwohl orientiert ist. Organisierte, kollektive Akteure haben in der Vergangenheit die Kakophonie der Zivilgesellschaft in hörbare und kalkulierbare Chöre verwandelt – die Individualisierung, die der Beteiligung „der Zivilgesellschaft“ notwendig innewohnt, oder auch ihre an kurzfristigen Problemen orientierte, spontane Organisation sind keine Garantie ihrer Stärkung, sondern gegebenenfalls eher ein Ausdruck ihrer Schwäche. Jenseits des Staates ist schließlich auch die Ökologie, die Wirtschaft, die Kultur, um nur einige zu nennen. Wenn nun nach Steuerungsformen jenseits des Staates gesucht bzw. diese gar gefunden werden, was eigentlich wird da wo genau gefunden? Der Rettungsversuch, dass es doch um das „Globale“ jenseits des Staates ginge, hilft wenig. Zu endlos ist das Globale, als dass es helfen könnte den Ort jenseits des Staates je zu finden. Eine andere Frage drängt sich auch noch auf: Woher rührt der Glaube, dass jenseits des Staates eine Problemlösungskompetenz zu finden ist, über die man innerhalb des Staates – trotz aller wissenschaftlicher Apparate, Expertisen, Beratungen und zuarbeitender Institutionen – offenbar keinesfalls verfügen könnte?

Konsens ist auch, dass es „Probleme“ gäbe, mit denen einzelne Staaten alleine nicht mehr zurechtkommen. Es sind vor allem ökologische und soziale Fragestellungen, die dieser Wahrnehmung zu spontaner Anerkennung verhelfen: Finnland alleine, wenn es denn wollte, könnte den Klimawandel nicht aufhalten, so wenig wie die deutschen Umweltzonen dies zu tun vermögen. Ein klarer Fall für Global Governance also! Allerdings darf man sich fragen (darf man das wirklich?), was denn dabei herausgekommen ist? Hat sich denn wirklich die erhöhte Problemlösungsfähigkeit von Global Governance in diesem konkreten Bereich erwiesen? Vielleicht ist das Problem des Klimawandels wirklich zu groß, um redliche Beweise gegen die Erfolge Globaler Governance führen zu können. Aber sieht es besser aus, wenn man eine Zwischenbilanz für begrenztere und technisch leichter zu regelnde Projekte zieht – den weltweiten Staudambau? Die Weltwasserversorgung? Das Projekt globaler economic governance? Gibt es – und die Frage ist keineswegs rhetorisch gestellt – irgendein globales Problem, von dem sich mit Recht behaupten ließe, dass es in den

letzten 15 Jahren aufgrund von Formen globaler Governance einer Lösung näher gekommen wäre?

Man könnte nun einwenden, dass die Welt nun mal so ist, so jenseits des Staates, so entgrenzt, so problembeladen und so diffus, und dass daher der Begriff der Global Governance nur zum Ausdruck bringt, wie es ist. – Ein schöner Trugschluss: Die soziale Welt mag unordentlich sein, aber die Leistung der Sozialwissenschaften, wenn sie überhaupt etwas leistet, ist es, diese Unordnung zu interpretieren, und nicht, diese herzustellen. Genau das aber leistet der Diskurs um Global Governance bislang vornehmlich: Seine größte Leistung besteht darin, zu verunklaren, wer Ross und Reiter in der politischen Gestaltung der Welt eigentlich sind und die Illusion zu nähren, dass es mehr Reiter als Rosse geben könnte. Wenn aus dieser ganzen Debatte jemals etwas Gutes noch entspringen könnte, dann nur, wenn wir mehr in die objektive Forschung und Aufklärung darüber investieren, was unter dem Label von Global Governance faktisch passiert. Gegenstand und Urteil von Global Governance brauchen endlich eine saubere Empirie, um die Forschung vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Autorin: Prof. Dr. Petra Dobner, Professorin für „Politikwissenschaft, insbesondere Regierungslehre“ an der Universität Hamburg

Gerechtigkeit in der Transformation

von Prof. Dr. Gerhard Wegner, SI der EKD

Aus der Sicht christlicher Sozialethik

Die Vielzahl der Krisen, in denen wir uns seit längerem befinden, zwingt nicht nur zu grundlegenden politischen und ökonomischen Transformationen, sondern sie fordern auch die christliche Sozialethik heraus. Das Vertrauen auf sich angeblich selbst regulierende weltweite Märkte ist dahin. Ihre Folge war eine rasante Verschwendung der natürlichen Ressourcen, die Freisetzung von Gier und die Vergrößerung sozialer Ungleichheit – gerade auch in Deutschland. Was es dringend braucht, ist die Wiedergewinnung moralischer Maximen als Grundlage nachhaltiger Verantwortlichkeit und der Stärkung der Demokratie, damit die Politik gegenüber den Finanzmärkten wieder den Primat gewinnen kann.

Wohlstand entsteht durch Investition in Kooperation

Im christlich - sozialetischen Denken der letzten Zeit hat sich ein neues Leitbild der Teilhabegerechtigkeit herauskristallisiert: Eine gerechte Gesellschaft muss so gestaltet sein, dass möglichst viele Menschen in der Lage sind, ihre jeweiligen Begabungen zu erkennen, sie auszubilden und schließlich produktiv für sich selbst und andere einsetzen zu können. Der Wohlstand einer Gesellschaft ist das Mittel um reale Freiheiten und die Teilhabe an Lebensmöglichkeiten für Alle zu schaffen.

Die Teilhabe realisiert sich nicht nur in der *Verteilung* von Wohlstand an möglichst viele, sondern auch in der Art und Weise seiner *Erzeugung*. Es geht um eine *inklusive Wirtschaft mit allen*. Das impliziert die berechtigten Eigeninteressen eines jeden Menschen, die er stets in *Kooperation* mit anderen sucht. Vom christlichen Geist beseeltes wirtschaftliches Handeln versteht sich deswegen als eines, das sich letztlich immer in der Zusammenarbeit Verschiedener realisiert - aber nicht in einem allgemeinen Krieg der Interessen ausartet. Gerechter Wohlstand entsteht durch Investitionen in Kooperation als Voraussetzung für gelebte Solidarität.

Wohlwollen und Fürsorge

Diese Vorstellung gesellschaftlicher Kooperation ist auf gegenseitigem Wohlwollen und fürsorglichen Haltungen gegründet. Entsprechende ökonomische Stile werden nur in einem gesellschaftlichen Klima wachsen, in dem das Interesse am anderen Teil einer „gemeinsamen öffentlichen Konzeption der Person“ (Martha Nussbaum) ist. In einer solchen Gesellschaft kann man sich nicht vorstellen, ein gutes Leben zu führen ohne seine Zwecke mit anderen zu teilen. „Das Gute der anderen bedeutet für solche Personen nicht einfach eine Einschränkung ihres Strebens nach dem eigenen Guten, sondern ist vielmehr Teil ihres eigenen Guten.“ Alles hängt davon ab, dass Strukturen der Reziprozität, des aufeinander Bezogenenseins - also Strukturen der Sorge füreinander - gepflegt werden.

Die grundlegende, alles andere erst ermöglichende Arbeit findet in der Stiftung solcher Bezogenheiten, nicht zuletzt in der Familie, statt. Dazu zählt ganz voran die Arbeit im Umgang mit Kindern und in der Pflege, die von Frauen und Männern gleichermaßen zu erbringen ist. Wir müssen dringend lernen: Diese Arbeit stellt schlichtweg *die* grundlegende und ursprüngliche Wertschöpfung dar - auch wenn dies in unseren heutigen volkswirtschaftlichen Berechnungen und ökonomistischen Menschenbildern ganz anders zu sein scheint. Die demografische Krise beruht auf der Vernachlässigung dieser Dimension. Sie braucht weitaus mehr strukturelle Unterstützung und Anerkennung – aber gewiss kein Betreuungsgeld.

Für eine neue Qualität der Arbeit

In ihrer Arbeit realisieren Menschen ihre *Partizipation an der Wirklichkeit Gottes* und gestalten seine Schöpfung mit. Damit ist Arbeit höchst gewürdigt: in ihr kommen die Gaben der Menschen zum Tragen; Arbeit soll sichtbare Liebe sein. Aber diese Möglichkeit ist in den letzten Jahren immer ungleicher verteilt - insbesondere die Erwerbsarbeit unterliegt vielfachen Deregulierungen auf Kosten der Schwächsten. Prekäre Beschäftigung und Niedriglohntätigkeit haben sich weiter ausgebreitet und zu einer breiten Verschlechterung der Teilhabemöglichkeiten vieler Menschen beigetragen. Trotz aller derzeitigen ökonomischen Erfolge droht die soziale Spaltung der Gesellschaft. Zudem kann eine unregulierte Entgrenzung der Arbeit zu sozialen Pathologien führen und einen gespürten Freiheitsgewinn schnell wieder vernichten.

Die Aufmerksamkeit für die Würde und die Qualität der Arbeit muss in den Mittelpunkt der politischen Gestaltung gerückt werden. Es geht darum nachhaltig arbeiten zu können: Mit der eigenen Arbeit sinnvoll zur Bewahrung der Schöpfung beizutragen und die eigene Arbeitskraft suffizient einsetzen zu können. Dazu braucht es eines neuen Programms zur Humanisierung der Arbeit. Dies gilt gerade angesichts der demografischen Prognosen.

Eigentum als unvertrautes Gut

Von entscheidender politischer Bedeutung ist das christliche Verständnis von *Eigentum*. Eigentum wird in allen christlichen Traditionen als Gabe Gottes verstanden, das Menschen und Gruppen *treuhänderisch* anvertraut ist. Insofern muss stets nach der Nutzung des Eigentums gefragt werden: Wofür wird Reichtum verwendet? Dient er der Vermehrung des Wohlstandes möglichst vieler, z. B. dadurch, dass durch die Reinvestition erwirtschafteter Gewinne Arbeitsplätze geschaffen werden. Wird Eigentum in einer Gesellschaft zur Sicherung des allgemeinen Wohlstands herangezogen, um Unsicherheiten, Unfreiheiten und Beeinträchtigungen für alle zu reduzieren? Oder eignen sich Eigentum nur Einzelne an? In einer solchen Sicht erteilt die Gesellschaft sozusagen Lizenzen an Einzelne, um im Interesse aller Reichtum zu akkumulieren. Sie kann aber diese Lizenzen im Fall des Missbrauchs auch wieder entziehen.

Suffizienz

Die sozialen und ökonomischen Teilbereiche der Gesellschaft entwickeln sich in Abhängigkeit von ihrer natürlichen Umwelt und sind von ihr nicht zu trennen. So wird allgemein anerkannt, dass sich der Klimawandel sehr viel dynamischer vollzieht, als noch vor wenigen Jahren angenommen wurde. Nur wenn es gelingt, schädliche Emissionen und den Ressourcenverbrauch absolut von der wirtschaftlichen Aktivität

zu entkoppeln (Suffizienz vor Effizienz), ist die Begrenzung des Klimawandels möglich.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss in Frage gestellt werden, ob das Wachstum, gemessen in Form einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, noch als Leitindikator einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Gesellschaft geeignet ist. Es gibt Anzeichen dafür, dass in herkömmlicher Weise gemessenes Wachstum in den hochentwickelten Staaten nicht unbedingt zu einer Erhöhung des Gemeinwohls führt. Die Kennziffern des BIP als Maß für Wohlstand und als Maßstab für sinnvolle Politik haben objektiv ausgedient. Es braucht bessere Indikatoren, die den wirklichen Wohlstand einer Gesellschaft messen.

Geld und Finanzmärkte

Die Finanzmärkte handeln mit Geld. Geld zieht alle nur denkbaren Erwartungen auf sich und kann so geradezu diabolisch wirken. Das ist der Kern eines zerstörerischen Finanzkapitalismus, wie wir ihn heute erleben können und wie er alles zu beherrschen scheint. Die Gefahren des Geldes lassen sich nur dann beherrschen, wenn es strikt als ein Medium begriffen wird. Es hat keinen Wert in sich: Geld ist zum Ausgeben da; zur Umsetzung in reale Prozesse. Die Finanzmärkte bzw. die Banken stellen deswegen so etwas wie Makler dar.

Finanzmarktakteure sind in gesteigerter Weise Treuhänder im Interesse der Teilhaber vieler. Finanzmärkte sind öffentliche Güter. Es ist deswegen nicht zu verantworten, wenn in diesen Bereichen die Gewinnmaximierung ungeahnte Höhen erreicht. Gute Makler sind selten diejenigen, die für sich selbst einen hohen Gewinn herauschlagen. Hinzu kommt, dass extrem hohe Gewinne nur durch das Eingehen von maximalen Risiken erreicht werden können. Da die Banken im Interesse aller Risiken übernehmen und bei ihrem Scheitern die gesamte Gesellschaft in unverhältnismäßig hohem Ausmaß betroffen ist, müssen sie sehr viel robustere Sicherungssysteme gegen Risiken vorhalten als andere wirtschaftliche Akteure.

Die Rettung von Banken, die zu hohe Risiken eingegangen sind, auf Kosten der Allgemeinheit, weil sonst das ganze System zusammenzubrechen droht („Too big to fail“), ist deswegen im Grunde genommen eine Absurdität und setzt völlig falsche Anreize. Entsprechende Maßnahmen müssen wieder strikt begrenzte Einzelfälle in Notsituationen bleiben. Es gilt das gesamte System der Finanzmärkte so aufzustellen, dass seine dienende Funktion in den Mittelpunkt rückt. „Banking has to be boring again.“ (Paul Krugman)

Wettbewerbsmärkte

Für eine dynamische Wirtschaft sind Selbstregulierungsmöglichkeiten über Märkte von entscheidender Bedeutung. Die Voraussetzung für solche Märkte sind jedoch klare Spielregeln, die alle Beteiligten dazu zwingen, ihr Handeln in verantwortlicher Weise auszuüben. Es geht um wirkliche Leistungskonkurrenz und nicht um Rivalität. Denn ein freier auf sich allein gestellter marktförmiger Wettbewerb als solcher zerstört moralische Haltungen, da er leicht zu einem Krieg Aller gegen Alle mutieren kann. Mit Walter Eucken gilt: „Vollständige Konkurrenz besteht nicht im Kampf von Mann gegen Mann, sondern vollzieht sich in paralleler Richtung. Sie ist nicht Behinderungs- oder Schädigungswettbewerb, sondern ‚Leistungswettbewerb‘.“ Um Nachhaltigkeit herzustellen braucht es hierfür ein entschiedenes Einpreisen der sozialen und ökologischen Risiken. Nur so kann mittel- und langfristig den Krisen entgegengewirkt werden.

Der Wettbewerb bleibt insofern nicht nur an die Reziprozität der Beteiligten gekoppelt, weswegen sich Gewinner und Verlierer als Aufeinander Angewiesene erfahren können. Sondern auch an gesellschaftliche Ziele. Wenn es gut läuft ergibt sich aus der gegenseitigen Anerkennung der „besseren“ und „schlechteren“ Akteure Vertrauen. Zudem öffnet sich der gemeinsame Blick auf das gemeinsame Ziel. Das wichtigste Kriterium für die Legitimität von Wettbewerb und Märkten bleibt die letztendliche Verteilung.

Fazit

Bei allem, was im Sinne einer fairen und nachhaltigen Regulierung der Wirtschaft diskutiert werden kann, bleibt aus christlicher Sicht eine nicht geringe Skepsis, was die Antriebskräfte aktueller Reichtumsentwicklung anbetrifft. Die gegenwärtige Art des Wirtschaftens schafft zwar einen immer größeren Überfluss an Gütern und Dienstleistungen, vergrößert dabei aber offensichtlich den Abstand zwischen Armen und Reichen und verschwendet verantwortungslos die Ressourcen der Erde. Es braucht Veränderungen nicht nur kosmetischer Art. Eine große Transformation ist überfällig. Damit sie zustande kommt braucht es dringend die Zufuhr moralischer Ressourcen als Gegengewicht gegen die amoralischen Mechanismen globaler Landnahmen.

Autor: Prof. Dr. Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SI) der Evangelischen Kirche in Deutschland, theol. Pastor

Eigentum und Nachhaltigkeit

von Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, Wuppertal Institut

„Demokratisierung der Wirtschaft“ bedeutet mehr als Mitbestimmung. Es bedeutet auch Gleichrang für die werterhaltenden Kosten, Gleichheit der Bildungs- und Teilhabechancen, Freiheit für maßvolle Konsumansprüche, gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen. Diese Forderungen sind unerfüllt, weil die Gesellschaft den Gemeingütern keine Gerechtigkeit widerfahren lässt. Sie lässt es zu, dass die natürlichen und die sozialen Gemeinressourcen übernutzt werden, und gefährdet dadurch nicht nur die nachhaltige Entwicklung, sondern in hohem Maß auch die Demokratie.

Nachhaltigkeit und Demokratie hängen zusammen

Noch hat man in vielen Unternehmen nicht verstanden, dass Aufwendungen für nachhaltige Entwicklung zwar Kosten sind, das sie aber nicht zu *den* Kosten gehören, die im Interesse des Gewinns möglichst auf Null heruntergefahren werden sollen. Das gilt für die Aufwendungen zur Erhaltung der Dienste der Ökosysteme, zur gleichwertigen Wiedergewinnung knapper Rohstoffe, zur Vermeidung klimaschädlicher Emissionen, zur Regeneration von Ökosystemen, zur Erschließung solarer Energie, zur Erhaltung der Gesundheit am Arbeitsplatz. Sicher muss man darauf achten, dass der mit diesen Kosten angestrebte Erfolg möglichst effizient erreicht wird, aber es ist *nicht vertretbar, sie ganz einzusparen*.

Denn sie dienen der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen (Grundgesetz Art. 20a), die für uns alle da sind, und wenn das Unternehmen diese für alle bestimmten Gemeinressourcen für seine eigenen Zwecke nutzt, dann ist es auch dafür verantwortlich, sie zu erhalten. Aufwendungen zu ihrer Erhaltung sind nicht minder werterhaltende Kosten als die Ersatzinvestitionen, die die Produktionsanlagen erneuern. Sie können sogar werteschaaffenden Charakter haben.

Und wie steht es mit den Löhnen, deren Einsparung stets ein unfehlbares Mittel ist, die Aktienkurse in die Höhe gehen zu lassen? Sicher muss die Betriebsleitung auch hier auf Effizienz achten, zugleich aber hat sie eine Verantwortung dafür, dass das Unternehmen zur Beschäftigung und zum Lebensstandard der Arbeitnehmer beiträgt. Gesamtwirtschaftlich darf die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht zur Erwerbslosigkeit von immer mehr Menschen führen, sondern zur Verkürzung der Lebensarbeitszeiten, wenn die für die Demokratie grundlegende Partizipation aller

Erwerbswilligen an einem funktionierenden System selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit Geltung behalten soll.

In diesem Sinn gehört auch die Beschäftigung zu den allen gemeinsamen Lebensgrundlagen, nur mit dem Unterschied, dass sie keine natürliche sondern eine *sozial* gestaltete Gemeinressource ist, ebenso wie die soziale Integration von Neuhinzukommenden und Benachteiligten, die Gleichheit der Bildungschancen, die soziale und gesundheitliche Sicherung, die gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen, um nur die wichtigsten zu nennen.

Der Wettbewerb erzwingt Externalisierung

Das neoliberale Diktum, das Unternehmen habe nur die einzige Pflicht, Gewinn zu erzielen und sei von moralischen Rücksichten – soweit sie nicht gesetzlich vorgeschrieben sind – freizustellen, ist mit der Verantwortung für die natürlichen und erst recht für die sozialen Lebensgrundlagen offensichtlich nicht vereinbar. Die Strategie der Europäischen Kommission zur sozialen Verantwortung der Unternehmen räumt mit dem Absolutheitsanspruch des Gewinns auf. Die Kommission will Corporate Social Responsibility (CSR) zu einem Verfahren entwickeln, „mit dem soziale, ökologische und ethische Belange sowie Menschenrechtsfragen in enger Zusammenarbeit mit den Stakeholdern in die Betriebsführung und in ihre Kernstrategie integriert werden.“

Die Kommission setzt auf die Stakeholder, also die Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, um einen Einigungsdruck zu erzeugen, der die Unternehmen dazu bringt, die Regeln der CSR zu akzeptieren, auch wenn sie nicht mit Gesetzeskraft ausgestattet werden. Denn die Unternehmen und vor allem ihre Verbände wollen keine gesetzlichen Vorschriften und berufen sich darauf, dass diese oft eine Tendenz haben die Freiheit einzuengen, die der Wettbewerb braucht, um als Entdeckungsverfahren für neue Problemlösungen fungieren zu können.

Das trifft auf spezifische Vorschriften zu, die die Unternehmen z.B. auf bestimmte Techniken festlegen, statt es ihnen zu überlassen, die beste Technik selbst zu finden. Es trifft nicht auf allgemeine gesetzliche Regeln zu, die den Markt davor bewahren, volkswirtschaftlich unerwünschte Ergebnisse hervorzubringen wie z.B. monopolistische Strukturen oder Widerstände gegen Nachhaltige Entwicklung. Eben darum geht es:

- Nachhaltigkeit ist das Gegenteil der Externalisierung von Kosten.
- „Extern“ sind die natürlichen und sozialen Gemeinressourcen. Sie sind „Güter der Allgemeinheit“ (BverfGE 93, 319).

- *Nachhaltigkeit* verlangt laut Brundtland-Report, dass sie auch für künftige Generationen verfügbar bleiben.
- Wer sie nutzt, muss sie entweder so schonend behandeln, dass sie sich selbst regenerieren können, oder im Maß der Abnutzung wiederherstellen bzw. gleichwertigen Ersatz leisten.
- Diese Aufwendungen selbst zu tragen, hieße die Kosten der Erhaltung genutzter Gemeingüter zu *internalisieren*.
- Solange die Gemeinressourcen ungeschützt sind, kann ein Unternehmen die Erhaltungsinvestitionen unterlassen und es in Kauf nehmen, dass die Gemeingüter schwinden.
- Das Unternehmen *externalisiert* dann die Verantwortung, es spart Kosten und kann seine Produkte entsprechend billiger (oder auch mit entsprechend höherer Leistung oder aufwendigerer Ausstattung) anbieten.
- Es verschafft sich so einen Marktvorteil, der als Marktleistung ausgegeben wird, in Wahrheit aber auf dem Verzehr der natürlichen bzw. sozialen Lebensgrundlagen beruht.
- In unserer Wirtschaftsordnung steht die Externalisierung nicht im Belieben des einzelnen Unternehmens, sondern wird *vom Wettbewerb erzwungen*. Denn Externalisierung verschafft einen Wettbewerbsvorsprung, und wenn ein Unternehmen diesen ungestraft nutzen kann, müssen die anderen folgen, um nicht auskonkurriert zu werden.

Die Ursache liegt im Eigentumsrecht

Die Ursache des Externalisierungszwangs ist jedoch nicht der Wettbewerb, sondern die Schutzlosigkeit der Gemeingüter. Wären alle Unternehmen verpflichtet, in die Erhaltung genutzter Gemeinressourcen zu reinvestieren, so würde der Wettbewerb die Internalisierung erzwingen.

Eine solche Verpflichtung sieht das Grundgesetz bereits vor. Es bezeichnet auch den Ort für die Verpflichtung, nämlich das *Eigentumsrecht*. Es fordert den Gesetzgeber in Art. 14 Abs. 2 auf, die im Abs. 1 niedergelegte Gewährleistung des Privateigentums durch Vorgabe von Inhalt und Schranken so zu präzisieren, dass sein Gebrauch „zugleich dem Wohl der Allgemeinheit“ dient. Das ist sachlich begründet, denn die Nutzung und Abnutzung von Gemeinressourcen geschieht ja aufgrund der Eigentumsrechte an den eigenen Grundstücken, Häusern, Produktionsanlagen, Fahrzeugen, Schiffen, Maschinen, Traktoren usw. Aus dem Privateigentum heraus externalisiert man die Kosten der Erhaltung auf die Gemeingüter, indem man diese zwar abnutzt, aber nicht wiederherstellt.

Nun ist von den Schranken des Eigentums zwar im § 903 BGB bereits die Rede. Er beginnt mit dem Satz „Der Eigentümer kann mit seiner Sache, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, nach Belieben verfahren und andere von

jeder Einwirkung ausschließen.“ Die Rechte Dritter sind die Eigentumsrechte anderer, sie sind hinreichend geregelt und ihre Inhaber können sich gegen Missachtung wehren. Das gilt aber nicht für die Schutzbedürftigen, die nicht unter die „Dritten“ fallen, weil sie keine Eigentümer sind. Sie müssten vor den Übergriffen der Eigentümer geschützt werden, doch dafür reicht der allgemeine Hinweis auf „das Gesetz“ nicht aus, denn die Pflichten des Eigentümers sind gesetzlich nur lückenhaft geregelt.

Für den Fall des Tierschutzes hat der Gesetzgeber bereits versucht, die Lücke zu schließen, indem er in § 903 einen zweiten Satz hinzufügte: „Der Eigentümer eines Tieres hat bei der Ausübung seiner Befugnisse die besonderen Vorschriften zum Schutz der Tiere zu beachten.“ Es gibt eine ganze Reihe solcher Vorschriften. Doch sie haben nicht verhindert, dass in der industriellen Tierhaltung fast die Hälfte der Kosten externalisiert werden, die aufgewandt werden müssten, um die Tierzucht artgerecht und umweltfreundlich zu machen. Ein Kilo Schweineschnitzel aus „konventioneller“ Produktion kann für 7 € verkauft werden, während das Kilo Schnitzel aus ökologischer Tierzucht, also z.B. ohne Massentierhaltung, 13 € kosten muss, um kostendeckend zu sein.[1]

Warum das Bürgerliche Gesetzbuch den Schutz der Gemeingüter vernachlässigt, sagt schon sein Titel. Für das Bürgertum war das Privateigentum das Mittel, sich vor der Willkür der Fürsten, des Adels, des Klerus, kurz: der Privilegierten zu schützen. So wurde das Rechts- und Wirtschaftsdenken seit dem 17. Jahrhundert auf das Privateigentum fixiert. Der Schutz der *lokalen* Gemeingüter, die bis dahin in Gestalt der Allmenden verbreitet waren, geriet in die Zange: Die Grundherren beanspruchten die ländlichen Gemeinressourcen als ihr Privateigentum, die städtischen Bürger legten keinen Wert darauf. So wurden die Allmenden aus dem Recht verdrängt, und dass die *globalen* Gemeinressourcen geschützt werden müssen, ist überhaupt erst seit Carsons „Stummer Frühling“ (1960) ins allgemeine Bewusstsein getreten.

Aus der Eigentumsfixiertheit erklärt sich, dass einerseits viele einzelnen Tiere, namentlich wenn sie von Menschen gehalten werden, durch rechtliche Mindestanforderungen vor Tierquälerei bewahrt werden, andererseits die Fülle der Vorschriften dennoch nicht ausreicht, beispielsweise die konventionelle Landwirtschaft zum Verzicht auf die Massentierproduktion zu bewegen. Ähnlich verhindern die Emissionsschutzgesetze nicht den Klimawandel, und bewirkt das Kreislaufwirtschaftsgesetz kein flächendeckendes Recycling der verwendeten knappen Rohstoffe in „closed loops.“

Eine Kombination von Schutzpflicht und Durchsetzungsrecht

Der wirksame Schutz eines Gemeinguts wie der artgerechten Tierhaltung ist durch das Zusammenwirken von zwei Maßnahmen zu erreichen:

- Im Eigentumsrecht muss ausdrücklich die Pflicht des Eigentümers formuliert werden, die von ihm genutzten Lebensgrundlagen zu erhalten, auch wenn das den Verzicht auf kurzfristig ertragreichere, langfristig aber schädliche Nutzungsweisen erfordert. Das müsste durch einen Absatz 2 des § 903 BGB geschehen, der etwa folgenden Wortlaut hätte: „Der Eigentümer kann die ihm zugänglichen natürlichen Lebensgrundlagen als Gemeinressourcen für seine Zwecke nutzen. Er muss aber organische Ressourcen ihrer Natur gemäß behandeln und dafür sorgen, dass sie sich regenerieren können, und muss verbrauchte anorganische Ressourcen entweder durch gleichwertige andere ersetzen oder durch Wiedergewinnung in ihrer Funktionsfähigkeit erneuern.“
- Das müsste durch einen Absatz 3 des § 903 BGB ergänzt werden, der etwa folgenden Wortlaut haben könnte: „Der Eigentümer hat im Rahmen seiner Befugnisse auch Verantwortung für die sozialen Gemeingüter, die er für seine Zwecke nutzt (wie die gesellschaftliche Integration, die Gleichheit der Bildungs- und Beschäftigungschancen, die soziale und gesundheitliche Sicherung, die gerechte Verteilung der Einkommen). Er darf durch seine eigenen Handlungen nicht zu ihrer Verschlechterung beitragen.“
- Im Wettbewerbsrecht müssen diese Vorschriften durch das Verbot ergänzt werden, eine Externalisierung als Marktleistung auszugeben. In § 4 des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) müsste ein Absatz 12 etwa im folgenden Sinn eingefügt werden: (Unlauter handelt insbesondere, wer) „den Eindruck erweckt, ein niedriger Preis oder eine besondere Qualität oder Ausstattung eines Produkts sei auf die Marktleistung des Anbieters zurückzuführen, obwohl der Vorteil auf der Unterlassung von Aufwendungen zur Erhaltung genutzter Lebensgrundlagen nach § 903 BGB beruht.“

Des Verschweigens einer Externalisierung beschuldigte Unternehmen muss dann, um sich zu verteidigen, die *Internalisierung* der Kosten nachweisen. Gelingt das nicht, so können sie nach § 8 UWG von jedem Mitbewerber, von Berufsverbänden, Kammern, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen beim zuständigen Landgericht auf Beseitigung und Unterlassung – also Internalisierung – verklagt werden. Werden sie verurteilt, so können sie nach § 10 zur Herausgabe des Externalisierungsgewinns an den Bundeshaushalt verpflichtet werden. Die Mitbewerber können nach § 9 Ersatz des ihnen entstandenen Schadens und nach § 12 Ersatz ihrer Aufwendungen zur Anspruchsdurchsetzung fordern. Zudem kann das Gericht nach § 12 der obsiegenden Partei die Befugnis zusprechen, das Urteil auf Kosten der unterliegenden Partei öffentlich bekanntzumachen.

Eine flankierende Regelung sollte den Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen nach §§ 17-19 UWG und §§ 203f StGB für Beschäftigte des Unternehmens aussetzen, die mit Informationen dazu beitragen, dass eine Zuwiderhandlung gegen § 903 Abs. 2 aufgedeckt wird.

So kann aus dem UWG ein – auch vorbeugend – wirksames Instrument zur Durchsetzung der Erhaltungspflicht werden. Es würde den Markt dem Prinzip der Allmende annähern, das in der durch gegenseitige Überwachung der Nutzer gesicherten Mäßigung der Ansprüche an die Gemeinressource besteht: § 903 Abs. 2 verpflichtet die Nutzer zur Mäßigung ihrer Ansprüche, und § 4 Abs. 12 UWG sichert die Mäßigung durch gegenseitige Überwachung. Zur Überwachung sind die Konkurrenten besser befähigt als jede Behörde, denn da sie das jeweilige Produkt oder ein Äquivalent selbst herstellen bzw. vertreiben, können sie auch die Kosten genauer beurteilen als Außenstehende.

Literatur/Quellen:

[1] Ergebnis einer Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung im Auftrag von *foodwatch*, siehe http://foodwatch.de/presse/pressearchiv/2004/hintergrund_schnitzelstudie_2004/index_ger.html

Autor: Prof. Dr. Gerhard Scherhorn, Emeritierter Professor für Konsumökonomik der Universität Hohenheim in Stuttgart und Senior Consultant des Wuppertal Instituts.

Tod und Rosen (Filmkritik)

von Jürgen Kiontke

Leben unter prekären Bedingungen – das ist das Thema des bezaubernden Films „Amador“. Marcela - gespielt von der begnadeten Magaly Solier - steht sprichwörtlich das Blumenwasser bis zum Hals. Freund Nelson (Pietro Sibille) klaut weggeworfene Blüten vom Hof der Gärtnerei; die beiden pöppeln sie im Kühlschrank auf. Da Blumen auf diese Weise erfahrungsgemäß wenig nach Blumen riechen, werden sie von ihnen mit reichlich Aroma aus der Sprühdose bedeckt. Das Geschäft läuft nicht besonders: Selbst die vergammelten Pflanzenreste sind Privatbesitz - und wenn die illegalen Rosenverkäufer den Müllplatz des Großhändlers entern, ist die Aufstandsbekämpfung nicht weit. Prekäre Selbstständigkeit - ein Fall für den privaten Sicherheitsdienst.

Eigentlich wollte Marcela ihren Freund Nelson verlassen, denn es geht nicht weiter mit der Arbeit und mit dem Leben sowieso nicht. Den Abschiedsbrief hat sie schon geschrieben, den Koffer gepackt. Sie will der Randsiedlung Madrids entkommen. Doch noch an der Bushaltestelle macht der Kreislauf nicht mehr mit - die junge Frau bricht zusammen. Der Arzt stellt fest, dass Marcela schwanger ist. Kein Geld, keine Wohnung, keine Freunde - sie muss sich schleunigst was einfallen lassen. Den Brief zerreißt sie und versteckt die Schnipsel. Dann wird's zusätzlich brisant: Der Kühlschrank, das Herz des kleinen Blumenhandels, streikt. Ein neuer muss her, nebenbei wär's schön, wenn das Pärchen die ausstehenden drei Monatsmieten begleichen könnte. Zeit für private Schicksale gibt die Gegenwart nicht her; der Versuch, die Beziehung zu retten, muss warten.

Dann hat Marcela Glück: Sie kann eine Stelle als Pflegerin eines sehr alten, todkranken Mannes antreten. Seine Familie hat hierfür keine Zeit, denn sie baut gerade ein neues Haus. Marcela ist sofort Feuer und Flamme, als sie den alten Amador (Celso Bugallo) in den letzten Tagen seines Lebens pflegen soll. Die beiden verstehen sich auf Anhieb - das nahende Ende gibt dem alten Mann die gebührende Lebensweisheit. Nicht zuletzt, um für jede Unwägbarkeit in Marcelas Leben einen passenden Spruch auf dem Sterbelager zu haben: „Bevor man auf die Welt kommt, kriegt man alle Teile“, gibt er der jungen Frau mit. „Man weiß es nicht, aber man hat sie alle und jeder muss sie richtig legen. So ist das Leben. Die Teile an den richtigen Ort legen.“

Wer so ist wie Amador gibt nicht nur dem ergriffenen Kinozuschauer Denkwürdiges mit, sondern registriert auch als einziger, dass die neue Pflegekraft in einer angespannten Lage ist. Blinden Auges kann er sehen - dass Marcela ein Kind erwartet. Kein Wunder, dass sie gern ihre Tage mit dem alten Mann verbringt. Ihr eigenes Leben, so dämmert es ihr, gibt einen verworrenen Haufen Teilstücke ab. Es werde erst beim Zusammenlegen zum eigenen Bild, sagt Amador. In lauer Sommerluft wartet er auf sein letztes Puzzelstück: den Tod. Auch die Teile dieses Films sollen anders zusammenpassen, als man gedacht hat. Erwartungsgemäß macht es der alte Herr nicht mehr lang. Doch Marcela kann es sich nicht leisten, dass der Job wegfällt, denn die Angehörigen bezahlen zu gut. Was läge näher, als mit den Mitteln zu arbeiten, die sich gut bewährt haben? Mit der Hilfe aus der Spraydose riecht der Leichnam alsbald wie frisch geschnitten.

Dem toten Amador begegnet sie mit freundlichem Respekt, wie sie es bereits mit dem Lebenden tat. Das Umfeld reagiert misstrauisch, denn es riecht langsam im Treppenhaus. Vom Nachbarn habe man lange nichts mehr gehört, finden die Nachbarn. Als der Schwindel endlich auffliegt, stellt sich heraus, dass noch eine ganz andere Gruppe Interessen am langlebigen Amador haben: zum Beispiel die Familie, die den Hausbau mit seiner Pension finanziert. Sind wir nicht alle lebende Tote - das ruft dieser Film seinen Zuschauern zu. Leichname, die man zum Schein am Leben

erhält: Spiele dieser Art sind das einzige, was im Wirtschaftsleben noch einigermaßen funktioniert. Um das Leben soll es gehen in diesem Film, sagt Regisseur Fernando León de Aranoa. Er handelt davon, dass „selbst der Tod manchmal nicht reicht, um es aufzuhalten“.

Der Blumenverkauf, sagt Marcelas Freund Nelson eingangs, sei eine sichere Sache. Es gebe im Leben überhaupt nur drei Dinge, die sicher seien: Liebe, Leben und Tod. Gefeierte würden alle drei mit derselben Zutat: Blumen. „Im Film geht es um genau diese drei Dinge - und auch er feiert sie“, sagt der Regisseur. Tod und Rosen teilen sich sogar dasselbe Zimmer: Sterben und Leben als äußere Pole des Spektrums, die Liebe als Substanz dazwischen.

„Amador“ ist ein schöner Film, der sich mit hervorragender Fotografie seiner Geschichte widmet. Am Mikrokosmos der Wohnung des alten Mannes verdeutlicht Regisseur de Aranoa, was Armut und menschenwürdige Existenz bedeuten, es geht ruhig zu - stilistisch könnte „Amador“ an dieser Stelle als Stummfilm durchgehen. Ein einsamer Mensch kümmert sich um eine Leiche - wo wären da Worte nötig. Die Protagonisten haben wenig Freiheit zu entscheiden, wie sie leben wollen - nicht mal die, denen es scheinbar besser geht. Gar die Toten müssen hier noch arbeiten. Schwierige Lebensumstände bringen schwierige Entscheidungen hervor - ein subtiler, aber abgründiger Humor bestimmt diese makabre Szenerie.

„Mit seinem bizarren Ambiente kann „Amador und Marcelas Rosen“ durchaus zur neuen Machart von Filmen aus dem Spanien gerechnet werden, die Mut zu neuen Geschichten, Bildern und Gesichtern in jeder Szene spüren lassen. Elemente des Horrors und des Autorenfilms vermischen sich zu einem bildstarken magischen Filmrealismus. Hier gehen Regisseure neue Wege. Magaly Solier, das Gesicht des revoltierenden Kinos aus Südamerika, gibt dem Erfindungsgeist im Alltag an der Unterseite der Gesellschaft die perfekte Gestalt: Überzeugend steht sie im Zentrum eines berückenden Films über Alter und Jugend, Leben und Tod. Ein verblüffender Schluss zeigt, wie prekäre Abhängigkeiten durchaus - klassenübergreifend - ins Positive wirken können. Die Lösung heißt dann schlicht und ergreifend: Solidarität.

**„Amador und Marcelas Rosen“. ESP 2010. Regie: Fernando León de Aranoa, Darsteller: Magaly Solier, Celso Bugallo u. a.
Kinostart: 7. Juni 2012**

Autor: Jürgen Kiontke, Redakteur des DGB-Jugend-Magazins Soli aktuell und Filmkritiker u. a. für das Amnesty-Journal.

ALEC – die Gesetz GmbH (Kolumne)

von Tom Schimmeck

von: Tom Schimmeck

Der Coca-Cola Company ist die Sache jetzt zu heiß: Anfang April beendete die Brausefirma ihre Mitgliedschaft bei ALEC, dem American Legislative Exchange Council. Auch Pepsi, Mars und McDonalds, Kraft, Intuit und Procter & Gamble wollen plötzlich nicht mehr dabei sein.

Dabei galt ALEC, der American Legislative Exchange Council, großen US-Unternehmen bis vor kurzem noch als allerletzter Schrei des Lobbyismus. Dank dieses Clubs mussten sich Interessenvertreter der Industrie nicht mehr zum Politiker bemühen, um Wünsche anzumelden. Bei ALEC sitzen Politiker und Konzerne in entspanntem Ambiente beieinander, haben gemeinsam Spaß beim Gesetzes-Schnitzen. Gut 2000 US-amerikanische Abgeordnete sind Mitglieder. Dazu etwa 300 Firmen.

Das Prinzip: Die Firmen übernehmen die Rechnung. Und dürfen dafür den Politikern, weit überwiegend konservativen Republikanern, sehr genau erklären, was sie wollen. Als Eintritt zahlen Unternehmen bis zu 25000 Dollar im Jahr. Auch gespendet wird emsig. Exxonmobil allein soll von 1998 bis 2009 1,4 Millionen Dollar gegeben haben. Im „Private enterprise board“ von ALEC finden sich Firmen wie Wal-Mart, der des United Parcel Service und AT&T, aber auch der deutsche Pharmakonzern Bayer. Ein Bayer-Sprecher, von Spiegel Online zu seiner über 20 Jahre währenden ALEC-Mitgliedschaft befragt, erklärte, diese sei ein wichtiger Weg, „unsere Unternehmenspositionen in den politischen Meinungsbildungsprozess einzubringen“.

Politiker freuen sich über freie Flüge und Hotels, gern auch für die Familie, dazu oft über großzügige Wahlkampfspenden. ALEC-Kongresse gelten als nette Sause für Provinzpolitiker, Kinderbetreuung inklusive. Über die Jahre ist so ein Netzwerk Gleichgesinnter gewachsen, ein Transmissionsriemen für rechtskonservative Ideen. ALEC verleiht auch jede Menge Preise an Politiker, Unternehmer und Journalisten. Die höchste Auszeichnung ist der Thomas Jefferson Freedom Award, den etwa Ronald Reagan, Bush senior und junior und Dick Cheney erhalten haben.

„Modellgesetze“

Den ideologischen Rohstoff liefern zahllose rechte Denkfabriken. Hinzu kommen die oft sehr konkreten Wünsche der Industrie: Weniger Auflagen, weniger Umweltschutz, weniger Gewerkschaftseinfluss, weniger Steuern. ALEC folgt dem Mantra der „Deregulierung“. In den „Arbeitsgruppen“ von ALEC werden aus diesen Zutaten „Modellgesetze“ fabriziert, die dann von den ALEC-Volksvertretern ganz individuell – ohne Hinweis auf den Hersteller – in die Parlamente der 50 US-Bundesstaaten eingespeist werden.

Solch trauter Industrielobbyismus ist keineswegs neu: ALEC wurde bereits 1973 von einer Handvoll Konservativer gestartet, darunter Paul Weyrich, ein rechtsreligiöser Eiferer („Wir sind Radikale“), der auch half die mächtige Heritage Foundation zu gründen – mit dem Geld der Brauerfamilie Coors. In den ALEC-Gremien haben emsige Politiker und Industrievertreter über Jahre eine Datenbank von vielen Hundert Gesetzentwürfen geschaffen, ein gewaltiger Musterkoffer für rechtskonservative, äußerst firmenfreundliche Politik.

ALEC, erklärt die Organisation über sich selbst, schaffe nur ein Forum, unterstütze personell oft schwach ausgestattete Abgeordnete in den Bundesstaaten mit unparteiischem Knowhow, sei also quasi eine Bildungseinrichtung. Abgeordnete erhalten „Stipendien“. Einige US-Staaten haben ALEC explizit aus ihren Gesetzen zur Kontrolle des Lobbyismus ausgeklammert. Bei den Steuerbehörden genießt der Council einen gemeinnützigen Status.

Seit dem Siegeszug der Republikaner im Jahre 2010 hat ALEC an Fahrt gewonnen. Die Wahlen brachten den Konservativen 60 zusätzliche Abgeordnete- und Senatorensitze. Seit 1928 waren Republikaner in den US-Parlamenten nicht mehr so reichlich vertreten. Etliche der neuen Volksvertreter reisen zudem auf dem Ticket der fundamentalistischen Tea Party Bewegung, die den Staat wohl am liebsten auf die Kriegsführung beschränken würde. Und selbst die ist bereits teilprivatisiert.

Der prallvolle Musterkoffer

Im ALEC-Musterkoffer finden sich Gesetze gegen die „Klimalüge“, die regionale Klimaschutzmaßnahmen zurückdrängen sollen. Das Gegenargument ist, das Klimaschutz zu teuer für die Firmen sei. Ein „Public-Private Fair Competition Act“ soll dafür sorgen, dass immer mehr Staatsaufgaben in private Hand kommen. Die Privatisierung von Bildung, die Beschränkung von Sozialprogrammen und Kampfmaßnahmen gegen Gewerkschaften gehören genauso zum Standardrepertoire

wie diverse Steuererleichterungen für Konzerne und Gesetze, die eine verschärfte Ausweispflicht bei Wahlen verlangen. Was sich faktisch, sagen Aktivisten, gegen Latinos und Schwarze richte, die sich seltener ausweisen können. Immer wieder müht sich ALEC auch um eine große Wachstumsbranche in den USA: die Gefängnisse.

In Arizona, Heimat für viele illegale Einwanderer, wurde 2010 ein Gesetz verabschiedet, das die Polizei verpflichtet, jeden zu verhaften, der nicht beweisen kann, dass er legal in die USA eingereist ist. Der Radiosender NPR enthüllte: Die Corrections Corporation of America, ein börsennotiertes Unternehmen, das Gefängnisse betreibt und sich von der so ausgelösten Verhaftungswelle enorme Gewinne versprechen durfte, war bei der ALEC-Konferenz zugegen, bei der dieses „Modellgesetz“ aus der Taufe gehoben wurde.

Die zweitgrößte Gefängnisfirma Geo Group, ein in den USA, Großbritannien, Australien und Südafrika aktiver Multi, ist ebenfalls bei ALEC präsent. Also sorgen weitere ALEC-Gesetze für gut gefüllte Gefängnisse. Der *Truth in Sentencing Act* etwa, der in mindestens 25 Bundesstaaten übernommen wurde, schreibt vor, dass Häftlinge mindestens 85 Prozent ihrer Strafe absitzen müssen, Gewaltverbrecher volle 100 Prozent. Seitdem die ohnehin höchste Häftlingsrate der Welt so noch weiter nach oben getrieben wird, macht sich ALEC für eine Privatisierung des Kautionsprozesses stark. Das nächste lukrative Geschäftsfeld. In den USA sitzen fast neunmal so viele Menschen im Knast wie in Deutschland. Es stünden, schrieb unlängst der *New Yorker*, jetzt mehr Menschen unter Aufsicht der Justiz „als in den Gulags unter Stalin“.

Über Jahre erfuhr die Öffentlichkeit wenig von solch traurem und geschäftsfördernden Beisammensein zwischen Wirtschaft und Politik. Doch im Sommer 2011 erhielt das *Center for Media and Democracy* in Madison, Wisconsin, eine Schatzkiste voller Material über das Wirken von ALEC. Die Dokumente zeigen, wie die Industrie Politiker durch stete Kontakte, Formulierungshilfen, Ratschläge und Abstimmungsempfehlungen – bis hinunter zu Schulgutscheinen und winzigen Steuerdetails – zu Lobbyisten ihrer Anliegen macht. Mit der Zeitschrift *The Nation* startete das Center eine Kampagne und veröffentlichte über 800 ALEC-„Modellgesetze“ auf einer neuen Website; „ALEC exposed“. Die Enthüllung löste eine neue Anti-Lobby-Bewegung in den USA aus. Journalisten und Aktivisten veröffentlichten eine Vielzahl von Artikeln, Dokumentationen, Petitionen.

Nur Einzelfälle

Deutschland scheint von Lobbyismus mit ALEC-Kaliber noch weit entfernt. Eine Vereinigung, die – auf hiesige Verhältnisse übertragen – hunderte von Abgeordneten der Landesparlamente zwischen Kiel und München mit den Größen der Industrie

verknüpft und zum gemeinsamen Gesetzbasteln einlädt, wirkt noch ziemlich undenkbar. Politiker als gelenkte Superlobbyisten, bewaffnet mit hunderten Paragraphen aus industrieller Fertigung? Das wollen wir uns kaum vorstellen.

Tatsächlich aber sind viele Spielarten des Lobbyismus auch hierzulande bestens vertreten. Nicht die Interessenvertretung ist falsch. Sie ist ein Teil der Demokratie. Und es ist auch nicht zu beklagen, dass tausende Lobbygruppen, von den Apothekern bis zum Zentralverband der Schweineproduzenten, ihre Meinung zu Gesetzgebung und Regierungshandeln sagen dürfen. Entscheidend ist aber die Reichweite dieses Einflusses. Wie viel fließt an wen? Wer profitiert wovon? Und: Wie transparent ist das alles?

Die Macht agiler und zahlungskräftiger Verbände, Konzernrepräsentanzen, Beratungsfirmen, „Initiativen“ und Stiftungen auf die Politik wird größer. Energieriesen und Banken, Metall-, Pharma-, Chemie-, Tabak- und viele sonstige Industrien arbeiten mit ausgefeilten PR-Kampagnen. Sie prägen Sprache und Deutungsmuster der Politik und vieler Medien, die sich längst als „Kooperationspartner“ begreifen. Auch die Wissenschaft ist betroffen, denn die „Drittmittel“ regieren viele Wissenschaftszweige. Ungefähr 1000 Lehrstühle werden inzwischen in Deutschland privat gefördert, 41 Prozent der Professuren werden von Unternehmen finanziert.

Lobbyismus wird in Einzelfällen immer wieder zum Thema, etwa die mit Steuermitteln finanzierte Propaganda für „öffentlich-private Partnerschaften“. Oder die Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien. Am besten ist das Wirken der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* dokumentiert. Sie ist von der Metallindustrie bezahlt und streut seit zwölf Jahren neoliberale Weisheiten aus. Gelegentlich finden sogar die Kritiker von Lobbycontrol Gehör. Jüngst machten die Vorgänge um die europäische Lebensmittelbehörde EFSA Schlagzeilen, weil deren Verwaltungsratsvorsitzende von ihrem Amt zurücktrat, um schnurstracks bei ILSI, der Lobby der Lebensmittel- und Agrarindustrie, anzuheuern.

Solch ein Drehtür-Effekt (*revolving door*), mit dem der fliegende Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft beschrieben wird, ist hinlänglich aus den USA bekannt und in den letzten Jahren häufiger in Deutschland zu bestaunen. Früher machten damit Politiker und Spitzenleute von CDU/CSU und FDP Schlagzeilen. Seit der Ära Schröder sind auch Rotgrüne gut im Geschäft. Minister, Staatssekretäre, Spitzenbeamte bekommen zügig eine Zweit- und Drittverwendung bei jenen Konzernen, die sie eben noch beaufsichtigten. Auf Lobbypedia findet sich ein anschaulicher, stets aktualisierter Überblick (LINK: [http://lobbypedia.de/index.php/Seitenwechsler im Überblick](http://lobbypedia.de/index.php/Seitenwechsler_im_Überblick)).

Als Thema politischer Strukturen wird Lobbyismus in Deutschland bis heute kaum wahrgenommen. Auch politische Korruption besitzt trotz großer Parteispenskandale in der Vergangenheit keine dauerhafte Aufmerksamkeit. Im täglichen Kampf um die schnellste Meldung fallen die meist hochkomplexen Zusammenhänge (Wer steckt dahinter? Wer redet wo mit? Wer benutzt welches Event, welchen Experten, welche Studie für welche Zwecke?) schnell hinten herunter. Als medial griffig erweist sich allenfalls ein Wulff und seine Schickimicki-Freunde.

Kaum beachtet wurde im April die Meldung, dass die *Staatengruppe gegen Korruption des Europarats* (GRECO) die deutsche Regierung rügte, weil sie auch nach zwei Jahren kaum eine der europäischen Empfehlungen zur Transparenz der Parteienfinanzierung und zur Kriminalisierung von Korruption umgesetzt hat. Anders als in Washington gibt es in Berlin bis heute kein verpflichtendes Lobbyregister. Nur eine unverbindliche Namensliste.

„Wütende Kampagne“

Der US-Fall ALEC ist da nicht nur ein Lehrstück für organisierten Lobbyismus, sondern auch für die Kampagnenfähigkeit der außerparlamentarischen Opposition in den USA. Es begann mit ein paar gezielten Veröffentlichungen des kleinen *Center for Media and Democracy*. Bald kamen immer mehr Initiativen hinzu: Organisationen wie die *Urban League*, *Common Cause*, *Color of Change* und das *Progressive Change Campaign Committee* – mit nach eigenen Angaben 950000 Mitgliedern.

Sie alle legen immer wieder nach. Mitte Mai lieferte das *Center for Media and Democracy* eine Studie aus seiner Heimatprovinz Wisconsin. Mit genauen Zahlen über „gekauften Einfluss“: Mindestens 49 Abgeordnete sind in Wisconsin ALEC-Mitglieder. 32 Gesetze und Haushaltsvorschriften aus dem ALEC-Baukasten wurden seit 2011 allein in diesem Bundesstaat eingebracht, 21 davon verabschiedet. Seit 2008 erhielten ALEC-Politiker von ALEC-Firmen allein in Wisconsin 276000 Dollar Wahlkampfhilfe. Der Gouverneur Walker, ein ALEC-Alumni, durfte sich über 406000 Dollar freuen. Die *National Rifle Association* hat ihn als „Verteidiger der Freiheit“ ausgezeichnet („Ich bin stolz, ein Gewehr, eine Flinte und einen Bogen zu besitzen“).

Walkers „Wisconsin Act 10“, ebenfalls ein Gesetz aus der ALEC-Fabrik, machte bereits Anfang des Jahres national Furore. Es beschneidet den Einfluss der Gewerkschaften auf Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst massiv. In etlichen weiteren Bundesstaaten wurden bereits ähnliche Gesetze verabschiedet. Im Laufe des Juni wird in Wisconsin über eine Absetzung Walkers abgestimmt.

Die konservative Wirtschaftspresse ist entsetzt über die „wütende Kampagne“ gegen ALEC und seine Gönner. ALEC selbst beklagt eine „liberale Attacke“ und „Einschüchterungskampagne“. Besonders erzürnt ist der Council, weil *Common Cause* bei den Steuerbehörden beantragt hat, ALEC fortan als Lobbygruppe zu führen und ihm die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

Ein Schuss in Florida

Im Februar 2012 kam es zu einem Zwischenfall, der der Kampagne zusätzliche Brisanz verlieh. In Sandord, Florida, wurde der unbewaffnete schwarze Teenager Trayvon Martin erschossen. Martin, nur mit einer Kaputzenjacke „bewaffnet“, war in der Halbzeitpause eines Basketballspiels zu einem Laden gelaufen, um Lollies zu kaufen. Ein Nachbarschafts-Schütze empfand das als derartig verdächtig und brachte ihn um. Die Polizei mochte den Mann zunächst nicht verhaften. Denn in Florida gilt ein Gesetz, das Bürger ermächtigt, tödliche Gewalt anzuwenden, wenn sie sich bedroht fühlen. Ein sogenanntes "stand your ground"-Gesetz.

Dann kam heraus, dass auch dieses „Schieß-zuerst-Gesetz“ aus der Muster-Bibliothek von ALEC stammt. Es wurde zuerst in Florida verabschiedet. Mittlerweile gilt es, vom ALEC-Netzwerk verbreitet, in weit über einem Dutzend US-Bundesstaaten. Die mächtige Privatwaffenlobby NRA, die National Rifle Association, gab ihren Segen dazu. Damit war die Lobbykampagne Teil einer der ältesten und schärfsten Kontroversen der US-Gesellschaft, dem Recht auf Waffenbesitz und -gewalt.

Der tödliche Schuss in Florida war Anlass für Coca-Cola, Pepsi, McDonalds, Kraft und andere Großunternehmen, sich aus ALEC zurückzuziehen. Sie fürchteten, dass sie in der Öffentlichkeit als Alliierte der Waffennarren von der *National Rifle Association* dastehen würden. Auch Volksvertreter verließen nun ALEC, zuerst die Handvoll Demokraten, die dem Verein erlaubten, sich einen überparteilichen Anstrich zu geben. ALEC sei „radikal“ und „gefährlich“, erklärte etwa die Senatorin Nan Orrock aus Georgia. Selbst ALEC zog die Reißleine und löste jene „Public Safety and Elections Task Force“ auf, die das umstrittene Schieß-Gesetz geschaffen hatte. Man wolle sich wieder mehr auf die Wirtschaft konzentrieren, erklärte der ALEC-Vorsitzende David Frizzell, „auf die Prinzipien des freien Marktes, des schlanken Staates und des Wachstums“.

Literatur/Quellen:

ALEC exposed

www.alecexposed.org/

A Fight Bigger Than ALEC, the Nation, 14.5.2012 □
<http://www.thenation.com/article/167571/fight-bigger-alec>

ALEC-Serie in The Nation

http://www.thenation.com/search/apachesolr_search/ALEC

Adam Gopnik: The Caging of America - Why do we lock up so many people?

The New Yorker, January 30, 2012

http://www.newyorker.com/arts/critics/atlarge/2012/01/30/120130crat_atlarge_gopnik

Conservative Nonprofit Acts as a Stealth Business Lobbyist,

The New York Times, 21.4.2012

<http://www.nytimes.com/2012/04/22/us/alec-a-tax-exempt-group-mixes-legislators-and-lobbyists.html?pagewanted=all>

ALEC Memo Instructed Members To 'Navigate Away' From Tough Questions, □ The Huffington Post, 14.5.2012 □ http://www.huffingtonpost.com/2012/05/14/alec-memo-instructed-members-t_n_1510684.html

Deutschland verhindert Kampf gegen Korruption, Spiegel Online, 2.4.2012

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/korruptionswaechter-des-europarats-kritisieren-die-bundesregierung-a-825344.html>

Die gesponserte Republik und Merkels Versagen, Lobbycontrol, 15.2.2012

<http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2012/02/die-gesponserte-republik-und-merkels-versagen/>

Viele andere Aspekte des Lobbyismus bei Lobbycontrol □
<http://www.lobbycontrol.de/blog/>

Autor: Tom Schimmeck, 51, Mitgründer der taz, ehemals Redakteur von taz, Tempo, Spiegel, profil und Woche, Autor von FR, Zeit, Süddeutsche, Geo u.v.a.m., ist freier Autor im Bereich Politik, Gesellschaft und Wissenschaft, produziert derzeit vor allem Hörfunk-Feature. Sein Buch "Am besten nichts Neues" erschien 2010.

Der Schutz von Arbeitnehmerrechten im Welthandel

von Dr. Thomas Greven

Die omnipräsente globale Finanzkrise lässt fast vergessen, dass es weitere grundlegende Probleme der Weltwirtschaft gibt. Zwar wird insbesondere Deutschland regelmäßig daran erinnert, dass seine Wachstums- und Krisenlösungsstrategie – Exportüberschüsse auf der Basis von Innovation und Lohnzurückhaltung – nicht verallgemeinerbar ist und tatsächlich für reichlich Probleme in anderen EU-Ländern sorgt, aber die großen Ungleichgewichte und Regelungsdefizite im Welthandel kommen derzeit kaum zur Sprache. Aus gewerkschaftlicher Perspektive ist dies bedauerlich, denn die effektive Verankerung sozialer Mindeststandards in der globalen Ökonomie ist mit gutem Grund eine zentrale Forderung der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Bisher haben nämlich viele Beschäftigte weltweit keineswegs von den Effizienzgewinnen der im Zuge der Handelsliberalisierung vertieften internationalen Arbeitsteilung profitiert. Oft genug ist das Gegenteil der Fall: Die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und die Missachtung sozialer Standards bilden geradezu eine Basis für Konkurrenzvorteile. Die für das internationale Arbeitsrechtsregime zuständige Internationale Arbeitsorganisation (ILO) war aufgrund ihrer geringen Sanktionsmöglichkeiten bisher nicht in der Lage, die Verstöße effektiv zu bekämpfen und so entstand die Forderung, die Gewährung von Handelsvorteilen an die Einhaltung von Sozialstandards bzw. Arbeitnehmerrechten zu binden. Während dies im Regime der Welthandelsorganisation WTO bisher am Widerstand der Regierungen von Entwicklungs- und Schwellenländern sowie der Geschäftswelt gescheitert ist, finden sich diverse Formen einer Verknüpfung in sogenannten Sozialkapiteln von bilateralen und regionalen Handelsabkommen, sowie in der

Handelsgesetzgebung von Industrieländern, insbesondere der USA und der EU, was vor allem daran liegt, dass die EU und USA bilateral und interregional über größere Verhandlungsmacht verfügen als im Rahmen der WTO.

Sozialstandards sind auch Menschenrechte

Der Begriff Sozialstandards umfasst Mindeststandards bei der Ausgestaltung von Arbeitsverträgen (Arbeitszeit, Lohn etc.) und Arbeitnehmerrechte wie Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungsrecht. Unter den Befürwortern eines expliziten Schutzes von Arbeitnehmerrechten im Welthandel besteht weitgehend Konsens hinsichtlich der zentralen Sozialstandards bzw. fundamentalen Rechte, die durch die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) definiert sind und in der Deklaration über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit von 1998 zusammengefasst wurden: Vereinigungsfreiheit (Konvention Nr. 87); Recht auf Kollektivverhandlungen (Nr. 98); Verbot von Kinderarbeit bzw. besonders ausbeuterischen Formen der Kinderarbeit (Nr. 138 und Nr. 182); Verbot von Zwangsarbeit (Nr. 29 und Nr. 105); Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Nr. 111); Beseitigung von geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung (Nr. 100). Die Befürworter betonen den menschenrechtlichen Charakter dieser „Befähigungsrechte“, welche betroffenen Akteuren ermöglichen, durch Verhandlungen die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Gegner betonen dagegen den starren Charakter von Mindeststandards, welche an den unterschiedlichen Entwicklungsständen der am Welthandel beteiligten Länder vorbeigehen.

Im Kontext einer durch Freihandelsprämissen geprägten ökonomischen Diskussion findet die Verknüpfungsdebatte bisher mit dem Fokus auf Standards, und nicht auf Rechten, statt. Da die Forderung nach sozialen Mindeststandards häufig mit den Gewerkschaften der entwickelten Länder identifiziert wird, wird sie oft auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren – auch von Gewerkschaften – in nachholenden Ländern als versteckter Protektionismus interpretiert und als Einschränkung der eigenen Wettbewerbs- und Entwicklungsfähigkeit abgelehnt, insbesondere wenn sie mittels Handelssanktionen durchgesetzt werden soll. Die zunehmend scharfe Handelskonkurrenz mit China und Indien aufgrund niedriger Produktionskosten hat nur in manchen Ländern zu einer Neubewertung der Verknüpfung von Handel und Standards geführt.

Ökonomische Effizienz vor Lebensbedingungen

In der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte stehen sich vorherrschende neoklassische und institutionalistische Interpretationen gegenüber. Zwar können soziale Mindeststandards innerhalb aller Paradigmen begründet werden, für neoklassische Ökonomen ergeben sich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen aber

vorrangig durch die wirtschaftliche Entwicklung in einem möglichst freizügigen Handelsregime. Aus institutionalistischer Sicht dagegen benötigt jeder Markt ein spezifisches soziales, politisch-institutionelles und ökologisches Umfeld, damit es nicht zu Marktversagen und ruinöser Konkurrenz kommt. Weil für Arbeitskräfte der Marktaustritt im Regelfall keine Option darstellt und sie daher gegenüber den Anbietern von Arbeitsplätzen benachteiligt sind und sich gegenseitig unterbieten, brauchen sie regulativen Schutz und insbesondere die Möglichkeit, sich kollektiv zusammenzuschließen. Über den Konkurrenzmechanismus des zunehmend liberalisierten Weltmarkts kann die Nichtgewährung der fundamentalen Arbeitnehmerrechte in einigen Ländern zur Nichteinhaltung dieser Rechte in anderen Ländern führen. Die Gefahr eines ruinösen Wettbewerbs besteht vor allem zwischen Ländern des Südens, deren Konkurrenzvorteile gleichermaßen auf großen Potentialen gering qualifizierter Arbeitskräfte basieren. Der regulative Schutz durch Sozialstandards ermöglicht langfristig größere Entwicklungschancen, weil er, u. a. durch Anreize zur Qualifizierung, einen Ausweg aus der Spezialisierungsfalle „Niedriglohn“ bietet.

Wenn Arbeitnehmerrechte tatsächlich die wirtschaftliche Entwicklung förderten, müsste dann nicht ihre Einhaltung freiwillig erfolgen? Die Ablehnung hat in vielen Ländern auch machtpolitische Gründe, weil Gewerkschaften oft Hort politischer Opposition gegen autoritäre Regime werden. Ein wichtiger Grund für die Missachtung von Arbeiterrechten liegt aber auch darin, dass ungewiss ist, ob sich die langfristigen Vorteile auch kurzfristig einstellen.

Menschenrechte zwischen Freihandel und Protektionismus

Die politische Debatte um globale soziale Mindeststandards und ihre effektive Verankerung findet bisher in den Parametern der Dichotomie von Freihandel und Protektionismus statt und Mindeststandards werden daher als nicht wünschenswerte protektionistische Beschränkungen wahrgenommen, auch von Teilen ihrer vorgeblichen Nutznießer in den nachholenden Ländern. Die Hauptbefürworter von Sozialstandards, die Gewerkschaften in OECD-Ländern, verbinden mit ihrer Forderung nicht die Überwindung etablierter Institutionen der dominanten Globalisierungsform, insbesondere der WTO, sondern wollen diese explizit in den Dienst einer alternativen Globalisierungsform nehmen, die sich an den regulierten nationalen Kapitalismen der Nachkriegsjahrzehnte orientiert (Stichwort „Global New Deal“). Dies führt gelegentlich über den Protektionismuskritik hinaus zum Verdacht eines Neo-Imperialismus. Es überlagern sich mithin die Konfliktlinien bzw. -dimensionen, z. B. Arbeit/Kapital und Nord/Süd. Damit die in der Forderung nach globalen Sozialstandards angelegte Perspektive eines regulierten Kapitalismus wirkmächtig werden kann, d.h. gegenüber einer immer stärker liberalisierten Globalisierung politisch aussichtsreich wird, braucht es insbesondere intergewerkschaftliche Vertrauensbildung, um das Spannungsverhältnis zwischen

Standortinteressen und solidarischem Interessenausgleich zu überwinden. Dazu sind grundsätzlich auch Sozialkapitel in bilateralen und interregionalen Handelsabkommen geeignet, allerdings laufen sie in der Praxis bisher regelmäßig Gefahr, zu reinen Feigenblättern der Liberalisierungspolitik zu werden, z. B. in den Verhandlungen der EU über sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Ländern bzw. Regionen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens.

Die globale Finanzkrise ist bisher nicht zu dem Versuch genutzt worden, die Spielregeln des globalen Kapitalismus grundlegend zu verändern; nicht nur ist das allem Wirtschaften zugrunde liegende nicht-nachhaltige Wachstums- und Konsummodell unangetastet, tatsächlich gibt es sogar kaum eine Abkehr von den Prinzipien des „shareholder value“. Und das heißt: die nächste Krise kommt bestimmt, vielleicht nun ausgelöst durch die Ungleichgewichte im Welthandelssystem. Denn schon vor der Finanzkrise war dieses stark in Misskredit geraten, die Skepsis gegenüber den etablierten Mechanismen und Institutionen des Freihandels gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern nicht nur wegen der stockenden Doha-Runde der Welthandelsorganisation augenfällig. Jetzt ist das Handelsvolumen stark gesunken und protektionistische Maßnahmen sind fast überall Teil der nationalen Krisenbewältigungsstrategien. Kein Wunder, dass die Freihandelsbefürworter besorgt sind und politische Beweglichkeit andeuten, die aber nicht die Belange der Beschäftigten betrifft, obwohl diese doch an der Wurzel des Problems arbeiten. Weil die Beschäftigten scharf und immer schärfer gegeneinander in Konkurrenz gesetzt werden und in vielen Ländern nur wenige von den offenen Grenzen profitieren (in ihrer Rolle als Produzenten, die Konsumentenperspektive ist vielfach eine andere), ist ein gesellschaftlicher „Backlash“ gegen die liberale Weltwirtschaftsordnung und damit die Rückkehr zu Protektionismus und Nationalismus jederzeit möglich und ganz besonders eben im Kontext einer großen Krise.

Gewerkschaften können zentrale Akteure in verschiedenen möglichen Szenarien sein, entweder als Organisatoren eines grenzüberschreitenden, solidarischen Interessenausgleichs im Kontext einer „neuen Geschäftsordnung“ der Weltwirtschaft, oder als Verfechter eng gefasster Standort- und Unternehmensinteressen. Transnationale gewerkschaftliche Solidarität unter globalem Konkurrenzdruck ist allerdings nicht einfach eine strategische Entscheidung; unter den Bedingungen offener globaler Märkte ist sie dauerhaft nur möglich unter dem Schutz eines effektiven globalen Arbeitsrechtsregimes. Ein solches Regime müsste eigentlich der politische Preis sein, den die Liberalisierungsbefürworter dafür bezahlen, dass die Gewerkschaften die Globalisierung mit tragen. Die Sicherung der grundlegenden, auch kollektiven Arbeitnehmerrechte muss zwingend die Form sanktionsbewehrter globaler Regulierung annehmen, die heute gängigen Soft-Law-Mechanismen (freiwilligen Selbstverpflichtungen von Unternehmen im Zuge der Entwicklung hin

zu unternehmerischer Sozialverantwortung Corporate Social Responsibility, CSR) reichen nicht aus.

Thomas Greven ist einer der Autoren des in der Nomos-Reihe „Integration Europas und Ordnung der Weltwirtschaft“ erschienenen Bands „Sozialkapitel in Handelsabkommen. Begründungen und Vorschläge aus juristischer, ökonomischer und politologischer Sicht“, herausgegeben von Christoph Scherrer und Andreas Hänlein.

Autor: Dr. Thomas Greven, Privatdozent für Politikwissenschaft an der FU Berlin

„Nachhaltige Ökonomie“ für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

von Prof. Dr. Holger Rogall



Die traditionelle Ökonomie kann die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts nicht lösen. Als eindruckliche Belege gelten dabei die Klimaerwärmung, die Übernutzung der natürlichen Ressourcen, die zunehmende Verteilungsgerechtigkeit und der Zusammenbruch der Finanzmärkte im Jahr 2008/09. Die realitätsfernen Annahmen und Modelle sowie die uneingeschränkte Marktgläubigkeit können als Hauptursache der zunehmenden Krisenhäufigkeit angesehen werden. Z.B. wurde das allen Modellen zugrunde liegende Menschenbild des stets rational handelnden Homo

Oeconomicus, von der Verhaltens- und Gehirnforschung längst widerlegt. Es scheint daher höchste Zeit eine nachhaltige Wirtschaftslehre, die auf den ethischen Prinzipien der Nachhaltigkeit beruht, als Grundlage des Wirtschaftens zu verwenden.

Vorläufer

Seit den 1970er Jahren sind zahlreiche Schulen und Forschungsansätze entstanden, die sich mit der Übernutzung der natürlichen Ressourcen und den Bedingungen einer

Nachhaltigen Entwicklung beschäftigen. Sie werden unter dem Begriff der *Sustainable Science* zusammengefasst, zu ihnen zählen u.a.:

- Die neoklassische Umweltökonomie: Die Ökonomie begann sich in den 1970er Jahren (Umweltunfälle, Erdölpreisschock) mit der Endlichkeit der Umwelt- und Ressourcen zu beschäftigen. Durch zahlreiche Untersuchungen konnte die Umweltökonomie in der Folge belegen, dass sozial-ökonomische Faktoren existieren, die es den Menschen schwer machen, mit den natürlichen Ressourcen nachhaltig umzugehen (z.B. Kulke 1993, Bodenstein u.a. 1998). Die Untersuchungen zeigten, dass der Selbststeuerungsmechanismus dort versagt, wo nicht alle Kosten im Produktpreis wiedergespiegelt werden, weil sie auf andere – z.B. künftige Generationen – abgewälzt werden (Externalisierung). Beispielsweise führt die Externalisierung von Umweltkosten zu einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen, da die Güter zu preiswert angeboten werden. Diese Aussage gilt prinzipiell für alle Güter, z.B. Erdöl: Würde sich die Knappheit dieses kostbaren Rohstoffs und die erheblichen Kosten der Klimaerwärmung vollständig in den Ölpreisen niederschlagen, wären alle Erdölprodukte deutlich teurer, und das Ein-Liter-Auto Standard. Trotz dieser Erkenntnisse bleibt der Beitrag der neoklassischen Umweltökonomie für eine nachhaltige Wirtschaftslehre gering, da sie nicht bereit ist ihre ursprünglichen Prämissen ausreichend weiterzuentwickeln: Das Menschenbild des Homo Oeconomicus, die Verabsolutierung der Konsumentensouveränität, das Verständnis von den natürlichen Ressourcen als substituierbare reine Inputfaktoren der Wirtschaft, die verbraucht und subjektiv bewertet werden dürfen, die Diskontierung (Abzinsung) von künftigen Umweltschäden, die Nichtanerkennung absoluter natürlicher Grenzen und die Monetarisierung sind nicht mit den Prinzipien einer Nachhaltigen Entwicklung vereinbar (Holstein 2003). Die neoklassische Umweltökonomie kann daher nur bedingt als Teil der Sustainable Science bezeichnet werden, ist aber dennoch ein wichtiger Vorläufer für die Nachhaltige Ökonomie.

- Ökologische Ökonomie: Aus der Kritik an der Neoklassischen Umweltökonomie entstand in den 1980er Jahren die Ökologische Ökonomie. Sie strebt ein nachhaltiges Gesellschaftssystem mit hoher Lebensqualität im Rahmen der natürlichen Grenzen an. Sie leistete mit ihren Analysen zentrale Beiträge für eine nachhaltige Wirtschaftslehre, bleibt aber schon begrifflich auf nur eine Dimension einer Nachhaltigen Entwicklung beschränkt. In der Folgezeit entstanden weitere Unterschulen die wichtige Impulse für die Entwicklung der Nachhaltigen Ökonomie lieferten, z.B. das integrierte Nachhaltigkeitskonzept der Helmholtz-Gesellschaft Deutscher Forschungszentren (Kopfmüller u.a. 2001, Kopfmüller 2006), die Neue Umweltökonomie (Rogall 2002), der Greifswalder Ansatz (Ott, Döring 2004), die Industrial Ecology (Isenmann, Hauff 2008) und die Gemeinwohlökonomie (Felber 2010).

Nachhaltige Ökonomie

Die Nachhaltige Ökonomie faßt die verschiedenen Ansätze der Volkswirtschaftslehre und der *Sustainable Science* zu einer nachhaltigen Wirtschaftslehre zusammen und entwickelt sie weiter. Hierzu wurde im Jahr 2009 das Netzwerk Nachhaltige Ökonomie gegründet. Darüber hinaus wurden mit den Veröffentlichungen „Nachhaltige Ökonomie“ (Rogall 2009 und 2012) und „Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre“ (Rogall 2011) zwei Grundlagenwerke für die Lehre erstellt, die durch das Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie (Rogall u.a. 2011) komplettiert wurde. Im Zentrum stehen die Fragen, wie sich ausreichend hohe ökonomische, ökologische und sozial-kulturelle Standards in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit erreichen lassen und wie ethische Nachhaltigkeitsprinzipien (intra- und intergenerative Gerechtigkeit, Verantwortung, Vorsorge, Dauerhaftigkeit und Angemessenheit) verwirklicht werden können. Hierbei wird die Nachhaltige Ökonomie „als ökonomische Theorie der Nachhaltigen Entwicklung unter Berücksichtigung der transdisziplinären Grundlagen“ definiert. Zur inhaltlichen Konkretisierung der neuen Wirtschaftsschule hat sich das Netzwerk Nachhaltige Ökonomie auf die folgenden *Kernaussagen* geeinigt, für die sich im gleichnamigen Lehrbuch jeweils ein Kapitel befindet (Rogall 2012: Kap. 3.4):

(1) *Starke Nachhaltigkeit*: Die Nachhaltige Ökonomie sieht die heutige Wirtschaftsordnung als nicht zukunftsfähig an und vertritt die Position einer starken Nachhaltigkeit. Die Mehrzahl der natürlichen Ressourcen wird als existenzielle Lebensgrundlage angesehen, die nicht durch künstliches Kapital substituierbar ist (Ehrlich 1989). Dabei vertritt die Nachhaltige Ökonomie eine sogenannte „mittlere“ Position, nach der eine begrenzte Substitution von Naturkapital für zulässig gehalten wird, aber gleichzeitig kritische Grenzen für den Verbrauch von natürlichen Ressourcen formuliert werden müssen, die nicht unter- bzw. überschritten werden dürfen (Grunwald; Kopfmüller 2006: 39). Die Nachhaltige Ökonomie akzeptiert die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit als absolute Schranken (Majer 2002: 41) und fordert daher ökologische Leitplanken für die wirtschaftliche Entwicklung.

(2) *Pluralistischer Ansatz, Abgrenzung bei Aufnahme einzelner Aspekte der neoklassischen Umweltökonomie*: Die Nachhaltige Ökonomie fühlt sich einem Methodenpluralismus verpflichtet. Zwar fordert sie eine grundlegende Reform des Lehrgebäudes, erkennt aber dennoch bestimmte Erkenntnisse der traditionellen Umweltökonomie an (z. B. die sozial-ökonomischen Erklärungsansätze der Übernutzung der natürlichen Ressourcen und die daraus abgeleitete Diskussion um die Notwendigkeit politisch-rechtlicher Instrumente).

(3) *Weiterentwicklung der traditionellen Ökonomie und Ökologischen Ökonomie zur Nachhaltigen Ökonomie*: Die Nachhaltige Ökonomie grenzt sich von einer Reihe von Aussagen der neoklassischen Ökonomie ab (Binswanger 2009). Das beginnt bei ihren Grundannahmen (insbes. Menschenbild, Selbststeuerung über die Märkte, grenzenlose Naturverfügbarkeit) und setzt sich bei ihren Aussagen zur

nationalen Wirtschaftspolitik bis zu den Bedingungen für eine global gerechte Weltgesellschaft fort. Im Bereich der Umweltökonomie und Umweltpolitik sollen vor allem die absolut gesetzte Konsumentensouveränität, die Diskontierung künftiger Kosten und Erträge von Umweltschutzmaßnahmen, die beliebige Substituierbarkeit aller, auch sämtlicher natürlicher Ressourcen, die Position der schwachen Nachhaltigkeit u.v.a.m. reformiert werden.

(4) *Kontroversen einer Nachhaltigen Ökonomie, selektives Wachstum:* Die Nachhaltige Ökonomie ist keine statische Theorie, sondern sieht die Notwendigkeit weiterer Diskussionsprozesse und die Ausweitung des Erkenntnisinteresses entsprechend der globalen Entwicklung. Hierbei existiert eine Reihe von Kontroversen, die noch geklärt werden müssen. Eine zentrale Kontroverse beinhaltet die Frage, wie das traditionelle Wachstumsparadigma durch ein *Nachhaltigkeitsparadigma* ersetzt werden kann. Die Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie sind sich darüber einig, dass ein exponentielles Wachstum mit einer zunehmenden Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen über Jahrtausende nicht möglich ist (Bartmann 2001: 62). Damit wird langfristig die Ersetzung des heutigen Wachstumsparadigmas durch ein Nachhaltigkeitsparadigma zur notwendigen Voraussetzung einer dauerhaften Entwicklung (Binswanger, Hauchler, Rogall 2011: 17). Im Mittelpunkt des Nachhaltigkeitsparadigmas steht die *Formel für nachhaltiges Wirtschaften* nach der die Ressourcenproduktivität dauerhaft immer höher steigen muss als das Bruttoinlandsprodukt, so dass der absolute Ressourcenverbrauch Jahr für Jahr sinkt. Damit diese Nachhaltigkeitsformel eingehalten wird, soll ein automatisch gesteuertes Ressourcenabgabensystem eingeführt werden, nachdem die Abgaben auf Ressourcen immer dann steigen, wenn die Formel nicht eingehalten wird. Von einigen Vertretern der Nachhaltigen Ökonomie wird eine derartige Entwicklung auch selektives Wachstum oder *wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit* genannt.

Nachhaltigkeitsformel oder Nachhaltigkeitsparadigma

Δ Ressourcenproduktivität > Δ BIP

(5) *Eine Nachhaltige Entwicklung und Ökonomie beruht auf ethischen Prinzipien und einem neuen Menschenbild:* Leitlinien aller Entscheidungen und Strategien der Nachhaltigen Ökonomie sind die folgenden ethischen Prinzipien (1) intra- und intergenerative Gerechtigkeit, (2) Verantwortung und Solidarität statt reinem Eigennutz, (3) Vorsorge (mit eigenen Schutzrechten für die Natur) statt Nachsorge, (4) Dauerhaftigkeit statt Kurzfristigkeit, (5) Angemessenheits- statt Maximierungsprinzip, sowie (6) den Prinzipien einer gestaltenden nachhaltigen Demokratie statt einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Damit einher geht die Forderung, auf das in der traditionellen Ökonomie verwendete, aber durch zahlreiche Untersuchungen der Spieltheorie und der Gehirnforschung als unrealistisch erkannte

Menschenbild des Homo Oeconomicus zu verzichten und stattdessen ein realistisches Menschenbild zu verwenden (Beckenbach 2009; Ekardt 2009), das dem kooperativen Potenzial und der Heterogenität des Menschen stärker Rechnung trägt (wir schlagen den *Homo Cooperativus* vor, der heterogen veranlagt ist, eigennützig, sogar manchmal grausam, aber auch fähig zur Liebe, Kooperation und idealistischem Verhalten (Rogall 2009: 197).

(6) *Inter- und transdisziplinärer Ansatz*: Die Nachhaltige Ökonomie geht über die rein ökonomische Betrachtungsweise hinaus und analysiert ökonomische Prozesse im Rahmen eines sozial-ökologischen Zusammenhangs unter Berücksichtigung der Wechselbeziehung zwischen Menschen und der übrigen Natur. Hierbei spielen die Nutzung der Erkenntnisse sowie eine enge Kooperation mit den anderen Sozial- und Geisteswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften eine besonders wichtige Rolle. Das schließt auch die Analyse der Interessen der gesellschaftlichen Akteure und ihre Mittel zur Interessendurchsetzung mit ein (Rogall 2012, Kap. 6).

(7) *Notwendigkeit der Änderung der Rahmenbedingungen mittels politisch-rechtlicher Instrumente*: Die Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie akzeptieren das Ergebnis der neoklassischen Analyse, dass die sozial-ökonomischen Faktoren (Externalisierung der Umweltkosten, Behandlung der natürlichen Ressourcen als öffentliche Güter) quasi zwangsläufig zu einer Übernutzung der natürlichen Ressourcen führen. Weiterhin herrscht der Konsens, dass Marktsysteme die ökologischen Probleme nicht lösen können (Herr 2009). Mit Hilfe politisch-rechtlicher Instrumente (Leitplanken) sollen die Rahmenbedingungen daher so verändert werden, dass ein nachhaltiges Verhalten für Konsumenten und Produzenten vorteilhafter wird, als sich so zu verhalten wie bisher (Hauchler 2009).

(8) *Notwendigkeit der Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs, neue Messsysteme*: Eine Sinnentleerung des Nachhaltigkeitsbegriffs soll durch die Formulierung von Prinzipien, Managementregeln und neuen Messsystemen für den Nachhaltigkeitsgrad und die Lebensqualität verhindert werden. Anders als die traditionelle Ökonomie, die Lebensqualität und Wohlstand (gemessen am BIP pro Kopf) gleichsetzt, benötigt eine Nachhaltige Ökonomie neue Messsysteme in Form von Ziel- und Indikatorensystemen (Diefenbacher 2009).

(9) *Globale Verantwortung*: Als zentrale Bedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung werden u.a. anerkannt: Einführung eines globalen Ordnungsrahmens (Regulation der Finanzmärkte, Abgaben auf globale Umweltgüter und sozial-ökologische Mindeststandards, u.v.a.m.; Diefenbacher 2001, Kreibich 2009). Senkung des Pro-Kopf-Ressourcenverbrauchs der Industrieländer um 80-95% bis 2050, und die Verminderung der Bevölkerungszunahme der Entwicklungsländer. Hierbei wird akzeptiert, dass die Industrieländer aufgrund der historischen

Entwicklung und der größeren Leistungsfähigkeit eine besondere Verantwortung für die Verwirklichung der intragenerativen Gerechtigkeit, globalen Nachhaltigkeit und fairen Handelsbeziehungen tragen (Kopfmüller 2003: 37).

(10) *Nachhaltige (sozial-ökologische) Marktwirtschaft*: Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie lehnen eine kapitalistische Marktwirtschaft ebenso ab wie zentrale Verwaltungswirtschaften, weil sie davon überzeugt sind, dass nur marktwirtschaftliche Systeme mit einem nachhaltigen Ordnungsrahmen zukunftsfähig sind. Danach muss die Politik aktiv eingreifen, um eine Nachhaltige Entwicklung sicherzustellen und die Folgen von Marktversagen zu vermindern (Costanza u.a. 2001: 96). Hierzu wird das bekannte Zieldreieck des Deutschen Stabilitätsgesetzes um eine Reihe weiterer Ziele ergänzt und ein nachhaltiger Umbau der Industriegesellschaft gefordert (3. Transformation der Menschheitsgeschichte).

Um die Transformation der Industriegesellschaft in eine nachhaltige Wirtschaft zu beschleunigen, werden **zentrale Handlungsfelder** ausgewählt, in denen dieser Transformationsprozess mit Hilfe der drei zentralen Strategiepfade Effizienz, Konsistenz und Suffizienz exemplarisch vorangetrieben wird (Rogall 2012, Kap. 11-15). So nimmt die Nachhaltige Ökonomie die großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts an und fordert eine dritte Transformation der Menschheitsgeschichte (nach der neolithischen Revolution und der industriellen Revolution).

Fazit

Wir halten fest, dass die grundlegende Überarbeitung der traditionellen (neoklassischen) Ökonomie dringend notwendig ist. Sie hält an einer Reihe von Aussagen fest, die dafür sorgen, dass die Probleme des 21. Jahrhunderts nicht adäquat gelöst werden können. Wir müssen uns von dem traditionellen Wachstumsparadigma verabschieden, dass in unserer endlichen Welt mit knappen Ressourcen eine unendliche Steigerung der materiellen Produktion fordert. Stattdessen muss die Ökonomie sich der Frage zuwenden, wie ein nachhaltiges Wirtschaftssystem gestaltet werden kann, das nicht mehr auf der Gewinnmaximierung, sondern auf den Prinzipien der Gerechtigkeit, Verantwortung, Vorsorge, Angemessenheit und Dauerhaftigkeit beruht.

Literatur/Quellen:

Bartmann, H. (2001): Substituierbarkeit von Naturkapital, in: Held, M.; Nuttinger, H.: Nachhaltiges Naturkapital, Frankfurt a.M.

Beckenbach, F. Vortrag auf dem 1. Internationalen Workshop „Grundlagen der Nachhaltigen Ökonomie“ in der HWR, Berlin.

Binswanger, H. Ch. (2009): Vortrag auf dem 1. Internationalen Workshop „Grundlagen der Nachhaltigen Ökonomie“ in der HWR, Berlin.

Binswanger, H. Ch.; Hauchler, I.; Rogall, H. (2011): Ende des Wachstumsparadigmas, in: Rogall u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2011/12, Marburg.

Bodenstein, G.; Elbers, H.; Spiller, A.; Zuhlsdorf, A. (1998): Umweltschützer als Zielgruppe des ökologischen Innovationsmarketings – Ergebnisse einer Befragung von BUND-Mitgliedern, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der UNI Duisburg Nr. 246, Duisburg.

Costanza, R.; Cumberland, J.; Daly, H.; Goodland, R.; Norgaard, R. (2001): Einführung in die Ökologische Ökonomie, Stuttgart. Titel der Originalausgabe (1998): An Introduction to Ecological Economics, Boca Raton FL/USA.

Diefenbacher, H. (2001): Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Darmstadt.

Diefenbacher, H. (2009): Vortrag auf dem 1. internationalen Workshop des Netzwerks Nachhaltige Ökonomie am 8.10.2009 in der HWR Berlin.

Dürmeier, Th.; Egan-Krieger v. T.; Peukert, H. (Hrsg.): Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft - Postautistische Ökonomie für eine pluralistische Wirtschaftslehre, Marburg 2006.

Ehrlich, P. (1989): The Limits to Substitution, in: Ecological Economics Vol. 1; gesehen in: Holstein, L. (2003): Nachhaltigkeit und neoklassische Ökonomie, Marburg.

Ekardt, F. (2009): Vortrag auf dem 1. internationalen Workshop des Netzwerks Nachhaltige Ökonomie am 8.10.2009 in der HWR Berlin.

Grunwald, A.; Kopfmüller, J. (2006): Nachhaltigkeit, Frankfurt.

Hauchler, I. (2009): Vortrag auf dem 1. Internationalen Workshop des Netzwerks Nachhaltige Ökonomie in Berlin.

Herr, H. J. (2009): Vortrag auf dem 1. Internationalen Workshop „Grundlagen der Nachhaltigen Ökonomie“ in der HWR, Berlin.

Holstein, L. (2003): Nachhaltigkeit und neoklassische Ökonomik – Der homo oeconomicus und die Begründung intergenerationaler Gerechtigkeit.

Isenmann, R.; Hauff, M. v. (2007): Industrial Ecology: Mit Ökologie zukunftsorientiert Wirtschaften, München.

Kopfmüller, J. (2003, Hrsg.): Den globalen Wandel gestalten – Forschung und Politik für einen nachhaltigen globalen Wandel, Berlin.

Kopfmüller, J. u.a. (2001, Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet, Berlin.

Kopfmüller, J. (2006, Hrsg.): Ein Konzept auf dem Prüfstand – das integrative Nachhaltigkeitskonzept in der Forschungspraxis, Berlin.

Kreibich, R. (2009): Vortrag auf dem 1. Internationalen Workshop des Netzwerks Nachhaltige Ökonomie in Berlin am 08./09.10.2009.

Kulke, U. (1993): Sind wir im Umweltschutz nur Maulhelden?, in: Natur 3/1993.

Majer, H. (2002): Eingebettete Technik – Die Perspektive der ökologischen Ökonomie, in: Grunwald, A. (2002, Hrsg.): Technikgestaltung für eine nachhaltige Entwicklung, Berlin.

Ott, K.; Döring, R. (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit, Marburg.

Rogall, H. (2009): Nachhaltige Ökonomie, Marburg.

Rogall, H. (2011): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre für Studierende des 21. Jahrhunderts, Marburg.

Rogall, H. (2012): Nachhaltige Ökonomie, 2. erweiterte Auflage, Marburg.

Autor: Prof. Dr. Holger Rogall, Professor für Nachhaltige Ökonomie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin

Gutes Leben ohne Wachstum?

von Dr. Barbara Muraca, Universität Jena

In den westlichen Industrieländern sehen wir uns mit der Entwicklung konfrontiert, dass die Wirtschaft entweder nicht mehr längerfristig wächst, oder wenn überhaupt nur mit niedrigen Wachstumsraten auch für die Zukunft zu rechnen ist. Da das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bisher als eine der wesentlichen Indikatoren für die ‚Gesundheit‘ einer Volkswirtschaft und ferner als fundamentale Grundbedingung für Wohlstandssicherung, politische Stabilität, Armutsbekämpfung, hohe Beschäftigungszahlen und sogar für Investitionen in grüne Technologien galt, hat diese Entwicklung zu großer Besorgnis und politischer Hilflosigkeit geführt. Wachstum bleibt trotz Austeritätspolitik und Schuldenbremsen das Ziel politischer Maßnahmen gegen die vielfache Krise. PolitikerInnen reagieren in verschiedenen EU-Ländern einerseits mit verzweifelten Wachstumsbeschleunigungsgesetzen, andererseits tasten sie sich mühsam an alternative Pfade heran, die politische Handlungsfähigkeit jenseits von Katastrophismus ermöglichen. Neben Studien über alternative bzw. ergänzende Wohlfahrtsmessungen orientiert sich die Politik der OECD-Länder verstärkt an einem so genannten ‚grünen Wachstum‘.

Wachstum gilt als ein, wenn nicht der fundamentale Faktor für die dynamische Stabilisierung moderner (kapitalistischer) Gesellschaften und daher auch als die Grundlage für den sozialen Frieden und die gesellschaftliche Reproduktion. Wir stehen allerdings sowohl vor funktionalen Einschränkungen eines fortwährenden Wachstums wie wir es kennen (aufgrund der immanenten Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sowie der sie umfassenden ökologischen Grenzen) als auch vor einer Unvereinbarkeit von Wachstum mit wesentlichen ethischen Forderungen von Gerechtigkeit gegenüber heute lebenden und zukünftigen Generationen. Die ökologischen Grenzen betreffen nicht nur die Möglichkeit, Schlüsselressourcen wie Öl oder Phosphat auf eine noch wirtschaftlich und energetisch-stofflich effiziente Weise zu gewinnen, sondern auch die Absorptions- und Regenerationskapazitäten der so genannten Senken wie Atmosphäre, Boden, Wasser. Das mit grünem Wachstum verfolgte Ziel einer technologischen Effizienzsteigerung in der Ressourcennutzung sowie einer minimalen Berücksichtigung der wesentlichen Regenerationsfunktionen von Ökosystemen umfasst die qualitativen Unterschiede in der Zusammensetzung des so genannten Naturkapitals nicht (Bambus- und Palmenplantagen statt Urwälder). Die kulturelle und sinnstiftende Bedeutung der Mensch-Natur-Verhältnisse bleibt dabei völlig unbeachtet. Diese ist aber nicht nur ein Luxusbedürfnis gesättigter westlicher LOHAS (Kürzel für Lifestyles of Health and Sustainability), sondern sie wird u.a. als ein fundamentales Grundrecht vieler Gemeinschaften im globalen Süden erkämpft (so geht der Kampf um die ‚Pachamama‘ als eine Grundbedingung des ‚Buen Vivir‘ in

vielen Ländern Lateinamerikas über eine rein funktionalistische Bewahrung der natürlichen Reproduktionsgrundlagen eines nach dem westlichen Modells verfolgten Wirtschaftens hinaus).

Wachstum kritisch begleiten

In Südeuropa hat sich eine aktive wachstumskritische Bewegung etabliert, die inzwischen auch auf Deutschland überschwappt, wie man an einer zunehmenden Zahl von aktiven Gruppen sehen kann. Sie sind an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Forschung, gesellschaftspolitischem Aktivismus und alternativen gemeinschaftlichen Lebensentwürfen angesiedelt. Südeuropäische WachstumskritikerInnen weisen die Gleichung zwischen Wachstum und sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Stabilität und gutem Leben zurück und zeigen, dass vielmehr das Wachstumsdiktat nicht nur die Wurzel sozialer Ungerechtigkeit ist, sondern auch - über eine bestimmte Schwelle hinaus - die Grundlagen für ein gutes menschliche Leben unterminiert. Sie erkennen daher in der Krise einer an Wachstum orientierten Wirtschaft und Gesellschaftsstruktur eine Chance für mehr soziale Gerechtigkeit und für alternative Pfade zur Verwirklichung eines guten menschlichen Lebens. In diesem Sinne lautet auch Latouches Motto: ökonomische Schrumpfung steht uns bevor: entweder gestalten wir den Wandel im Sinne von Gerechtigkeit und Demokratie, oder wir werden mit den unerwünschten Folgen einer Rezession konfrontiert, wie der Fall Griechenland zeigt.

Zahlreiche Studien zeigen, dass BIP-Zuwachs und gutes Leben ab einer bestimmten Schwelle auseinanderklaffen. Auch das subjektiv wahrgenommene Glück koppelt sich ab dieser Schwelle vom Einkommen ab. Dies hat nicht nur (ökonomistisch gesprochen) mit abnehmendem Grenznutzen oder Sättigungsphänomenen einer im Überfluss lebenden Gesellschaft zu tun. Aufgrund des konstanten positionalen Wettbewerbs führt Ungleichheit selbst unter der Bedingung einer nicht nur ideologisch formulierten sozialen Mobilität zu immer mehr Unzufriedenheit. Laut Binswanger sind wir alle in so genannten ‚Tretmühlen des Glücks‘ gefangen, die, indem sie Glück versprechen, stets Unzufriedenheit stiften, denn, je mehr wir haben, desto mehr wollen wir. Dies wird durch die so genannte „soziale Konstruktion des Neids“ noch verschärft, die auf lokaler wie auch globaler Ebene durch Werbung und Marketing auf die Erzeugung all jener fiktiven Wünsche abzielt, die das Wachstum ankurbeln. Viele WachstumskritikerInnen beziehen sich gerne auf diese Studien um zu zeigen, dass Wachstum eher hinderlich für das subjektive Gefühl der Zufriedenheit sei, und plädieren für einen subjektiven Glücksindikator als Ersatz für das BIP. Allerdings ist subjektiv wahrgenommenes Glück kein Synonym für gutes Leben, da Glücksvorstellungen sehr stark von den tatsächlichen gesellschaftlichen und kulturellen Machtverhältnissen beeinflusst werden, so dass die Zufriedenheit einzelner Menschen auch eine Funktion ihrer Erziehung, Sozialisation und zum Teil Anpassung an kulturellen und gesellschaftlichen Mustern ist.

Gutes Leben, Glück und Gleichheit

Nicht subjektives Glück, sondern vielmehr substantielle Freiheit soll daher das Ziel politischer Entscheidungen sein, wobei es nicht nur um die formalen Grundfreiheiten geht, sondern auch um die realen Möglichkeiten (einschließlich materieller, ökonomischer Bedingungen und tatsächlicher Chancengleichheit), ein gutes Leben zu führen. Mit ‚gutem Leben‘ ist hier nicht bloß eine individuelle Lebensstilentscheidung, sondern die Verwirklichung eines menschenwürdigen, sinnstiftenden, nicht entfremdeten Lebens in der Gemeinschaft gemeint. Soziale Ungleichheit und Wettbewerb haben einen starken Einfluss auf die Verwirklichung eines guten menschlichen Lebens nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv aufgrund von systemischen Bedingungen: Dynamische Ungleichheit durch Wachstum führt zu einer strukturellen Verschiebung des Standards für das gute Leben. Frust, mangelnde soziale Anerkennung und Schamgefühl können außerdem substantielle Freiheiten enorm einschränken. Das zeigt sich auch für die Länder des globalen Südens, in denen traditionelle Formen des Zugangs zu wesentlichen Faktoren für ein gutes Leben vor der Einführung westlicher Entwicklungs- und Wachstumsmuster nicht monetär vermittelt waren. Im Zuge zahlreicher Maßnahmen der Bekämpfung von Armut mag zwar das pro-Kopf-Einkommen gestiegen sein; dies führte aber in vielen Fällen langfristig zu einer Zerstörung von ursprünglichen Kompetenzen, Fähigkeiten, lokalem Wissen und sozialen Netzwerken, die eben jenen Zugang ermöglichten.

Für die Sicherstellung demokratischer Prozesse durch eine gleichberechtigte Teilhabe sind – wie Nancy Fraser zeigt – nicht nur eine gerechte Verteilung materieller Ressourcen und Chancen vonnöten, die die Unabhängigkeit und das „Stimmrecht“ der Beteiligten gewährleisten (objektive Bedingung), sondern auch so genannte intersubjektive Bedingungen: Praktiken, sedimentierte Bedeutungen, kulturelle Verständigungen, etablierte soziale Rollen, die allen Gesellschaftsmitgliedern gegenseitige Anerkennung und eine nicht nur formale Chancengleichheit gewähren. Solche intersubjektiven Bedingungen stehen nicht ein für allemal fest, sondern werden durch soziale Auseinandersetzungen neu bestimmt und verändert. Gerade die wachstumskritischen Bewegungen in Südeuropa haben eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Modelle und Vorstellungen des guten Lebens angestoßen, die für eine relevante Verschiebung der Anerkennungsmuster weg von Erwerbsarbeitsorientierung, Leistung und Beschleunigung und hin zu einem sehr starken Fokus auf Reziprozität (Gegenseitigkeit) und Konvivialität (Geselligkeit) plädiert. Dabei geht es vor allem um die Befreiung von den Zwängen einer an Wachstum orientierten Steigerungslogik, die – wie Latouche schreibt – unsere Denkweise wie eine Droge regelrecht kolonisiert hat. Zahlreiche Beispiele von Projekten und Initiativen lassen sich in verschiedenen Ländern beobachten und reichen von den italienischen Solidarischen Einkaufsgruppen (GAS) zu den ursprünglich britischen Transition Towns, zu der griechischen Neuentdeckung auf

veränderte Weise einer Art ‚Back-to-the-Land‘-Bewegung als kreative Krisenbewältigung.

Offene Fragen

In den Visionen einer Postwachstumsgesellschaft sind aber noch sehr viele Fragen offen, die kritisch betrachtet werden müssen. Ich erwähne hier nur zwei Baustellen. Das oftmals. unkritische Vertrauen in traditionelle soziale Netzwerke führt zu einer einseitigen Idealisierung von präindustriellen bzw. wachstums- und marktunabhängigen Formen der Gütererzeugung im Sinne von regionalen Subsistenzwirtschaftskreisläufen und Ernährungssouveränität. Diese Modelle bergen jedoch oft maskierte Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse. Wie aus vielen Studien hervorgeht, sind vor allem Frauen (und Kinder) die ersten Opfer solcher Verhältnisse: in Ländern des globalen Südens spielen ökonomische Selbständigkeit und Bildung eine wichtige Rolle im Sinne eines emanzipatorischen Potentials für Geschlechtergerechtigkeit.

Eine weitere Herausforderung auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft ist die Rolle und Bedeutung von Arbeit bzw. Erwerbsarbeit. In einer Postwachstumsgesellschaft wäre die interdependente Relation zwischen steigender Arbeitsproduktivität und Wachstum gebrochen, so dass neben einer radikalen Arbeitszeitverkürzung auch die Verteilung weiterer für die Gesellschaft wesentlicher Tätigkeiten nicht mehr zwangsläufig über die Erwerbsarbeit vermittelt werden würde. Erwerbsarbeit spielt in unseren modernen Gesellschaften aber nicht nur als Haupteinkommensquelle, sondern auch in ihrer Integrations- und anerkenntnistiftenden Funktion eine wesentliche Rolle. Wie der französische Soziologe Robert Castel zeigt, war die Lohnarbeit im fordistischen Staat eine unentbehrliche Integrationskraft und die Grundlage für die Herausbildung des Sozialstaates. Gegenwärtig ist diese zentrale Funktion allerdings durch eine allumfassende Prekarisierungswelle in eine tiefe Krise geraten.

Zum Beispiel: Arbeit und Wachstum

Aus einer wachstumskritischen Perspektive kann man provokativ fragen, ob der Gewaltakt in der Erwerbslosigkeit an sich besteht, oder nicht vielmehr darin, dass Erwerbsarbeit bisher der Zugang schlechthin zu sozialer Anerkennung, wirtschaftlicher Unabhängigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe war. WachstumskritikerInnen plädieren hier für eine Steigerung der Lebensqualität, die eine andere Perspektive auf die Erwerbsarbeit mit sich bringen würde, und für einen Ausbau von Solidaritätsnetzwerken und Selbstversorgungsökonomien. Man greift erneut auf einen erweiterten Arbeitsbegriff zurück, der gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten einschließt. Eine Postwachstumsgesellschaft steht vor der Herausforderung, diese bisher durch die Lohnarbeit vermittelten unentbehrlichen

Bedingungen eines guten Lebens bzw. einmalige gesellschaftliche Integrationskraft anders gewährleisten zu können. Eine institutionell garantierte finanzielle Absicherung (wie das Grundeinkommen) kann hier nur ein zweifelhafter Teilaspekt einer radikalen Umgestaltung von systemischen Bedingungen sein, die sich auch auf Praktiken und etablierte Wertmuster gesellschaftlicher Anerkennung erstrecken muss.

Autorin: Dr. Barbara Muraca, Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der DFG-KollegforscherInnengruppe "Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung, Dynamik und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften" an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Forschung und Innovation für den Erhalt von Biodiversität und gegen den Hunger

von Olaf Tschimpke

Wie können wir in Zukunft 9,5 Mrd. Menschen ernähren, Hunger und Armut verringern, die ländlichen Räume lebenswert halten, Biodiversität und Gesundheit stabilisieren – und all dies sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig?

Die wesentlichen Einflussfaktoren sind heterogen und komplex, ich werde sie im Folgenden schlagwortartig beleuchten: Wie groß ist die verfügbare Anbaufläche für Nutzpflanzen? Können wir degradierte Flächen, die heute nicht in der Produktion sind, wieder urbar machen? Wie schaffen wir es, neben den Nahrungspflanzen noch Biomasse für Energie und nachwachsende Rohstoffe anzubauen? Wie erhalten wir die völlig unberührte Natur, die Hotspots der Biodiversität, aus denen nichts entnommen und nichts von Menschenhand verändert werden sollte? Dieser Gedanke scheint sich ganz den modernen Anforderungen nach Effizienz und Gewinn zu verweigern. Und doch muss es auch diese Oasen der ungestörten Entwicklung geben, um dem rasanten Verlust der Biodiversität zu begegnen. Wie schwierig es ist, die widerstrebenden Interessen dahinter in Einklang zu bringen, zeigen alle Verhandlungen zur Biodiversität in den letzten Jahrzehnten. Unsere Ernährungsmuster verändern sich weltweit. Der Fleischkonsum zeugt von Wohlstand und wächst mit dem Einkommen. Die Nutztiere mit Soja, Mais und Getreide zu füttern, erhöht den Landverbrauch, da je nach Nutztier drei bis sieben pflanzliche Nahrungskalorien verbrannt werden, um eine tierische Nahrungskalorie zu erzeugen.

Welchen Beitrag kann und soll die Pflanzenzüchtung in Zukunft leisten, um mehr Ertrag sicher zu produzieren? Auf welche Pflanzen soll sie setzen und sind wir da in Deutschland und anderswo auf dem richtigen Weg? Welchen Beitrag können gentechnologische Verfahren leisten, die seit zwanzig Jahren als Hoffnungsträger von Wissenschaft, Politik und Industrie hochgejubelt werden?

Viele weitere Faktoren spielen dabei noch eine Rolle, wie die Entwicklung der passenden Agrartechnik; die Stärkung der rechtlichen und sozioökonomischen Situation von Frauen; ein faires und transparentes Bodenrecht; die Bekämpfung der Korruption; die „Governance“ der Länder, (also wie gut ihre Institutionen ausgebildet sind, wie gut sie regiert werden); wie der Zugang zu Wasser gewährleistet ist und welche Zukunftsvorsorge für die Versorgung mit Wasser getroffen wird und so weiter. Um diesen mannigfaltigen Herausforderungen zu begegnen, brauchen wir Forschung und Innovationen, die nicht nur mehr technologische Entwicklung bringen sondern vor allem kulturelle und soziale Innovationen ermöglichen.

Wo stehen wir?

Ernährungssicherung beruht auf intakten, ländlichen Ökosystemen, die hochwertige Nahrungsmittel produzieren, ohne die Gemeingüter wie Wasser, Kohlenstoffsenken, Klimastabilität, Biodiversität und die Ökosystemdienstleistungen zu verringern. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich seit 1960 verdreifacht. Der Preis dafür ist ein fünffach so hoher Energieaufwand und siebenfach so hoher Nitratsatz. Insbesondere die Nitratdüngung führt dazu, dass die Landwirtschaft zum Nettokonsumenten von Energie wird. Landnutzungsänderungen sind wesentliche Treiber des Klimawandels, das resultiert absurderweise aus dem Anbau von Bioenergiepflanzen. Entscheidend trägt aber auch der Anbau für Tierfutter bei, 40 Prozent der globalen Getreideproduktion wird als Tierfutter benutzt. In Deutschland werden durch den Import von Sojamehl 17 Mio. Tonnen CO₂ freigesetzt, das summiert sich zu 25 Prozent der Gesamtemission der Landwirtschaft hierzulande. Obwohl wir demographisch schrumpfen, importieren wir immer mehr Landfläche aus Nicht-EU Ländern. Kurzum, die heutige Praxis ist nicht nachhaltig und trägt immer weiter zur Zerstörung bei.

Deutschland muss sich entscheiden. Der dritte Foresight Bericht des „Standing Committee on Agricultural Research“ (SCAR) stellt zwei Narrative gegenüber: Die Effizienz-Erzählung, die dem Motto folgt: Mehr mit Weniger (More with Less). Diese nimmt den steigenden Bedarf als Gegeben an, alle Menschen werden in Zukunft auf unser Niveau Fleisch konsumieren, Auto fahren und Materialien benutzen. Daraus folgt eine angebotsorientierte Strategie, das Konzept der Knowledge Based Bioeconomy (Bioökonomiestrategie), die mit dem Einsatz von viel öffentlichen und privaten Forschungsgeldern in Technologieentwicklung investiert. Eine moderne supereffiziente Technik wird mit weniger Rohstoffeinsatz höhere Erträge bringen, so

das Versprechen. Die andere Erzählung, die Suffizienz-Erzählung besagt: Weniger ist mehr (Less is More) sieht das Problem und die Lösung auf der Nachfrageseite, mit Überkonsumption, ungerechter Verteilung, zu viel Müll, Biodiversitätsverlust und der Zerstörung der Ökosysteme. Folgt man diesem Narrativ liegt die Lösung in Low Input und ökologischen Agrarsystemen, der Müllvermeidung und der Intensivierung der Ressourcennutzung in Kreisläufen, der Internalisierung externalisierter sozialer und ökologischer Kosten und Verhaltensänderungen der Konsumenten.

Wohin steuert die Bundesregierung?

Die Forschungs- und Investitionsstrategien der Bundesregierung setzen auf Effizienzsteigerung und massive Investitionen in Technologien (Hightech-Strategie). Die Strategien stehen damit im Einklang mit dem nächsten Europäischen Forschungsvorhaben „Horizon 2020“ mit einem Volumen von 80 Billionen Euro, das vor allem auf Wettbewerbsfähigkeit und technische Innovationen ausgerichtet ist. Die nationale Forschungsstrategie „Bioökonomie 2030“ mit 2,4 Mrd. Euro verspricht Wachstum und Wohlstand, setzt auf lineare Steigerungen der Nachfrage und des Angebots. Zugespitzt formuliert soll zukünftig nur die Rohstoffbasis von fossilen Brennstoffen auf nachwachsende Rohstoffe umgestellt werden. Das Versprechen dahinter lautet, dass sich weder für die Industrie noch für den einzelnen Konsumenten etwas ändert, dass niemand verzichten muss. Schaut man auf die beratende, programminspirierende Institution, den Bioökonomierat, verwundert das technologiezentrierte Programm „Bioökonomie 2030“ nicht weiter. Die Experten kommen aus Wirtschaft und Naturwissenschaften, dementsprechend sucht man Geisteswissenschaftler oder Personen aus dem Natur- und Umweltschutz vergebens.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat zwischen 1995 und 2014 rund 180 Mio. Euro für Pflanzenzüchtung (und nochmal fast 100 Mio. Euro seit 1987 für die Biosicherheitsforschung) ausgegeben, die durch die 50-prozentige Beteiligung der Industrie an vielen Forschungsvorhaben insgesamt um einiges höher liegt. Die Pflanzenzüchtung ist völlig auf die Biotechnologie fixiert, denn gentechnisch veränderte Pflanzen passen hervorragend in eine technologiefixierte Effizienzstrategie. Sie verspricht große Potenziale und eine „neue“ grüne Revolution. Dabei sind die Entwicklungs-, Regulierungs- und Koexistenzkosten der Technologie sehr hoch, die öffentliche Meinung negativ, die Risiken für die Biodiversität nicht kalkulierbar. Die marktbeherrschende Stellung weniger multinationaler Unternehmen und die Konzentration auf wenige Pflanzen (Soja, Mais, Raps, Baumwolle) machen den Nutzen für die Welternährung äußerst fraglich. Die Forschung zum Ökolandbau fällt interessanterweise nicht in das Ressort des BMBF sondern unter die „landwirtschaftliche Praxis“ im BMELV. Dahinter verbirgt sich jedoch eine Verengung des Wissensbegriffs selbst. „Knowledge“ in der Knowledge based Bioeconomy ist nur Wissen, das sich in einem Produkt niederschlägt, das verkauft und patentiert werden kann. Prozesswissen, wie es der Ökolandbau erfordert, fällt

aus dieser Struktur heraus. Mittlerweile mehrt sich selbst im BMBF das Unbehagen an dieser „Erzählung“. Aber das Umsteuern fällt nicht nur in der Agrarforschung schwer. Ich zitiere an dieser Stelle aus dem Bericht der Bundeswehr: „Peak Oil - Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen“: *„Anschaulich ist, an was man sich gewöhnt hat. Das Durchdenken der Konsequenzen des Peak Oil wird nicht von den alltäglichen Erfahrungen und nur partiell von historischen Parallelen geleitet. Entsprechend schwierig ist es sich vorzustellen, welche Bedeutung ein sukzessiver Entzug einer der wichtigsten Energiequellen unserer Zivilisation haben kann. Psychologische Barrieren sorgen für das Ausblenden an sich unbestreitbarer Fakten und führen zu fast instinktiver Ablehnung einer eingehenden Auseinandersetzung mit dieser schwierigen Thematik.“*^[1]

Nachhaltige Forschungswende, um Welternährung und Biodiversität zu sichern

Um in Zukunft die Welternährung nachhaltig sichern zu können, ist ein radikales Umdenken notwendig. Der ökologische Fußabdruck unserer Landwirtschaft muss drastisch reduziert, die Importe von Futtermittel und nachwachsenden Rohstoffen begrenzt werden. Dazu brauchen wir eine intelligente Biomassennutzungsstrategie mit Kaskaden- und Reststoffnutzung, die degradiertes Land wieder in die Produktion zurückholt. Wir müssen eine Landwirtschaft neu denken, die nicht weiter ihre ökologischen und sozialen Kosten externalisiert. Die Forschung sollte stärker in resiliente, regionale und sozial integrierte Landnutzungskonzepte gehen. Dazu müssen die Low-Input-Systeme produktiver werden und bislang vernachlässigte Nutzpflanzen stärker züchterisch bearbeitet werden. Hightech-Strategien nutzen dazu wenig, denn sie unterliegen den nationalen Wettbewerbslogiken, die auf Externalisierung gründen und das Gefälle zwischen den Regionen verschärfen. Kleinbauern müssen lernen, mit knappen Flächen produktiv und umweltfreundlich zu wirtschaften. Dazu brauchen sie vor allem Bildung und Beratung, Infrastruktur um Nachernteverluste zu minimieren und faire Märkte ohne marktverzerrende Subventionen. Somit kommen wir auf einen Innovationspfad, der die technologische Verengung hinter sich lässt. Soziale und institutionelle Innovationen besitzen gegenüber technischen Innovationen einen großen Vorteil: sie sind weniger kapitalintensiv als technologische Innovationen, weniger von großen Unternehmen abhängig und ermöglichen eine breite Teilhabe.

Das Wissenschaftssystem im 21. Jahrhundert muss mehr Partizipation zulassen und transparenter werden. Die Zivilgesellschaft sollte in die Definition, Durchführung und Evaluation von Forschungsprojekten mit eingebunden werden. Dafür müssen entsprechende Strukturen regional, auf Landes- und Bundesebene geschaffen und Plattformen aufgebaut werden. Ein Forschungsrat der Zivilgesellschaft sollte auf Augenhöhe über Forschungsprogramme und Mittelvergabe mitentscheiden können. Die Einbindung der Zivilgesellschaft öffnet den vorherrschenden verengten,

technologiefixierten Blick und sorgt dafür, dass andere Wissensformen wie informelles, traditionelles, lokales Wissen mit aufgenommen werden, dass gemeinschaftliche Werte wie die Biodiversität eine Stimme bekommen. Dies ist gerade für die Konzeption der weltweiten Agrarforschungsansätze wichtig. Zivilgesellschaftliche Organisationen wirken jedoch auch in die Gesellschaft als „Change Agents“ und können die notwendigen Verhaltensänderungen in die Breite vermitteln. Denn um den Klimawandel zu begrenzen, die Biodiversität zu erhalten und die Welternährung zu sichern, müssen wir alle beitragen. Die reichen Länder, in dem sie den Wohlstand nicht länger vom Wachstum abhängig machen und die armen Länder, indem sie ein differenziertes und intelligentes Wachstumsmodell entwickeln.

Autor: Olaf Tschimpke, geboren 1955, Präsident des Deutschen Naturschutzbundes NABU

Die Weltbank nach Zoellick

von Dr. Erich Vogt

Gute Nachrichten streut die Weltbank mit atemberaubender Schnelligkeit und griffigen Formeln direkt in die Zentralen der großen Zeitungen und Rundfunkanstalten dieser Welt. Da wird geklotzt und nicht gekleckert. Nachfragen werden umgehend mit weiteren Daten und Analysen beantwortet und Interviewpartner über das eigene Satelliten- und Breitbandsystem jederzeit angeboten. Es gilt, die Welt umfassend über die wichtige und erfolgreiche Arbeit der Welt größten Entwicklungsbank zeitnah und umfassend zu informieren.

So geschehen Anfang März diesen Jahres. Die extreme Armut auf der Welt, so der scheidende Weltbankpräsident Robert Zoellick, sei auf dem Rückzug. In einer von der Weltbank durchgeführten Befragung von 1,23 Millionen Haushalten in 130 Entwicklungsländern für die Jahre 2005 bis 2008 wurde ermittelt, dass trotz einer nach wie vor stark wachsenden Weltbevölkerung die absolute Zahl der extrem Armen von 1,94 Milliarden Menschen auf 1,29 Milliarden zurückgegangen ist. Ob die von Zoellick verkündete Kehrtwende in der Bekämpfung der Armut die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise unbeschadet überstehen wird, ist gleichwohl noch nicht ausgemacht. Die Armutszahlen für die Jahre 2009 bis 2011 liegen noch nicht vor.

Armutsrückgang dank der BRICS-Staaten

Zoellick will Anfang Juli einen Abschied nach Maß, und so redet er sich die Zahlen schön. Zwar gibt er zu, dass man noch ein gutes Stück entfernt sei vom Weltbank-Motto *‘Our dream is a world without poverty’*, doch erstmals wurde in allen sechs Entwicklungsregionen (Ostasien/Pazifik, Südasien, Lateinamerika/Karibik, Naher Osten/Nordafrika, Osteuropa/Zentralasien, Subsahara Afrika) eine generelle Reduzierung der extremen Armut konstatiert. Selbst in Afrika südlich der Sahara sind zum ersten Mal weniger als die Hälfte der Bevölkerung extrem arm.

Dass ohne die fulminanten Entwicklungssprünge der beiden Schwellenländer China und Indien die Armutsreduktion nicht so spektakulär vorangekommen wäre, zeigt ein nüchterner Blick in das weltbank-eigene Zahlenwerk. Die Zahl der im “Reich der Mitte“ lebenden extrem Armen konnte von 1981 bis 2008 von 835 Millionen auf 173 Millionen vermindert werden; also um nicht weniger als 662 Millionen. Dagegen ist die Zahl der Armen, die zwischen \$ 1,25 und \$ 2 pro Tag verdienen, dramatisch gestiegen. Ihr Anteil hat sich fast verdoppelt, von 648 Millionen Menschen auf 1,18 Milliarden. Am stärksten war der Anstieg in Afrika südlich der Sahara. Dort stieg er von 287 Millionen Menschen auf 562 Millionen.

Zoellick gibt ab

Weit weniger öffentlichkeitswirksam wurde von der Weltbank die erstmals umkämpfte Neubesetzung des Präsidentenpostens nach dem angeblich freiwilligen Verzicht des derzeitigen Amtsinhabers vermittelt. Erstmals stand ein wahrer Wettbewerb um den Chefposten an. Deshalb wurde entschieden, lediglich die Namen der drei nominierten Kandidaten - des gebürtigen Koreaners und naturalisierten Amerikaners und Arztes Jim Yong Kim, der den ungeschriebenen Gesetzmäßigkeiten der Weltbank als Favorit ins Rennen ging; der nigerianischen Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala, der ehemaligen Nummer Zwei der Weltbank unter Robert Zoellick, die von den Afrikanern ins Rennen geschickt wurde; und des ehemaligen kolumbianischen Landwirtschafts- und Finanzministers und jetzigen Columbia-University-Wissenschaftlers Jose Antonio Ocampo, der von Südamerika unterstützt wurde – zu veröffentlichen. Die Berichterstattung und Kommentierung wurde der Presse überlassen. Und sie ließ sich nicht lange bitten.

Obamas Kandidat Kim wurde sofort und gnadenlos von der neoliberalen Wirtschafts- und Finanzzunft, also jenen, die seit Jahrzehnten in der Weltbank und ihrem unmittelbaren Wirkungsfeld das Sagen haben, als Fehlgriff abgetan. Die Weltbank, so ihr Petitum, brauche einen Banker; einen Präsidenten, der an den Finanz- und Kapitalmärkten für gute Stimmung in Sachen Armutsbekämpfung Sorge, der globale

Wirtschafts- und Entwicklungsideen- und strategien entwerfen und umsetzen könne. All das jedoch sei nicht die Welt des Arztes und Anthropologen Kim, der Entwicklungsarbeit primär als Feld- und Projektarbeit verstehe und sich besser auskenne in den Hütten und Gemeinden der Armen als in den Wandelgängen und Vorstandsetagen von Politik und Wirtschaft.

Besonders kritikwürdig fanden sie, dass der Obama-Kandidat in seinem Buch *Dying for Growth* die Bedeutung von Wachstum in der Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung in Frage stellte und die aus seiner Sicht ungenügende “pro poor”-Ausrichtung der Weltbank insgesamt bemängelte. Darüber hinaus wetterte er gegen multinationale Konzerne und die Globalisierung. Kim entgegnete seinen Kritikern, dass er - ganz Wissenschaftler - sich nicht von ideologischen Vorgaben leiten lasse, dass er evidenzbasierte Ansätze verfolge, und dass seine ersten Adressaten die Armen der Welt seien, und nicht deren Regierungen, die Anteilseigner der Weltbank. Erfolg, so Kim, bemesse er an nachhaltigen Erfolgen in der Armutsbekämpfung, nicht an der Abfolge immer neuer globaler Entwicklungsstrategien und dem Festklammern an entwicklungspolitischen *Mainstream*-Wahrheiten. Wie in der Medizin gebe es für ihn auch in der Entwicklungszusammenarbeit keine *Silver bullet*, die allein und ausschließlich zum Erfolg führe. Nach wie vor gelte, dass mehrere Wege zum Erfolg führen können.

Kritik am Verfahren

Gegenwind kam von drei Weltbankeminenzen. Ihre Kritik richtete sich nicht gegen die von den Bankern bemängelte fehlende wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz von Kim, sondern gegen die fehlende Transparenz des Auswahlverfahrens. In einem Beitrag für die *Financial Times* forderten die ehemaligen Weltbank-Chefökonominnen Joseph Stiglitz, Nicholas Stern und Francois Bourguignon, die mit der Globalisierung in Gang gekommenen Kräfteverschiebungen in der Weltwirtschaft müssten sich auch bei der Wahl des neu zu besetzenden Weltbank-Chefpostens widerspiegeln. Es könne nicht sein, so die Kritiker, dass in einer Welt, in der die Entwicklungsländer mehr als 50 Prozent zum globalen Wachstum beitragen und sechs von sieben Milliarden Menschen repräsentieren, diese aufgrund der von ihnen historisch gehaltenen, minimalen Weltbankanteile bei allen den wichtigen Weltbankentscheidungen lediglich das fünfte Rad am Wagen darstellten. Sie forderten, dass die Vereinigten Staaten und Europa ernst machen müssten mit ihrem Versprechen, den Weltbankchefposten in einer transparenten Wahl, die sich zu allererst an der Qualifikation der Bewerber und nicht an deren Staatsangehörigkeit orientiere, zu besetzen.

In diese Kerbe hieb auch *The Economist* und sprach sich für die Nigerianerin Okonjo-Iweala aus. Die Kandidatin selbst warb für eine transparentere und effizientere Bank, stellte die weltweite Arbeitslosigkeit besonders bei jungen Menschen in den Mittelpunkt ihrer Werbekampagne und plädierte für den weiteren Umbau der Weltbank in eine 'Wissensbank'. Insgesamt präsentierte sich die langjährige, ehemalige Weltbankmitarbeiterin als Kämpferin für die Armen, zu denen sie in ihrer Kindheit (als ihre Eltern in Deutschland studierten) selbst gehörte.

Für den kolumbianischen Ökonomen und ehemaligen Finanzminister Ocampo machten sich lediglich die Regionalmacht Brasilien und einige Schwellenländer des Subkontinents stark. Ihr Kandidat war für sie Garant einer umfassenden Reformpolitik. Ocampo sprach sich für eine Politik der sichtbaren Hand aus, die die Lehren aus dem Finanzcrash ziehen müsse. Erfolgreiche Entwicklung, so Ocampo, sei nur durch einen je nach Land unterschiedlichen Mix von Markt, Staat und Zivilgesellschaft möglich. Er erklärte das alte Wahlsystem für beendet und plädierte für die Einführung eines Systems der "doppelten Mehrheiten", so wie es bereits die regionalen Entwicklungsbanken praktizierten. Bei Wahlabstimmungen dürfe danach keine der beiden Wahlgruppen – Industrie- und Schwellenländer als Geldgeber einerseits und die armen Länder als Empfänger andererseits – von der anderen überstimmt werden. Für Entscheidungen ist die Mehrheit sowohl der Geberländer wie auch der Empfängerländer erforderlich. Darüber hinaus sprach sich Ocampo auch für den weiteren, massiven Einsatz öffentlicher wie privater Finanzmittel in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit aus. Zwar ging er nicht so weit wie der Entwicklungsökonom Jeffrey Sachs, der einst vorrechnete, wie man mit genügend Geld die Armut 'besiegen' könne, gleichwohl plädierte auch Ocampo für das von Zoellick forcierte Investment-Primat.

Dieser entwicklungspolitische Ansatz ist jedoch umstritten. So bemängelt der New Yorker Wirtschaftsprofessor William Easterly, einst selbst in Diensten der Weltbank, dass in den vergangenen 50 Jahren mehr als 2,5 Billionen Dollar in die Entwicklungshilfe geflossen sind, aber noch immer unnötig viele Menschen in Entwicklungsländern an Infektionskrankheiten sterben, die Infrastruktur in großen Teilen unzureichend bis nicht-existent und die Qualität der Schulbildung insgesamt mangelhaft ist. Sein Fazit: Die von der Weltbank ausgeheckten Pläne haben nicht funktioniert. Die Armut wird nach wie vor mit hohem finanziellem Einsatz bekämpft, der größtenteils verpufft. Die Gründe liegen für Easterly auf der Hand. Sie sind die Folge fehlgeleiteter Entwicklungsansprüche und falscher Rezepte westlicher Geber und den von ihnen kontrollierten multilateralen Entwicklungsorganisationen. Als Resultat dieser fehlgeleiteten Entwicklungszusammenarbeit hat sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter denn je geöffnet. Je mehr Geld in die Entwicklungsarbeit geflossen sei, desto größer seien die Unterschiede geworden. Die

wohlgemeinte Hilfe, so Easterly, brachte nicht viel auf den Weg, jedenfalls nicht genug, um den Einsatz von 2,5 Billionen Dollar zu rechtfertigen und die Bereitstellung immer weiterer Entwicklungsgelder einzufordern.

Der Sieg Kims

Die gut vierwöchige Wahlkampagne zur Besetzung des Chefpostens der Weltbank brachte nicht den von vielen Entwicklungsexperten -und Praktikern erhofften Durchbruch. Der ‘Reset-Knopf’ wurde nicht gedrückt. Jim Yong Kim, der Kandidat der Vereinigten Staaten, konnte letztlich in einer nicht-öffentlichen Sitzung die Mehrheit des Weltbank-Exekutivdirektoriums für sich gewinnen. Die Tatsache, dass Amerika, Europa und Japan ihre Stimmenanteile zusammen einbrachten reichte für den Abstimmungssieg Kims. Die Realpolitik, die Macht des Faktischen, nicht Unfairness oder gar Korruption, trugen unter diesen Vorzeichen noch einmal einen Sieg davon im *boardroom* der Weltbank.

Unklar ist jedoch weiterhin, wie groß die Mehrheit für den Obama-Mann war. Die Exekutivdirektoren hatten sich vor der Wahl darauf verständigt, lediglich die Mehrheitsentscheidung bekannt zu geben, nicht aber den Stimmenanteil des Gewinners. Mit dem Satz “Transparenz sieht anders aus” drückte der südafrikanische Finanzminister und Weltbankgouverneur Pravin Gordhan auch stellvertretend für seine Kollegen in den Entwicklungs- und Schwellenländern die große Unzufriedenheit über das Wahlverfahren und –ergebnis aus. Selbst der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen tagt routinemäßig in öffentlichen Sitzungen, und seine Entscheidungen lässt er weltweit ausstrahlen, und das ‘live’. Ob sich die Weltbank mit der neuen Führung verändern wird, ist alles andere als ausgemacht. Die Beharrungskräfte des Status quo sind bekanntlich stark. Das haben auch schon andere Weltbankpräsidenten leidvoll erfahren müssen.

Neuanfang?

Gleichwohl ist die Chance für einen Neuaufbruch gegeben. Das bedeutet aber, dass Kim neue Arbeits-, Organisations-, Strategie- und Finanzierungsinstrumente zur Bekämpfung insbesondere globaler Probleme entwickeln und zum Einsatz bringen muss. Er muss entscheiden, ob er die Politik seiner Vorgänger fortführen will; also in *Big Development* mit dem Fernziel, die Transformation der Entwicklungsländer mittels Policy-Interventionen und Großinvestitionen in Großprojekten wie Infrastruktur, Gesundheit und Erziehung, zu investieren. Oder ob er sich für das *Small development*-Modell mit dem Nahziel entscheidet, kurzfristige Systemfehler zu korrigieren und mehr und früher auf die Empfänger und die vor Ort tätigen Berater zu hören, und hier vor allem auf die Vertreter der Armen. Die, so sehen es

Entwicklungsexperten, wissen am besten, welche Instrumente ihnen am meisten helfen. Hier seien auch Erfolg und Misserfolg messbar, und die Verantwortung schnell ermittelbar. Dieses Modell jedoch hat einen Nachteil: Die Projekte sind zwar *small and beautiful*, klein und schön, aber sie bieten den Gebern und der Weltbank keine Plattform für hochtrabende Strategien und wohlklingende Verlautbarungen in der Presse und den Medien.

Kim wird sich auch darüber Gedanken machen müssen, wie er die Weltbank besser bei der Bekämpfung *globaler* Herausforderungen positionieren kann. Die Kunden der Weltbank sind ausschließlich *nationale* Regierungen, und mit ihnen schließt sie Abkommen über Programme und Projekte. Gleichwohl haben viele mit der Armut zusammenhängende Probleme globaler Dimension - wie der Klimawandel, Umweltverschmutzung, Wasserknappheit, Fischereiengpässe, schwindende Produktivität in der Landwirtschaft -, die die Länder alleine nicht bewältigen können. Hier muss der Entwicklungsansatz erweitert und das Instrumentarium weiter entwickelt werden.

Nicht nur quantitative Armut, auch steigende Ungleichheit ist das Problem

Problematisch auch, dass viele Entwicklungs- und Schwellenländer nicht mehr zu den Armenhäusern der Welt gehören, gleichwohl viele ihrer Bürger arm bleiben wie die neuesten Weltbankerhebungen ergeben haben. Mehr als zwei Drittel der Ärmsten der Armen leben in Schwellenländern, wo Gesundheitsfürsorge, Schulbildung und Umweltschutz weit hinter dem Wirtschaftswachstum hinterherhinken. Wie soll die Mittelverteilung zwischen *Middle income countries* und *Low income countries*, insbesondere in den IDA-Ländern, in Zukunft aussehen? Muss es eine Neuausrichtung auf die Bedürfnisse der Letzteren geben? Und müssen die Schwellenländer an den privaten Kapitalmarkt verwiesen werden?

Auch braucht Kim eine neue Strategie für den Umgang und die Einbindung der BRICS- Schwellenländer China, Indien, Brasilien, Südafrika und Russland. Diese Länder haben bei der bisherigen Armutsbekämpfung – und deren Erfolge – Schlüsselrollen gespielt. Kim muss zur Kenntnis nehmen, dass die routinemäßig von der Weltbank ausgeheckte Armutsbekämpfungstrategie nicht den Rückgang der Armut bewirkt hat. Es waren nicht die von ihr verordneten neoliberalen Finanz- und Wirtschaftsinstrumente, die das *nationale* Wachstum breitflächig entfacht haben. Dafür haben in erster Linie die nationalen Wachstums- und Entwicklungsstrategien in den Schwellenländern gesorgt und die Gelder ihrer nationalen Entwicklungsbanken. Am Beispiel Brasilien und China wird dies besonders deutlich.

Die Rolle der BRICS-Staaten

China erlaubt nicht nur aus Gründen der Staatsraison und seines Selbstverständnisses als aufstrebende Regional- und Weltmacht anderen Staaten keine unmittelbaren Eingriffe in die innere Entwicklung des Landes; auch die von den traditionellen Gebern de facto kontrollierten internationalen Entwicklungsorganisationen haben bisher ohne Erfolg versucht, dem Land die von ihnen favorisierten marktliberalen Finanz- und Wirtschaftsinstrumente anzudienen. Chinas Staatskapitalismus hat für deren *Hands off*-Deregulierungspolitik wenig Sympathien. Das Land kann es sich leisten, die Avancen der Weltbank und regional-asiatischen Entwicklungsbank ADB zurückzuweisen. Chinas Entwicklungsbank CDB, die *assets* von fast \$ 800 Milliarden hat, entscheidet autonom über die Ausgestaltung ihrer Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik. Westliches Wissen wird nur bei Bedarf eingekauft, und selbst dann nur nach erfolgter Anpassung an die Notwendigkeiten des chinesischen Entwicklungsmodells eingesetzt.

Das gilt auch für Brasilien. Brasiliens Entwicklungsbank BNDES hat 2010 allein über \$ 96 Milliarden für die inländische Entwicklung bereitgestellt; mehr als doppelt so viel wie die Weltbank weltweit an Entwicklungsgeldern zur Verfügung gestellt hat. Der Entwicklungsbeitrag der Weltbank in Brasilien ist heute lediglich im niedrigen, einstelligen Milliardenbereich und beschränkt sich nur noch auf begleitende Programm- und Projektmaßnahmen. Brasilien stellt heute die Weichen seiner Entwicklung, und das mit Erfolg. Der Anteil der extremen Armut in Brasilien ist von 10 Prozent im Jahr 2004 auf 4 Prozent im Jahr 2009 gesunken, und der der Armen, die von weniger als \$ 2 pro Tag leben müssen, konnte von 21,7 Prozent im Jahr 2003 auf 9,9 Prozent im Jahr 2009 reduziert werden. Gleichzeitig wurde der Anteil der Hungernden an der Bevölkerung zwischen 1990 und 2008 halbiert und die Kindersterblichkeit von 53,7 auf 22,8 Promille gedrückt.

Brasiliens Entwicklungsschritte im Sozialbereich gehen einher mit dem wirtschaftlichen Aufschwung. Es wurden öffentliche Kantinen für Einkommensschwache eingerichtet und das Familien-Stipendienprogramm *Bolsa Familia*, das armen Familien ein minimales Einkommen und damit den Zugang zu Lebensmitteln garantiert, entwickelt. Fast 13 Millionen Familien kommen heute in den Genuss dieser Unterstützung. Im Gegenzug müssen sich die Familien verpflichten, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Diese Maßnahmen sollen die Armut reduzieren, die Mittelschicht stärken und die weiterhin bestehenden Ungleichheiten im Lande abbauen helfen.

Ihre Unzufriedenheit mit dem bisherigen System der multilateralen Entwicklungshilfe machten die BRICS-Länder unmittelbar vor der Frühjahrstagung

von IWF und Weltbank mit der Ankündigung deutlich, in Kürze eine eigene Entwicklungsbank ins Leben zu rufen.

Alte Kritik, neue Herausforderungen

Die Entwicklungsländer wollen in Zukunft auch mehr als bisher die Diskussion über die Sinnhaftigkeit und Durchführung von Entwicklungspolitik – und Zusammenarbeit begleiten. Insgesamt beklagen Entwicklungstheoretiker und – praktiker, dass die Entwicklungshilfe nicht nur die Abhängigkeitshaltung und Korruption in den Entwicklungsländern beschleunigt hat. Sie hat auch, so ihr Fazit, die Armut in den Entwicklungsländern auf Dauer gefestigt und eine Farce aus dem Instrument der Guten Regierungsführung ('good governance') gemacht. Dieser Diskussion muss sich der neue Weltbankchef stellen.

Aber auch im Inneren muss Kim ran. Die *corporate culture* der Weltbank braucht mehr als nur einen Neuanstrich. Weltbankmitarbeiter werden seit Jahrzehnten primär nach ihrem *educational pedigree* eingestellt. Zum Zuge kommen in erster Linie Ökonomen, die ihren MBA an den Top-Wirtschaftsuniversitäten gemacht haben; also der University of Chicago, Harvard, der Wharton Business School, Stanford, und der London Business School. Das dort *inculcated* DNA, also die in diesen 'Schmieden' geschulten Ansätze, dominieren das Denken und Handeln in der Weltbank. Da macht es keinen Unterschied, ob die Experten aus Industrie- oder Entwicklungsländern kommen. Zoellick hat daran nie etwas geändert - im Gegenteil. Er hat sich dem Druck der Exekutivdirektoren widersetzt, für intellektuelle Diversität im Hause zu sorgen. Zoellick wusste, dass ihm die Aufgabe viel Ärger und wenig Ruhm einbringen würde. Also hat er seine Finger davon gelassen.

Auf den Zoellick-Nachfolger Jim Yong Kim wartet eine Menge Arbeit. Wenn er sich den wahrlich herkulanen Herausforderungen stellt bei seinem Amtsantritt am 1. Juli und den *reset*-Knopf drückt, dann wird es eine Weile dauern, bis gute Nachrichten aus dem Weltbankhauptquartier in die Öffentlichkeit gelangen.

Autor: Dr. Erich Vogt, Lehrt Internationale Entwicklungspolitik, Klimawandel und Nachhaltige Entwicklung an der Elliott School for International Affairs der George Washington University in Washington, D.C.